

Geschichtliches

über das

Unterrichtswesen im Kanton Wallis

Von Pfarrer Ferd. Schmid

Die folgenden Blätter wollen keineswegs eine Geschichte des Unterrichtes im Wallis bieten; denn dazu liegt gar zu wenig historisches Material vor und der Verfasser stieß auch nirgends auf eine diesbezügliche frühere Bearbeitung. Sie beabsichtigen bloß, die bis jetzt gewonnenen Resultate der Geschichtsforschung derart aneinander zu fügen, daß sich ein dem Thatbestande möglichst entsprechender Ueberblick gestalten läßt über die Bestrebungen des Landes und Kantons Wallis in Bezug auf Volksunterricht. Da über die jetzigen höhern Lehranstalten spezielle Berichte in Vorbereitung sind, kann sich dieser Abriß auf das Allgemeine beschränken, ohne sich in's Detail, wenigstens für die neueste Zeit, tiefer einzulassen.

Seit dem Erlaß des ersten Schulgesetzes des Standes Wallis vom 15. Dezember 1828 fließen die Quellen reichlicher. Die Gesetze, Reglemente und Berichte der gesetzgebenden und verwaltenden Behörden ermöglichen ein genaueres und umfassenderes Bild der Zustände des Unterrichtswesen. Vor jener Zeit sind die Resultate von allen Seiten herbeizuziehen, aus den bisher veröffentlichten Urkunden, aus den Abscheiden (Recessen) des Landrates, den Visitationsakten und Verordnungen der Bischöfe von Sitten, den Pfründe- und Schulstiftungen, aus den Pfarrbüchern, Gemeinderrechnungen und vielfach aus der lebendigen Tradition.

I

Das Unterrichtswesen im Wallis bis zum Erlaß des ersten Schulgesetzes von 1828

Daß am alten Bischofsitze und Domstifte zu Sitten und am berühmten Kloster Agaunum oder St. Maurice laut kirchlichen Vorschriften und den Kapitularen Kaisers Karl des Großen schon in früher Zeit Schulanstalten errichtet wurden, läßt sich nicht bezweifeln. Schon die Selbsterhaltung und Selbstergänzung ihrer Stifte machte es ihnen gebieterisch zur Pflicht. Die ganz bedeutende Zahl einheimischer Kleriker, Notare und Priester, besonders im 13. bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts, unterstützt diese Voraussetzung, da die unbemittelten Berg- und Thalbewohner unsers Landes es kaum zu bestreiten vermochten, ihre Söhne die ganze Studienzeit im Auslande zubringen zu lassen. Und doch finden wir Gebildete in den notwendigen Kenntnissen zum wirtschaftlichen, sozialen und kirchlichen Leben, auch solche, die höhere Studien gemacht, besonders im 14. und 15. Jahrhundert, unter allen Klassen der Gesellschaft und aus allen Gegenden des Landes. Daß diese als fahrende Schüler, als Schützen und Bachanten im Ausland ihre Lehr- und Studienzeit zubrachten, wie der bekannte Thomas Plater das Treiben der Schüler der spätern Humanistenzeit drastisch schilderte, dazu liegt doch gewiß keine Nötigung vor. Dies würde die Zahl der Gebildeten und und Studierten herabgemindert haben, wie es wirklich im 16. Jahrhundert zutraf.

Wer die gesetzgebenden Akte des 14. bis 16. Jahrhunderts des Wallis aufmerksam durchgeht, — ich verweise hiezu auf die « Coutumes du Vallais » aus der Mitte des 14. Jahrhunderts ¹⁾, auf die Weistümer des Walliser Gewohnheitsrechts aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts ²⁾, — auf die Artikel von Naters von 1446, auf das Landrecht des Kardinals Schiner von circa 1514 und auf die Landesstatuten des Wallis unter Bischof Hildebrand von Niedmatten von 1571 ³⁾, — der muß gestehen, daß die Berater und Verfasser derselben eine nicht gewöhnliche Kenntnis der sozialen Zustände wie des römischen und des germanischen Rechtes

¹⁾ Grémaud: Documents relatifs à l'histoire du Vallais IV. Nr. 1973. — ²⁾ Dr. A. Heusler, Rechtsquellen des Wallis, Zeitschrift für schweiz. Recht, neue Folge, Bd. VII. Seite 152 ff. — ³⁾ L. c. VIII. Seite 163 ff.

befunden; und zwar um so mehr, als dieselben als Abgeordnete der Gemeinden größern Theils keine höhern Lehranstalten besucht hatten, wie dieses aus dem Verzeichniß der Berater der Landesstatuten von 1571 erhellt. Viele derselben waren einfach praktisch gebildete Volksmänner. Ihr Bildungsengang mag meistens ein solcher gewesen sein, wie ihn Landeshauptmann Martin Claufen auf den Vorwurf ungenügender Vorbildung über sich selbst schildert: er habe allerdings nur die Pfarrschule von Ernen besucht, aus ihr seine Kenntnisse in der deutschen und lateinischen Sprache geschöpft, dann durch aufmerksame Anhörung der Gerichts- und Versammlungen, wie durch Selbstunterricht, die übrigen, besonders die rechtlichen Kenntnisse gewonnen ¹⁾. Und doch bekleidete er 1544, 1545, 1554, 1555, 1560 und 1561 die höchste Würde des Landes, die eines Landeshauptmanns, und tritt auch als Gesandter des Wallis bei den Eidgenossen in ihren Tagungen auf.

1. Das höhere Schulwesen

Daß in Sitten schon im 13. Jahrhundert, wie an andern Domstiften, eine Domschule bestand, ist nicht zu bezweifeln. Den Namen selbst spricht erst ein Akt vom 27. Juni 1309 aus, wo ein in Sitten befründeter Priester Johann Pollen im Oberdorf aus Münster nicht nur dem Domstift und der Klerisei in Sitten, sondern auch den Baccalaureaten und den niedern Klerikern und Schülern der Domschule von Sitten allerdings geringe Legate auswirft ²⁾. Die Schule selbst bestand vorher: 1240 wird ein Johannes Akt Magister zu Sitten genannt ³⁾, der allerdings diesen Titel auch von 1249 an als Leutpriester von Leuf beibehält ⁴⁾. Das läßt an ihm einen Leiter dieser Schule vermuten. Den 25. Januar 1279 heißt Magister Martinus Rektor der Schulen von Sitten, desgleichen den 20. Februar 1288 Wilhelm de Fayz ⁵⁾, den 15. Februar 1299 Magister Nikoletus und 1337, 23. April, ein Vincentius ⁶⁾, und 1333, 14. März, Magister Gonterus in gleicher Eigenschaft ⁷⁾. Den 1. September 1344 übergiebt das Domkapitel die Schulen der Grammatik der Stadt Sitten und des ganzen Landes Wallis dem Petrus von Ber, Pfarrer von St. Maurice ⁸⁾. Die kurze Bemerkung läßt

¹⁾ Pfarrarchiv von Ernen. — ²⁾ Pfarrarchiv von Münster. D. 1 und 2. — ³⁾ Pfarrarchiv von Salgesch. — ⁴⁾ Gr. l. c. Nr. 524. — ⁵⁾ Archiv von Valeria, Reg. Martini de Seduno. — ⁶⁾ Gr. Nr. 1119 und 1704. — ⁷⁾ Archiv Valeria, Reg. Fr. Lombi. — ⁸⁾ Gr. Nr. 1974 « *Scolas Sedunenses de Grammatica ac eciam totius patrie Vallesii* ».

durchblicken, daß der höhere Sprachunterricht vom Elementarunterricht sich abtrennte und die Domschule im Begriff stand, sich zur Landeserschule zu erweitern.

Die Ernennung und folgerichtig die Besoldung des Lehrpersonals verblieb bis in den Eingang des 15. Jahrhunderts bei dem Domstift, welches damit meistens junge Priester beauftragte und ihnen einen Gehalt an Korn und Geldzinsen anwies. Wir finden als Rektoren der Schulen von Sitten den 23. Februar 1376 den Kleriker Theodol von Leuk¹⁾ und den 14. Mai 1399 Martin von Herens²⁾, der 1401 noch Diakon war, später Domkaplän und Offizial von Sitten wurde.

1400, 8. Februar, erscheint zum ersten mal ein Laie, — Theodol Balet, Bürger von Sitten, als Präzeptor zu Sitten. Er kaufte von Antonia von Einsiedel das Weibelamt von Sitten (als Nebenamt oder zur Verbesserung seiner Stelle?) und erkannte es den 4. Juli 1401 dem Bischof³⁾. Laien scheinen von da an meistens die Schulen von Sitten geleitet zu haben. 1424 wird Magister Mermet Luceti, Bürger von Genf, als Rektor der Schulen Sittens erwähnt⁴⁾. Jedenfalls muß es bei der Mißverwaltung des Bischofs Wilhelm VI. von Naron und in den Naronkriegen kläglich ausgesehen haben. Wer die Lehrer wählte und besoldete, ist nicht ersichtlich; jedenfalls nicht das Domstift, welches damals in der Mehrzahl aus Ausländern, savoischen Untertanen, Rheinländern und Lombarden bestand, die wenig Patriotismus fühlten. 1425 oder 1426 erhob daher der Bistumsverweiser zu Sitten, Erzbischof Andreas de Qualbo vor Colocza, vor dem Erzbischof von Tarantaise gegen das Domkapitel von Sitten die Klage, daß dieses nach Recht und Gewohnheit einen Schulmeister halten solle, es aber vernachlässige, worauf das Domkapitel diese Verpflichtung in Zweifel zu ziehen geruhte. Immerhin raffte sich das Domstift auf, überließ dem Rektor der Schulen die alte Schulpfründe und wählte wieder dazu einen Priester — Johannes Tabardi aus Plaisance in der Diözese Poitiers — und übergab ihm zudem das Rektorat der St. Paulskapelle.⁵⁾ Er erscheint in dieser doppelten Eigenschaft vom 9. Oktober 1433 bis 5. September 1439⁶⁾. Diese Verbesserung war jedoch nur eine vorübergehende. Das Domstift war in den Kriegen des 14. Jahrhunderts gegen Savoyen und den einheimischen Adel verarmt, die Gemeinden oder Zehnden des bischöflichen Ballis erhoben nach ihren

¹⁾ Arch. Val. Reg. Jo. Berta. — ²⁾ l. c. Reg. Fr. de Ayent. —

³⁾ Gr. Nr. 2501 und 2524. — ⁴⁾ Gr. Nr. 2748. — ⁵⁾ Gr. Nr. 2754 und Furrer I. 272. — ⁶⁾ Arch. Val. Reg. Jo. Panisodi und Ambr. de Poldo.

Freiheitskriegen gegen den Erbfeind Savoiën zusehends größere Ansprüche an der Verwaltung und Regierung des Landes und zogen so auch die bisherige Domschule als Landesschule in den Bereich der Verwaltung ihrer Landräte.

Man vernimmt für längere Zeit nichts mehr von der Organisation, Entwicklung und Unterstützung dieser Landesschule, wozu jedenfalls die kleine vom Domstift angewiesene Präbende benützt wurde. Sie bestand das ganze 15. und 16. Jahrhundert fort. Strebzamere Jünglinge, wie die Bischöfe Walter Supersargo, Bischof Nicolaus und Kardinal Schiner, Landeshauptmänner Simon In-Albon, Georg Summermatter, Humanist Thomas Walser und andere, soweit sich aus gleichzeitigen biographischen Notizen ergibt, benützten diese Schule als Vorstufe zu ihrer akademischen Ausbildung an ausländischen Universitäten. Seit der Mitte des 15. Jahrhunderts weist das obere und untere Wallis eine recht schöne Zahl Humanisten auf, bei denen die Landesschule gewiß nicht ohne fördernde Anregung war.

Nach Buillemin trugen die Walliser die Schulmeisterstelle zu Visp dem bekannten Thomas Plater an, und dieser begab sich gleich dahin, obwohl ihm ein Lehrstuhl an der Universität Basel angetragen war, fand aber die Stelle bereits von einem andern besetzt, den Bischof Adrian I. von Niedmatten angestellt hatte, weil er Plater im Verdacht der Reform hielt¹⁾. Ist hiemit die Landesschule gemeint? Bischof Adrian hätte sie wohl nicht ungern an seinem Vaterort gesehen. In der That verlangten die Visper in den Landräten des 16. Jahrhunderts mehrmals die Landesschule nach Visp als dem Mittelpunkt der deutschen Zehnden, wogegen Sitten und auch Siders ernstlich opponierten.

1537, im Dezember, verordnete der Landrat dem Schulmeister zu Sitten als Gehalt 14 rheinische Gulden, und im Mai 1538 beschloß der Landrat: „des Schulmeisters halben, . . daß dem Schulmeister zu Sitten zehn rinisch guldin fir sin järlich besoldung sol geben vndt Herr Hans Benek, Kilchherr zu Stalden, vier guldin rinisch“. Im Dezember 1546 besagt der Landratsabscheid: „Der Bischof habe einen Schulmeister beschickt; nach einiger Zeit sei er mit Erlaubnis heimgereist und nicht wiedergekehrt. Der Landrat beschloß daher, daß der Bischof einen geschickten Landsmann als Landesschulmeister anstelle, und im Mai 1547 wird von demselben Landrat als Landesschulmeister angenommen Johann Brünlen von

¹⁾ Furrer, Gesch. v. Wallis I. 272—273.

Brig. Er erschien selbst auf dem Landrate und beehrte zum Lohn „zwo prebenden im Hochthal (Abondance im Chablais), desgliehen das Korn, wie so ein Ehrw. Kapitel zu Sitten den Schulmeistern geben hette, desgliehen welle er auch gefryet sin von allen vogteyen vndt empteren, damit er der Schul dester baß statt geben möge.“ All dies wurde ihm bewilligt und überdies verordnet, daß ihm jeder Schüler alle Frohnfasten drei Groß gebe, und wenn er die Schule zu Sitten halte, solle die Burgererschaft daselbst ersucht werden: „si wessen inn mit versehung siner Wohnung auch zur Schule setzen.“

Builemin mag recht haben, daß Schüler von Lausanne, Bern, Zürich und Basel als Schulmeister ins Wallis kamen. Selbst obiger Johann Brünlen wandte sich später der Reformation zu und wurde Pastor im Bernergebiet ¹⁾. Aus den Verhandlungen des angezogenen Maienlandrats ergibt sich auch, daß die Landeschule nicht immer in Sitten gehalten und daß zur Entlastung des Landesfackels zur Aufkündigung des alten Domschulfondes, welcher fortbenützt wurde, wieder Kirchengut herbeigezogen wurde. Im Landratsabscheid vom 12. Juni 1558 zahlte der Landvogt vom Hochthal dem Schulmeister Johannes von Schalen „vmb ein prebendt inne vormalen schuldig“ 30 Kronen, und beschließt man, des Schulmeisters halb es bei der Belohnung von vier Kronen laut vorgegangenen Abschieden bleiben zu lassen. Dessen weigerten sich aber die Gomser und sagten, sie hätten selbst einen Schulmeister und bezahlten ihn. Auf dem Ratstage vom 16. Juli 1572 beschließen die Zehnden mit Ausnahme von Brig: weil die Landeschule wegen eingerissener Krankheit zu Sitten eingestellt worden, jetzt aber die Krankheit nur mehr in einem Hause herrscht und sich seit guter Zeit nicht erneuert hat, so solle man noch 14 Tage warten, und falls in dieser Zeit, „nitt wyters empöre“, sei es unnötig, dieselbe aus Sitten zu verlegen; ansonst solle sie in Visp gehalten werden. Brig weigert sich dessen, da sie in eigenen Kosten, ohne Beisteuer anderer Zehnden, einen Schulmeister unterhalten. Das verdroß die andern Zehnden und diese hielten Brig ernstlich vor, daß Rat und Gemeinden des Zehnden Brig, ehe man diesen ihren Schulmeister aus fremden Landen berief, an die Schule gemeiner Landschaft versprochen haben, wie andere Zehnden jährlich zehn Kronen zu zahlen, worüber sich Abscheid, Brief und Siegel finden ²⁾.

In Ernen begann um 1550 ein Anton da Rey, ein Italiener,

¹⁾ Siehe Blätter aus der Walliser-Geschichte I. 394. — ²⁾ Vergleiche die betreffenden Abscheide.

seine auch das Latein umfassende Schulthätigkeit, und bald nachher machte sich auf gleiche Weise ein Jakob Hosen einen Namen in Brig.

1578 beschloß der Landrat, daß in Sitten ein Gewölbe zu einem Landesarchiv und darauf ein Landesschulhaus gebaut werde ¹⁾. Bischof Hildebrand I. von Niedmatten leistete einen bedeutenden Beitrag, weswegen Bischof Hildebrand II. Jost in seinem Schreiben an die katholischen Orte vom 3. Oktober 1626 die Schule von Sitten als zur bischöflichen Tafel gehörend beanspruchte ²⁾.

Gegen das Ende des 16. Jahrhunderts, wahrscheinlich von 1575 an, denn bis dahin kommt er als Notar in Münster vor, versah die Stelle des Landesschulmeisters Johannes Jost von Münster. Von ihm sagt der Landratsabscheid vom Oktober 1613 bei der Wahl seines Sohnes Hildebrand zum Bischof von Sitten, er habe über 20 Jahre die Schule von Sitten menschenfreundlich geleitet. Im Dezember 1601 bezahlte der Landrat dem Schulmeister 70 alte Kronen. Die Belohnung war also damals nominal gestiegen, in der That aber noch ungenügender, da um diese Zeit der Geldwert rasch fiel.

Auch anderwärts wurde etwas für den höhern Unterricht geleistet. In St. Maurice wurde um 1559 vom Staat Wallis ein Kollegium errichtet ³⁾, „um den öffentlichen Unterricht zu fördern und die Patrioten der kostspieligen Notwendigkeit zu entheben, ihre Söhne an ausländische Anstalten schicken zu müssen.“ Wie lange bestand dieses Kollegium? Jedenfalls wurde es bei der Ungunst der Zeit im 17. Jahrhundert in ein Progymnasium oder eine Lateinschule, von den dortigen Chorherren geleitet, umgewandelt. Das Kloster von St. Maurice hielt auch eine bis jetzt bestehende Lateinschule in Vagnex und das Kloster des großen St. Bernhard eine solche bald in Martinach, bald in Orsières oder Sembrancher. Neben Brig und Ernen gab es auch in Leuf eine Lateinschule. Im Ganzen war der Unterricht im 16. und im 1. Dezennium des 17. Jahrhunderts ein kläglicher. Die Einheimischen zogen sich immer mehr vom Lehrfach zurück; Fremde, cölibatmüde Geistliche, fahrende Schüler, verunglückte Studenten drängten sich an die Lehrstühle, verbreiteten Neuerungen politischer und religiöser Natur, stifteten damit Verwirrungen und Streitigkeiten und verbarben so gründlich alle Liebe und Achtung zur Schule. Der Tagbrief zum Pfingstlandrate von 1603 besagt ausdrücklich, daß zu Sitten bereits zum dritten

¹⁾ Furrer, l. c. I. 297. — ²⁾ l. c. I. 345. — ³⁾ Mittheilungen aus dem Kloster St. Maurice.

mal ausländische und neugläubige Schulmeister und Pädagogen angestellt worden seien, und der Landrat fordert die Stadt Sitten auf, den protestantischen Schulmeister zu entlassen.

Bei solcher Lage ist es erklärlich, daß die Zahl derjenigen, die sich höhern Studien widmen wollten, immer mehr abnahm. Es trat empfindlicher Priesterangel ein, den herumziehende Mönche und zweifelhafte Subjekte, die sich irgendwo von einem schwachen Bischof, auch in Sitten vom altersschwachen Bischof Hildebrand I., hatten weihen lassen, nicht mehr decken konnten. So verfiel der Religionsunterricht und mit ihm die christliche Sitte und wurde ein bedeutender Teil des Klerus mit reformatorischen Grundsätzen angesteckt. — Die Medizin wurde von wenigen fremden Ärzten und unwissenden Schärern und Bruchbindern ausgeübt. In den damals so häufigen Seuchen wurde die hilflos gebliebene Bevölkerung nicht bloß dezimiert, sondern in manchen Gegenden fast zur Hälfte vernichtet. — An Mathematik dachte niemand; das richtige Auge des Landmannes ersetzte den Ingenieur. — Der Juristenstand wurde kümmerlich dadurch erhalten, daß Jünglinge, die einen lateinischen Unterricht erhalten hatten, bei einem erfahrenen Notar die notwendigsten Rechtskenntnisse sich aneigneten und praktisch in den formalen Abfassungen von Verträgen zc. sich übten, bis sie endlich vom Domkapitel von Sitten, das die Kreierung von Notaren als Reichsregal für Wallis besaß, ein Notariatsdiplom erhielten. Solche Notariatschulen hielten in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts der Humanist Thomas Walfer von Grenchols zu Brig, um die Mitte der humanistisch gebildete Hieronymus Walsenus (Welschen) zu Meters, gegen Schluß desselben Martin Jost zu Ernen.

* * *

Es brachen — zwar langsam — bessere Zeiten an.

Im Spätherbst 1604 führte Hr. Melchior Suter, Stadtpfarrer von Luzern und Dekan der vier Kantone, eine Anzahl Priester der Urkantone über die Furka ins Wallis, um dort die katholische Religion zu retten. Schon die zweite Pfarrei — Ernen — fand er völlig vernachlässigt, indem der dortige Pfarrer, Domherr Johann Süber, der Reformation ergeben, sich um die Seelsorge und den Unterricht des in Mehrheit katholisch gebliebenen Volkes nichts bekümmerte. Es geschah dieses Ende 1604 oder anfangs 1605, da Suter den 1. März 1607 schreibt, er habe in Ernen etwas über

zwei Jahre als Vikar gewirkt ¹⁾. 1606 empfahl er dem Rat von Luzern seine schweren Kirchen- und Schularbeiten zu Ernen ²⁾, und wohl auf dessen Vermittelung kamen nach Ernen die Jesuitenpatres Jost Venturi, der seit Juni 1605 ein Jahr lang Aushelfer in Münster war ³⁾, und Bartholomäus Volkwein oder Volkwin, der 1610 Vizepfarrer, 1612 nach Sibers Tod Pfarrer von Ernen heißt ⁴⁾. Diese Ordenspriester mit Zuzug eines dritten Paters eröffneten eine Lateinschule oder Progymnasium zu Ernen, welches bald bis 50 Schüler zählte, aber im April 1615 auf Befehl des Ordensgenerals Aquaviva mit dem Gymnasium in Benthen sich vereinigen mußte ⁵⁾.

1608 bat Domherr Wilhelm Quentin, Pfarrer von St. Maurice de Laques bei Siders, den päpstlichen Nuntius um Jesuiten zur Aushilfe im Predigamte. Dieser veranlaßte den Visitator der oberdeutschen Ordensprovinz, zwei Patres, Balthasar Chavas von Bruntrut und Johannes Fontaine von Freiburg, in das Mittelswallis zu senden, die bei Domher Quentin die freundlichste Aufnahme fanden und sofort daselbst eine Lateinschule begannen, die sie 1609 in das bequemer gelegene Benthen in das Haus des Hrn. Hauptmann de Preux verlegten ⁶⁾.

Die Lateinschule zu Benthen gedieh vortrefflich, vereinigte die Jungmannschaft des ganzen Landes und zählte nach der Einverleibung der Lateinschule von Ernen bis 300 Schüler. Der damalige Bischof Adrian II. von Niedmatten unterstützte die Jesuiten kräftigst, berief sie als Prediger nach Sitten, und, vom Papst, den sieben katholischen Orten und andern aufgefordert, brachte er 1610 den Antrag vor den Landrat, ihnen eine Niederlassung in Sitten zur Errichtung eines Kollegiums zu gestatten. Der Antrag drang nicht durch; die Landräte waren theils geheime oder offene Anhänger des Calvinismus, theils politische Gegner der Bischöfe, indem damals ein heftiger und hartnäckiger Kampf um die Hoheitsrechte der Bischöfe sich entspann. Der Nachfolger Adrians II., Bischof Hildebrand Jost, ein glaubenseifriger Prälat, setzte die Bemühungen fort. Die Päpste und ihre Nuntien, die katholischen Orte, der französische Gesandte Miron drangen in Sitten, den Jesuiten dort ein Kollegium zu erlauben. 1622 schienen die Wünsche des Bischofs in Erfüllung gehen

¹⁾ Ältestes Taufbuch von Ernen. P. Venturi begann es 1. Juli 1606.

²⁾ Luzerner Staatsprotokoll, Fol. 186. — ³⁾ Pfarrarchiv von Münster, Rationarium. — ⁴⁾ Pfarrarchiv von Ernen. — ⁵⁾ Vergleiche Blätter aus der

Walliser-Geschichte I. 208. — ⁶⁾ Archiv für schweiz. Reformations-Geschichte III. 221.

zu wollen. Man übergab den Jesuiten das alte, dem bischöflichen Tisch gehörende Schulgebäude, und Burger von Sitten steuerten den 11. Oktober desselben Jahres einen Schulfond von 6527 Kronen (23,700 Fr.) zusammen ¹⁾ Aber erst 1625 willigte der Stadtrat Sittens in eine Niederlassung der Jesuiten, wo drei Patres ein Kollegium zu errichten begannen.

Bereits 1612 hatte der Zehnden Brig Jesuiten begehrt; 1621 und 1622 erneuerte der Rat von Brig das Begehren und 1623 begannen die Unterhandlungen mit dem Obern von Benthien. Anfangs Mai 1625 wurde das Kollegium von Benthien nach Brig verlegt. Das Gymnasium wurde nicht bloß von Wallisern, sondern auch von vielen Italienern besucht.

Nicht so bald hatten die beiden Gymnasien zu Sitten und zu Brig zu blühen begonnen, als ein Sturm beide Lehranstalten gleichzeitig wegsegte. Der Kampf um die bischöflichen Hoheitsrechte hatte seinen Höhepunkt erreicht. Bischof Jost hatte 1626 das Bistum in die Hände des Papstes resigniert. Das erbitterte die Volkspartei aufs äußerste, weil sie gehofft, ihn zur Entsagung der Hoheitsrechte zwingen zu können. Durch den Überreifer des Obern der Jesuiten, P. Marius, wurden diese in den kirchenpolitischen Streit des Bischofs verflochten; es heßten Agnaten Frankreichs, welches damals mit der spanischen Regierung in Mailand wegen des Weltlins im Kriege lag; sie stellten die Jesuiten wie die obern Zehnden als Anhänger Spaniens dar. So beschloß denn ein stürmischer Landrat im Februar 1627 zu Leuf die Ausweisung sämtlicher Jesuiten, und dieser Beschluß wurde trotz der Einsprache der katholischen Orte sofort ausgeführt ²⁾

Die Landes Schulmeisterei vegetierte in gewohnter mangelhafter Weise fort. Das 1622 gesammelte Fundum wurde mit jenem der Landes Schulmeisterei verschmolzen und vom Staat verwaltet. 1685, 8. Dezember, verlangten und erhielten die Gesandten des Zehnden Sitten vom Landrat hierüber einen Revers und bald die Auszahlung des Fondes.

Man fühlte immer mehr das Bedürfnis nach höherm Unterrichte, nach einer Lehranstalt, in welcher die Söhne des Vaterlandes eine gebiegene klassische Bildung erhielten und für Geist und Herz gesorgt werde. Man wünschte — aber scheute die Kosten. Da wagte der mit Glücksgütern reich gesegnete Oberst Kaspar Stockalper von

¹⁾ Staatsarchiv von Sitten, und Jurrer I. 345. — ²⁾ Vergl. Joller, die erste Jesuitenniederlassung in Wallis. Blätter aus der Walliser Geschichte I. 207—222.

Brig den ersten Wurf und dies auf die uneigennützigste Weise. Er verständigte sich mit Bischof Adrian IV. von Niedmatten, seinem Schwager, und mit der Gemeinde Brig, sammelte Zusicherungen von Beiträgen, machte im Landrate am 16. Dezember 1648 die Abgeordneten auf die Notwendigkeit aufmerksam, für den höhern Unterricht zu sorgen, empfahl dafür die Jesuiten, die bereits blühende Kollegien in der Schweiz besaßen, und fand günstiges Gehör. Es saßen eben nicht mehr die alten Calvinisten und die Volksparteiler der zwanziger und dreißiger Jahre, sondern jüngere, 1607 bis 1627 von den Jesuiten erzogene Männer im Räte. Nur Sitten protestierte. Er erbot, das Größte beizusteuern, falls ihnen in Brig ein Kollegium eingeräumt werde. Es zog sich etwas in die Länge, da sowohl Bisp als Siders das Kollegium bei sich wünschten. Der Rat von Brig gieng einen Schritt weiter, nahm den 16. Dezember 1650 die Jesuiten an und sicherte ihnen ihren Schutz zu. Da wurden nun im Weihnachtlandrate 1650 die Jesuiten berufen. Diese kamen im Frühjahr 1651 nach Grimslen, und hier von den Sittnern verzagt, nach Siders, wo sie im Hause des Hrn. Hauptmann de Preug ein kleines Gymnasium eröffneten und von 1652 bis 1660 die Pfarrei versahen. Weil Siders das versprochene Kollegium zu bauen versäumte, zogen die Jesuiten 1660 nach Teuf und 1662 nach Brig, in das Haus der Familie Perrig.

Stoikalper und die Jesuiten selbst begannen nun ernsthaft den Bau des Kollegiums, der zehn Jahre — 1663 bis 1673 — dauerte. Hierauf folgte der Bau der Kollegienkirche, welche erst den 31. August 1687 von Bischof Adrian V. von Niedmatten eingeweiht wurde. Stoikalper schenkte den Boden zu Kollegium und Kirche, zu Garten und Baumgarten und schloß noch 20,000 Kronen (72,665 Franken) an Geld zu; die Gemeinde Brig lieferte sämtliches Baumaterial und 3000 Kronen; Bischof Adrian IV. 2000, das Domkapitel 1500, der übrige Weltklerus 1500, jeder der sechs Zehnden über 1000, die Gemeinden Naters 1000, Ernen und Münster je 500 Kronen, manche andere Gemeinden und viele Privatpersonen ansehnliche und hübsche Gaben, so daß sich aus den allerdings nicht vollständigen Aufzeichnungen im Familienarchiv der Stoikalper zu Brig über 270,000 Franken zusammenrechnen lassen. Was der Bau nicht verschlang, wurde ein Unterhaltungsfond des Kollegiums, und diesen Fond äufneten der Bischof Adrian IV. mit den Gilden und Zinsen des Klosters Gerundin, — er hatte dieses Kloster um 4000 Kronen vom Orden der Karmeliter gekauft und die Gebäude und Liegenschaften desselben zur Stiftung eines künftigen Priesterseminars

dem bischöflichen Tische einverleibt, — der Abt von St. Maurice mit 140 Dubeln à $4\frac{1}{2}$ Kronen, die sechs Zehnden mit 60 Dubeln u. s. f. Um diesen Fond auf 1300 Kronen (4710 Fr.) jährlichen Zinsez zu erhöhen, wurden aus dem Einkommen der Landvogteien jährlich 376 Kronen enthoben. Überdies verpflichtete sich die Abtei von St. Maurice zu sechs Dubeln jährlichen Beitrages, die für Schulpreise an die Studenten verwendet wurden.

So bald als möglich bezogen die Jesuiten, welche der Landrat bereits den 22. Dezember 1653 in des Landes Schutz genommen und darüber dem Obern, P. Sebastian de Gradmont Urkunde ausgestellt hatte, das neue Kollegium. Sie verpflichteten sich, einen vollständigen Gymnasialunterricht zu geben, Philosophie und Moral zu dozieren, und zwar mit sechs Professoren, und erhielten 160 Kronen (580 Fr.) für jeden Professor aus dem Kollegiumsfond zugesichert; das übrige diente zum Unterhalt der Gebäulichkeiten.

Das Kollegium umfaßte sieben Gymnasialklassen: I. und II. Rudiment, Grammatik, I. und II. Syntag, Humanität und Rhetorik, überdies einen philosophischen und einen theologischen Kurs (Moraltheologie). Den 18. Dezember 1686 nahm der Landrat in Anerkennung der guten Dienste, welche die Jesuiten früher durch 20 Jahre und wieder seit 1652 dem Lande geleistet, dieselben als Patrioten an, setzte sie, so lange sie am Kollegium zu Brig wirken würden, in alle Rechte der freigebornen Walliser ein, verlangte, daß auch Mathematik (statt Moral?) gelehrt werde, und gab ihnen volle Freiheit, nach dem Lehrplan ihres Ordens zu dozieren, immerhin im Sinne, wie es zu Luzern und Freiburg zu Recht bestände. Diese Freiheiten wurden den 21. Mai 1687 im Landrate bestätigt und den sechs obern Zehnden und andern Wohlthätern darüber Reverso ausgestellt, weil sich dieselben vorbehielten, ihre eingeschossenen Summen zurückzufordern, falls die Patres — *remota vi vel casu inevitabili* — das Kollegium verließen ¹⁾.

Die Mitglieder der Gesellschaft Jesu setzten nun von 1687 an das Kollegium von Brig ungestört fort bis zur Aufhebung ihres Ordens durch die Bulle « Dominus et Redemptor » des Papstes Clemens XIV. vom 21. August 1773. Es befand sich durchschnitt-

¹⁾ Die vorstehenden Angaben über die Jesuiten im Wallis seit 1650 und das Kollegium von Brig sind entnommen den bezüglichlichen Landratsabscheiden, der Altensammlung Kaspar's Stockalper über das Kollegium von Brig von 1848, den Akten über die Klöster von Brig v. Ferd. Wilh. Stockalper von 1848, dem Stockalper'schen Familienarchiv, den Pfarrarchiven von Siders, Glis, Maters, Ernen, 2c.

lich in einem für die Ortslage blühenden Zustande, zählte meistens 100 bis 150 Studenten und bereicherte wieder das Land mit Magistern und Priestern. Der Staat erstellte, — man weiß nicht genau wann, es wurde oft angeregt, — auf dem Boden von Glis in unmittelbarer Nähe der Stadt Brig neben dem verfallenen Kapuzinerkloster ein Theater für die Studierenden und errichtete im Kollegium für dieselben eine Bibliothek und ein Physikalienkabinet.

Sitten, das sich an der Errichtung und Aussteuer des Kollegiums von Brig nicht beteiligt hatte, dachte endlich gegen das Ende des 17. Jahrhunderts an die Hebung des höhern Unterrichts in der Stadt selbst. An die Stelle des Landeschulmeisters traten Weltpriester, welche nun ein sogenanntes Progymnasium von einigen Klassen leiteten. Bischof Franz Joseph Superjaro aus Sitten (1701 bis 1734) bemühte sich, dasselbe den Jesuiten zu übergeben. Es gelang dieses seinem Nachfolger Johann Joseph Blatter aus Bisp 1734, im ersten Jahre seiner bischöflichen Wirkksamkeit. Die Sittner eilten gleichsam, ihrem geliebten langjährigen Pfarrer diese Freude zu machen. Ein Herr von Torrenté aus Sitten schenkte Baupläge und Gärten im Werte von 12,000 Kronen, das Volk steuerte namhaftes, das Domkapitel überließ die alte Dreifaltigkeitskirche; die Zinse der Landeschule und des 1622 von der Stadt Sitten für die sogenannten Trivialschulen gestifteten Fonds mit Zuschüssen der Stadt und des Staates wurden daran verwendet. Die Jesuiten erhoben die Anstalt zu einem vollständigen Gymnasium nach dem Vorbilde desjenigen von Brig und leiteten es nach dem Studienplan ihres Ordens bis zur Aufhebung desselben im Jahr 1773. Der Unterricht wurde in lateinischer und deutscher Sprache erteilt, da die deutsche die offizielle Standessprache war. Doch wurde die französische Sprache mehr als in Brig berücksichtigt.

Der selbe Bischof Blatter stiftete 1748 auch ein Priesterseminar in den Räumen des zuerst den Augustiner-Chorherren von Abondance, dann seit 1334 den Karthäusern, endlich seit 1426 den Karmelitern gehörenden Klosters zu Gerunden bei Siders, wies denselben die Gebäulichkeiten und Gärten an, die Bischof Adrian IV. von den Karmelitern gekauft und zu spätern frommen Stiftungen an den bischöflichen Tisch gebracht hatte, und schenkte dazu 5000 Kronen aus eigenen Mitteln. Dieses Seminar hatte den Zweck, Priester-

amtskandidaten, die bereits Theologie studiert hatten, für die praktische Seelsorge und auf die hl. Weihen vorzubereiten. Er wünschte, daß die fähigern Studierenden auf katholischen Universitäten oder größern Priesterseminarien den ganzen theologischen Kurs durchnehmen, und stiftete zu diesem Zwecke mit 4000 Kronen zwei Freiplätze im theologischen Konvikt der Universität von Wien. Der Unterricht seines Priesterseminars in Gerunden umfaßte neben einer kürzern Repetition der Dogmatik und Moral vorzüglich die Liturgik und Asketik, meist in einem bis zwei Jahreskursen, mitunter nach Bedürfnis in drei Jahreskursen. Dasselbe wurde ausschließlich von Weltgeistlichen geleitet und stand unmittelbar unter dem Bischof. Der Staat beteiligte sich daran in keiner Weise. Bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts war es in Gerunden, dann in Sitten, wo die Domherren unter der Leitung des Domdekan Pignat einen dreijährigen theologischen Kurs errichteten, bald wieder nach früherer Gepflogenheit in Gerunden, selbst 1808 bis 1810 in Leuterbad bei Domherr Berchtold. 1818 verlegte es Bischof Zen-Ruffinen in die Räume des Schlosses Valeria, welches die Domherren seit Schluß des 18. Jahrhunderts verlassen hatten, und 1874 Bischof Peter Joseph de Breux in das von ihm und dem Klerus zc. neben der Kathedrale von Sitten erstellte neue Seminargebäude. Domherren von Sitten haben seit 1818 unausgesetzt einen drei- bis vierjährigen Kurs über Dogmatik, Moral, Exegese, Kirchenrecht und Pastoral gegeben. Ein nur vom Bischofe abhängiger Direktor ist mit der Leitung der Anstalt und der asketischen und liturgischen Bildung der Theologen betraut. ¹⁾

Ähnliche theologische Anstalten zur Bildung ihrer jüngern Ordensgenossen besaßen seit frühester Zeit auch die beiden Chorherrenstifte des großen St. Bernhard und von St. Maurice unter ausschließlicher Leitung der Klostervorstände.

St. Maurice.²⁾ Das Kloster von St. Maurice war im frühern Mittelalter, namentlich seit der eigentlichen Gründung des-

¹⁾ Bischöfl. Archiv von Sitten. Vergl. Furrer, Gesch. v. Wallis I. 382 und f. und diese Blätter I. 378—379. Das Archiv des Bischöfl. Seminars blieb mir unzugänglich! — ²⁾ Die folgenden Daten sind zum größten Teil entnommen der hochinteressanten Studie des dortigen Chorherrn P. Bourban, 127 Seiten, Fribourg 1896, in den « Mélanges d'histoire et d'archéologie de la Société Helvétique de St-Maurice ».

selben durch den hl. Sigismund, König der Burgundionen, 515 oder 516, bis gegen die Mitte des neunten Jahrhunderts, wie alle großen Klöster des Abendlandes in ihrem Kreise, für das Wallis der vorzüglichste und oft auch der einzige Mittelpunkt der Kultur und des Unterrichtes. Besonders gilt dieses für das sechste Jahrhundert, wo die ersten Äbte, die hh. Hymnmod aus der Dauphine und Ambrosius aus Lyon, große Schaaren von Mönchen aus dem ganzen burgundionischen Königreiche nach Agaunum führten, um dort das Lob Gottes Tag und Nacht singen und verherrlichen zu lassen, und daher für Ersatz dieser großen Klostergemeinde durch Unterricht und Schulen sorgen mußten. Vom dritten Abt, dem hl. Achivius, wird besonders sein großes Gedächtnis und seine umfassende Kenntnis der hl. Schriften gerühmt, und wie er noch als Abt mit großer Klarheit zu lehren fortfuhr, während der vierte Abt, der hl. Probus, die Reform des Kirchengesanges an die Hand nahm.¹⁾

Das Kloster Agaunum blieb trotz der teilweisen Zerstörung durch die Longobarden 574 noch Jahrhunderte lang bis zur Stiftung des Domkapitels in Sitten im 10. Jahrhundert der vorzüglichste Träger der zeitgenössischen Bildung und des christlich-sozialen Lebens unserer Gegenden. Seine Äbte bestiegen häufig im 8. und 9. Jahrhundert den bischöflichen Stuhl von Sitten — ich erinnere nur an den frühern Erzbischof Willikar von Wien, der dann Abt von St. Maurice und Bischof von Sitten (765—780) ward und in St. Maurice beerdigt wurde, und den hl. Altheus, Bischof von Sitten und Abt von St. Maurice, ein Zeitgenosse und Freund Karls des Großen, der denselben zu Agaunum bewirtete und von ihm reichlich beschenkt wurde zu Gunsten des Klosters und wohl auch des Bistums, und daher zweifelsohne dessen Kapitulare, wonach in jedem Kloster und in jedem Bischofsstige für die Jugend Schulen errichtet werden sollen, wenigstens in St. Maurice bestens befolgte.

Unter den spätern Karolingern bemächtigten sich des Klosters und seines Einkommens die Commenden-Inhaber, meist weltliche Äbte aus den Familien der regierenden Fürsten, der Karolinger, Rudolfinger und der Grafen von Savoyen und ihrer Verästelten, unter denen an ideale Güter kaum mehr gedacht wurde. Die alten Mönche, die nach der alten Ordensregel von Agaunum leben und wirken wollten, wurden verdrängt; in den Ordensverband ließen sich wenige weltliche Chorherren aufnehmen; das Kloster verarmte.

¹⁾ Vita primorum Abbatum Agaunensium a monacho coævo. Bolland. 2. Nov.

Eine bessere Zeit bahnte sich erst an, als Graf Amedeus III. von Savoiën in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts die weltlichen Chorherren durch reguläre des Ordens des hl. Augustin ersetzen ließ und das Institut der Laienabte aufhob. Es gieng damals ein ernster Zug des Wiederaufwachens religiösen Lebens durch die Christenheit und die Dekretalen Papst Gregors des IX. (l. 5. tit. 5) befohlen, daß an jeder Kathedrale und Klostergenossenschaft eine Präbende zum Unterhalt eines Lehrers für die Jugend ausgesetzt werde. Die Regular-Chorherren Agaunums setzten diese Anordnung ins Leben, sobald die Umstände es ihnen erlaubten. Wirklich finden sich in Urkunden des 13., 14. und 15. Jahrhunderts die Namen einer Anzahl von Rektoren der Schule von St. Maurice. Ja, das Kloster scheint dieser Mahnung so trefflich nachgelebt zu haben, daß das Grafenhaus von Savoiën ihm die Leitung des Schulunterrichts vom großen St. Bernhard bis zum Lemanne anvertraute. So wählte 1376 Abt Johannes Bartholomäi auf Bitten der Leute von Nigle seinen eigenen Ökonomen Humbert zum Leiter der Grammatik oder Litteraturschule in Nigle, und übergab 1448 Abt Michael Bernardi von Allinges dem Deodat Chenut, Magister der freien Künste, die Leitung sämtlicher Schulen des Chablais, welche laut den Dekretalen Gregors IX. für die Schüler unentgeltlich sein sollten.

1475 kam das savoische Unterwallis bis St. Maurice samt dem dortigen Kloster unter die Oberhoheit der sieben Zehnden des Oberwallis. Das rief lange Unterhandlungen und Rechtsweiterungen hervor. Die Urkunden nennen uns keine Rektoren der Schule von St. Maurice mehr, obwohl die Schule nicht ganz eingieng. 1559 fand der Landrat diese Schule zu ungenügend, verordnete die Anstellung eines Oberlehrers, bürdete aber den Unterhalt desselben der Abtei auf, — der Abt und der Sakristan von St. Maurice sollten je einen Wagen guten Weines und der St. Jakobsspital daselbst 6 Ausstichkäse liefern. Da sich der Abt darüber beschwerte, entschied der Landrat den 16. Dezember 1575, daß zur Besoldung dieses Professors Abt und Kloster 25 Sester Wein zahlen, und als auch dieses nicht langte, daß der Spital die 6 Ausstichkäse wieder liefern, der Landvogt von Monthey, dessen Bezirk 1536 dauernd an Wallis kam, ein Muth Weizen und ein Muth Roggen oder Gerste, jedes Banner des Unterwallis zwei Pistolet und die Gewaltshaber von Monthey 4 Pistolet jährlich hinzufügen.

Die Schule von St. Maurice hob sich zusehends. 1610 wurde der Notar und spätere Chronist Caspard Vérodi Professor und Leiter dieses Kollegiums, der mit Vorliebe und Geschick die dramatische Kunst

pflegte, selbst mehrere Dramen verfaßte, längere Jahre der Anstalt vorstand und endlich als Wittwer Priester, Chorherr und Prior der Abtei wurde. 1622 ließ die Stadt St. Maurice gegenüber der Gaste, aus welcher sie im jetzigen Jahrhundert mit Beihilfe der Abtei das jetzige Theater erstellte, einen Turm zu einem Schulhaus des Kollegiums umbauen, und 1631 stiftete Chorherr Moriz Cattelani mit 10,000 mürsfinger Gulden zwei Freiplätze für Jünglinge, die sich dem Priesterstande widmen wollten.

Als die sechs obern Zehnden das Kollegium der Jesuiten zu Brig gründeten, entsagte der Landrat der jährlichen Wahlzeit an die Landratsabgeordneten in der Maitagung und dem im zweiten Jahr gepflegten Empfangessen des neuen Landvogts von St. Maurice und seines zahlreichen Gefolges, welche beide Lasten nach Ansicht des Klosters bloß durch freiwillige, aber Jahre lange Gepflogenheit der Abtei aufgebürdet waren, erließ der Abtei die jährliche Lieferung der 25 Sester Wein und der 6 Ausstichkäse, — verpflichtete aber die Abtei (nach Herrn P. Bourban) zu nahezu 300 spanische Pistolets (zu 180 Bagen?) an das neue Kollegium in Brig. Die Akte in Brig sprechen von 140 Dubeln oder 630 Kronen, wozu infolge Vermittelung des päpstlichen Nuntius ein Jahresbeitrag von 6 Dubeln kam, der mit dem Schluß des 18. Jahrhunderts aufhörte. Das Kollegium in St. Maurice gieng infolge dessen ein, und es lebte die alte Schule wieder auf, an der ein bis zwei, 1766 selbst 3 Professoren wirkten. Ein Herr Charletti aus St. Maurice vermachte testamentarisch sein Vermögen an die Schulen von St. Maurice. Der Erlös kam an die dortige Stadtverwaltung, welche daraus ihre Beiträge an die Schule und das spätere Kollegium von St. Maurice bestritt, es aber immer entschiedener als Fundum ihrer Primarschulen ansprach.

Als zu Beginn des Jahres 1798 die Invasion des französischen Heeres in die Schweiz immer drohender wurde, reichten die 7 alten Zehnden ihren Untergebenen im Unterwallis die Bruderhand und nahmen sie zu freien, unabhängigen und gleichberechtigten Landesleuten an. Wohlgehimnte Laien des Unterwallis dachten ernstlich an die Errichtung eines Kollegiums mit Pensionat im Kloster von St. Maurice selbst. Allein der im Mai erfolgte Einbruch der fränkisch-helvetischen Truppen in's Wallis, die bis 1800 das Mittel- und Oberwallis entseßlich verheerten, und der Durchzug des französischen Heeres über den großen St. Bernhard nach Italien, der von 1800 an einige Jahre durch Frohndienste und Einquartierungen hart auf der Bevölkerung des Unterwallis lag und namentlich das Kloster von St. Maurice als Kaserne benutzte, machten die Ausführung des edeln

Gedankens unmöglich. Durch den Willen des ersten Konsuls von Frankreich, Napoleon Bonaparte, wurde Wallis 1802 eine eigene, aber fast gänzlich von Frankreich abhängige Republik mit aufgezwungener Verfassung und selbstgewählter Regierung. Diese wandte sich schon den 29. September 1802 an den Abt von St. Maurice um die Errichtung eines Gymnasiums mit Pensionat im Kloster. Das war jedoch bei den fortbauenden Einquartierungen nicht möglich. Die Abtei setzte jedoch ihre alte, kleine Schule fort, ohne etwas aus dem Charletti'schen Schulfond zu erhalten. 1805 bewog Abt Joseph III. Kaspar Erquir, die Landratsabgeordneten von Monthey und St. Maurice für Errichtung eines Kollegiums und eines Pensionates im Kloster auf dem Landrat zu wirken; sie fanden geneigtes Gehör. Die Abtei begann im November 1806 ein Kollegium mit vier Professoren unter der Oberleitung des Weltpriesters und frühern Professors in Sitten, Herrn Anstaad, der Philosophie und Mathematik dozieren sollte. Die Regierung verhiess jedem Professor 30 Louisdor als Belohnung. Den 22. Dezember 1807 wurde zwischen der Abtei und der Regierung ein förmlicher Vertrag abgeschlossen. Die Abtei verpflichtete sich, ein regelmässiges Kollegium mit 6 Gymnasialklassen und einem Lehrstuhl für abwechselnd Philosophie und Physik und mit einem Pensionat im Kloster zu errichten, jährlich 5 Louisdor für Schulpreise zu zahlen, für die Heizung der Schulzimmer und den Unterhalt des provisorischen Schultheaters zu sorgen und mit der Stadt ein definitives Theater zu erstellen; die Regierung anderseits jährlich an den Gehalt der Professoren 80 Louisdor zu zahlen, wozu die Stadt St. Maurice aus dem alten Schulfond 40 Louisdor alljährlich hinzufügen solle.

Durch Dekret vom 12. November 1810 wurde Wallis als Departement des Simplon von Napoleon I. dem französischen Kaiserreiche einverleibt. Durch dasselbe Dekret wurden die bestehenden Kollegien von Sitten, St. Maurice und Brig zwar beibehalten; es durften aber in St. Maurice, wie in Brig, die Gymnasialklassen nur bis zur ersten Rhetorik gelehrt werden. Auch die Lehrthätigkeit der Chorherren von St. Maurice wurde gelähmt durch die gewaltsame Vereinigung derselben mit dem Chorherrenstift auf dem großen St. Bernhard. Doch das Jahr 1814 gab dem Wallis seine Unabhängigkeit, der Abtei St. Maurice seine Selbstständigkeit zurück. Der frühere Vertrag mit der Regierung von Wallis trat wieder in Kraft und das Kollegium erstarkte zusehends. Das Jahr 1819 zählte es über 80 Schüler und war es von tüchtigen Lehrern geleitet, unter ihnen vom langjährigen Rhetorikprofessor und spätern Abt Franz de

Nivaz. Der gewiß unverdächtige Bridel schreibt um diese Zeit: „Die Herren der Abtei (St. Maurice) zeichnen sich durch ihre Kenntnisse und pädagogischen Talente sehr vorteilhaft aus. Außer den Schülern der Stadt und der Umgebung werden auch noch ausländische Schüler in einer sehr wohl eingerichteten und besorgten Pensionsanstalt aufgenommen.“¹⁾

Es fehlte jedoch nicht an Anständen mit der Stadt St. Maurice und mit der Landesregierung. Ein Streithandel mit der Stadt-Gemeinde über Eigentumsrechte in Bevoilliez wurde 1819 infolge Vermittelung durch die päpstliche Nuntiaturs dahin bereinigt, daß die Stadt ein Theater zur Benutzung der Studenten des Kollegiums von St. Maurice erstelle. Seit 1821 steht es da zu diesem Zwecke. Die Frage über die Zweckbestimmung des Legats Charletti's fand aber keine Lösung; 1821 übernahm die Regierung die jährliche Verabfolgung der 40 Louisdor an das Kollegium.

Als 1821 der alternde Herr Anstaad von der Professur und Präfektur des Kollegs zurücktrat, setzte der Staatsrat eine eigene Kommission für die Wahl der Professoren ein, allerdings unter dem Vorsitz des Abtes; als im selben Jahr der auf Kosten der Abtei in Paris hiezu vorgebildete Chorherr Blanc die Physik und Mathematik in französischer Sprache zu dozieren begann, erhob der Staatsrat ernste Einsprache; und als 1829 Abt de Nivaz sich auf den Artikel 56 der Konstitution von 1815 berief, daß der Staat den Unterhalt der Schulgebäude, deren Heizung, die Auslagen des Theaters, der Schulpreise zc. auf seine Rechnung nehme, wurde er ungnädig beschieden; und 1832 erhielt das Kollegium von St Maurice 1180 alte Franken, während dem Kollegium von Brig 4107, jenem von Sitten 9241 verabfolgt wurden, und wurde ihm ein junger, in Rom gebildeter Weltpriester, Dr. Andreas de Nivaz, zur Reorganisation als Präfekt vorgesetzt.

Schwere Kämpfe brachten dem Stift die radikalen Wirren der dreißiger und vierziger Jahre. Es handelte sich um den Bestand des Klosters, das sich dann auch zu allen Opfern entschloß. Es eröffnete im Herbst 1838 mit dem Kollegium eine Sekundarschule, welche die Konstitution von 1839, auf 2 Jahre berechnet, einfach der Abtei überbürdete. 1840 jedoch wies der Staatsrat an die 2 Professoren derselben jährlich 400 alte Franken an.

Trotz den großen Verlusten, welche die Abtei zu Ende des Sonderbundkrieges durch die Säkularisierung des Klostervermögens

¹⁾ Furrer, II. 318.

erlitt, setzte sie doch das Kollegium fort. Die Konstitution von 1849 unterdrückte den dortigen Kursus der Philosophie und Physik. Wie sich die Gemüther etwas beruhigten, wurde 1850 in Ansehung der Verluste der Abtei die Besoldung der einzelnen Professoren auf 600 Schweizer Franken erhöht, 1859 der Lehrstuhl der Philosophie wieder hergestellt und seit 1891 die Zahl der Professoren vermehrt, so daß sich die Abtei 1893 entschloß, ein eigenes Kollegium von sich aus zu bauen.

Doch kehren wir nun zu den zwei andern Kollegien zurück.

In Sitten setzten nach Aufhebung des Jesuitenordens Welt-priester das Gymnasium fort, erhielten dasselbe eine Zeitlang fast auf der frühern Höhe und veröffentlichten selbst einige Schulbücher; so der Jesuit Dominik Bender von Föllly 1774 eine Anleitung der Geographie, der spätere Domherr Zurfürchen von Bisp eine deutsch-lateinische Sprachlehre. Allein schon der Stadtbrand von 1788, und mehr noch die Invasionskriege von 1798 und 1799 und die darauffolgende Drangsalperiode versetzten denselben so harte Schläge, daß es fast ganz eingieng. Der alte Schulfond war auf 13,321 Schweizer Franken gesunken, gieng zur Zeit der Helvetik auf die Regierung über, wuchs dann aber bis 1811 auf 18,318 Schweizer Franken an (Fr. 26,547). Einberechnet sind darin ein Legat des 1807 verstorbenen Bischofs Joseph Anton Blatter von 500 Kronen und ein Legat des Priesters Augustin Bonivini von Benthien und Lens. Er hatte früher einen Freiplatz für Wallisertheologen im theologischen Konvikt der Universität von Wien gestiftet und dann vor seinem Tode 1804 ein bedeutendes Legat für das Kollegium in Sitten bestimmt, welches jedoch seine Kräfte überstieg und 1810 um 1000 Schweizer Franken liquidiert wurde.¹⁾

1805 wandte sich der Staatsrat an die Patres Fidei in Rom, und der Obere derselben, P. Mik. Paceanari, sandte zwei Patres mit der Vollmacht, um die Übernahme des Kollegiums zu verhandeln. Man traf den 10. November desselben Jahres ein übereinkommen, welches der Landrat den 27. November ratifizierte und der Staatsrat den 16. Dezember promulgierte. Die wesentlichsten Bestimmungen sind:

¹⁾ Sitzungsprotokolle des Staats- und Land-Rates im Staats-Archiv von Sitten.

Die Gesellschaft der Patres Fidei übernimmt das Gymnasium von Sitten und soll den Studienplan der alten Jesuiten befolgen. Sie haben zu lehren Prinzipia, Rudiment, Grammatik, Syntax, Poësis, Rhetorik, Logik und Physik. Der Staat zahlt denselben zum Unterhalt von 8 Personen in semesterweiser Vorausbezahlung für jeden 25 Louisdor (somit Total 4637 $\frac{1}{2}$ Fr.), stellt ihnen die Gebäulichkeiten der alten Jesuiten zur Verfügung, deren jetzige und künftige Reparaturen der Staat besorgt, und liefert das Brennholz und die nötigen Gerätschaften.¹⁾ Bald darauf bereicherte der Staat das Kollegium mit einem Physikalien- und Naturalienkabinet und einem Theater und beteiligte sich am Bau der neuen Dreifaltigkeitskirche als Kollegiumskirche.

Nach der Wiederherstellung des Jesuitenordens durch Papst Pius VII. im Jahr 1814 traten die sämtlichen Patres Fidei in Sitten in diesen Orden über und die Jesuiten leiteten unter denselben Bedingungen, wie die alte Gesellschaft, das Kollegium in Sitten, in welchem nun wie in Freiburg Doppelklassen für die Deutschen und die Franzosen gehalten wurden, bis zur Auflösung des Sonderbundes im November 1847. Selten jedoch gieng die Anzahl der Studierenden über 70.

In Brig blieb das Kollegium und dessen Kirche nach der Auflösung des Jesuitenordens im Jahr 1773 verödet. Die fünf obern Zehnden sahen sich jedoch um neue Lehrkräfte um und schlossen den 2. Juli 1776 einen Vertrag mit der vom hl. Joseph Galesanz gestifteten Kongregation der frommen Schulen, gemeinlich Piaristen genannt, übergaben ihnen ihren Anteil am Kollegiumsfond, wogegen die Piaristen sich verpflichteten, wenigstens das Gymnasium nach Kräften fortzusetzen. 1783 trat auch der sechste Zehnden — Siders — diesem Vertrage bei, wodurch die Piaristen in den Stand gesetzt wurden, den ganzen Kollegiumsfond zu genießen. Dieser Fond erlitt aber beträchtliche Einbußen. 1787 brannte der Dachstuhl der Kirche und des Kollegiums ab; in den neunziger Jahren versiegte der Beitrag des Landrates aus dem Einkommen der Landvogteien; in diesen Revolutions- und darauffolgenden Kriegs-Jahren giengen gar manche Kapitalien verloren. Die Erfolge der guten Piaristen wurden vielfach durch den Mangel an eigenem Zuwachs und durch die traurige

¹⁾ l. c.

Zeitlage um die Wende des Jahrhunderts beeinträchtigt; 1798 bis 1800 hörten die Schulen ganz auf; von da an nahm die Zahl der Schüler stetig ab; seit 1810 gab es nur mehr eine vierklassige Lateinschule und 1813 wirkten nur mehr zwei Patres an der Anstalt, welche sich 1814 in's Ursulinerinnen-Kloster in Brig zurückzogen.¹⁾

Raum hatte Papst Pius VII. den 7. August 1814 die Gesellschaft Jesu wieder neu errichtet, so zogen die Jesuiten schon Anfangs September desselben Jahres im Einverständnis mit der Landesregierung nach Brig. Ihr Oberer war P. Drach. Sie errichteten daselbst sogleich ihr Noviziat, welches lange Jahre unter der erprobten Führung des P. Staudinger stand. Als bald begannen auch die Verhandlungen mit dem Regierungsrate. Der Kollegiumsfond, welcher bis auf 10,421 Schweizer Franken leider verloren gegangen war, wurde dem Staatsvermögen einverleibt, und die Professoren gleich jenen in Sitten zu 25 Louisdor vom Staate bezahlt, welcher auch den Unterhalt der Gebäulichkeiten auf sich nahm. Das Kollegium soll neben einem Vorbereitungskurs die üblichen sechs Klassen zählen und dazu je einen Lehrstuhl für Philosophie und Physik, welche zwei Fächer abwechselnd mit Sitten doziert werden.²⁾

Im Herbst 1815 eröffneten nun die Jesuiten ihr Kollegium in Brig und zugleich ein Pensionat in den Räumen des Klosters selbst. Die Zahl der Schüler stieg stetig. 1823 eröffneten sie ein zweites und größeres Konvikt im Stockalperschlosse, verbanden damit 1830 ein französisches Gymnasium, und die Schülerzahl stieg bis auf 300, deren Großzahl Ausländer bildeten. Als aber die Jesuiten in Freiburg 1834 ihr großes Pensionat eröffneten, gieng das Pensionat im Stockalperschloß ein. Da die Jesuiten im Kloster auch einen zweijährigen Kurs für ihre Scholastiker errichtet und die Zahl der Novizen stetig wuchs, baute die Kantonsregierung in unmittelbarer Nähe des Kollegiums ein 7 Schulzimmer enthaltendes Schulhaus mit einer Kapelle, einem kleinen Theater und einem bescheidenen Physikalien-Kabinet.

Die Rechtsschule wurde in alter Weise fortgesetzt, bald auf dem Lande bei einem erfahrenen Notar, 1766 und folgende Jahre im Kloster St. Maurice, meist jedoch in Sitten, wo selbst Domherren,

¹⁾ Vergleiche obige Aktensammlungen der Herren Kaspar und Ferd. Wilt. Stockalper 2c. — ²⁾ l. c. und im Staatsarchiv.

wie Adrian v. Courten gegen Schluß des letzten, und Emanuel v. Kalbermatten im gegenwärtigen Jahrhundert Ins dozierten. Wer gründlichere Kenntnisse der Rechtswissenschaft wünschte, die Mediziner, die wenigen Mathematiker und gar manche Priester besuchten ausländische, süddeutsche, französische und italienische Universitäten, und gar mancher lehrte, besonders seit dem 17. Jahrhundert, als Doktor der Rechte, oder der Medizin, oder der Philosophie und Theologie in die Heimat zurück. Es wäre interessant, die Namen all dieser Dekorierten — ihre Zahl ist nicht gering — kennen zu lernen.

2. Das Primarschulwesen

Der Volks- oder Primarunterricht fand seit dem 13. Jahrhundert stets einige Pflege und erreichte im 15. Jahrhundert, besonders im bischöflichen Wallis, eine gewisse Blüte. Man sorgte dafür durch die sogenannten Pfarrschulen. Schon um 1219 legte Bischof Landrich des Monts (1206—1237) in seinen Synodalstatuten den Pfarrgeistlichen ernstlich ans Herz, ihre Angehörigen in der Religionslehre gründlich zu unterrichten.¹⁾ Die Bischöfe Bonifaz de Challant (1290—1308), Almo de Chatillon (1308—1323) und Guichard Tavelli (1342—1375) schärften diese Verpflichtung wieder in ihren Synoden ein.²⁾ Das konnte aber ohne Unterricht, wenigstens im Lesen, kaum oder nur schwer erreicht werden. So entstanden Pfarrschulen in Münster, Ernen, Mörel, Meters, Visp, St. Nikolaus, Maron, Leuf, im Contract von Siders, in Ardon-Chamoson und in Martinach, und wohl noch in andern Dörfern des bischöflichen Wallis, in Liddes, Orsieres, Vagnes, Sembrancher, Salvan, Monthey-Colombey, Bionnaz und Vouvry im savoischen Wallis, während der Adel seine Kinder mit jenen ihrer Ministerialen auf ihren Schlössern zu Gesteln, Giffisch, Gradetsch, Aigent, Conthey-Saillon und Saxon unterrichten ließ. Von Sitten und St. Maurice war schon die Rede. Wir erhalten darüber Kenntnis durch häufige Legate an die Scholaren der Pfarrdörfer in Testamenten und Jahrzeitstiftungen, deren eine Unzahl in den Gemeinde-, Pfarr- und Familien-Archiven und in gelegentlichen Sammlungen alter Urkunden mir durch die Hände lief. An mehreren Orten wurde, wie schon bemerkt, nicht nur in der Volkssprache, sondern auch im Latein Unterricht erteilt, einer Sprache, welche bis zum Schlusse des 18. Jahrhunderts im Lande ziemlich

¹⁾ Grémaud, Documents Nr. 282. — ²⁾ Gr. Nr. 1154, 1194, 1324, 1482, 1976 und 1977.

geläufig war, so daß sich intelligente Bauern darin ausdrücken konnten. Ich selbst habe in jüngern Jahren dem schlichten aber richtigen Latein greiser Landleute mit Freude gelauscht.

Den Unterricht erteilten bald Priester, bald Laien. Die Pfarrschule zu Ernen versahen im 14. Jahrhundert einer der zwei Vikare, zu Naters, Bisp und Leuf Altaristen, zu Ulrichen und Glis erhielten Beguarden (Gremiten, Waldbrüder) Legate mit der Verpflichtung, Knaben im Lesen zu unterrichten, zu Bisp und Ernen auch Beguinen mit dem Auftrag, Mädchen, welche sich an sie wenden, im Lesen und in der Handarbeit zu unterrichten.¹⁾ Die Beguinen zu Ernen wurden 1339 zu einer klösterlichen Genossenschaft gesammelt²⁾, nahmen die Regel des hl. Augustin an und setzten von 1343 an bis gegen das Ende des 15. Jahrhunderts auf dem Gnadenberg zu Fiesch ihr Ordensleben fort.⁴⁾ Ihre Schülerinnen wurden 1361 und 1389 testamentarisch mit Gaben bedacht.⁵⁾ Ähnliches mögen die Augustinerinnen zu Leuf im 13. Jahrhundert geleistet haben. 1359 stiftete Peter Lambauer eine Pfründe zu Leuf; unter den Obliegenheiten des Rektors steht auch der Unterricht der Knaben.⁶⁾ 1346, 19. November, stiftete Johannes von Ernen die St. Margaretapfründe in Bisp, deren Rektoren bis in die Gegenwart sich mit dem Primarunterricht in Bisp zu befassen haben.⁷⁾

Der Besuch der Pfarrschulen war fakultativ. Wer, wie der Referent, gar viele Hunderte von Privaturkunden durchstöbert hat, staunt über die bedeutende Anzahl Männer aus den Pfarrdörfern — besonders in den obern Thälern, deren Bewohner mit jenen im Oberland und in den Urkantonen in Sitte und Sprache stammverwandt sind — welche im 15. Jahrhundert im Lesen, Schreiben und Rechnen und in der lateinischen Sprache unterrichtet waren, Akte und Verträge selbst abschlossen und unterschrieben und in Prozessen ihre Angelegenheiten selbst verteidigten. Allerdings nimmt die Zahl derjenigen, welche des Lesens und Schreibens kundig waren, um so mehr ab, je entfernter ihre Wohnung vom Pfarrdorf war. Wer Lust und Liebe zum Unterricht hatte, Ehrenstellen erlangen oder Handel treiben wollte, zog zu den wenigen Pfarrdörfern. Die Öffentlichkeit der Gerichte, die fast in jedem alten Pfarrdorf stattfanden, bot ihnen eine praktische Fortbildungsschule. So schwang sich Mancher bis zu den höchsten Ehrenstellen des Landes empor, ohne eine andere als

¹⁾ Pfarr-Archive von Münster, Naters, Bisp und Ernen. — ²⁾ Gr. Nr. 1742. — ³⁾ Gr. Nr. 1762. — ⁴⁾ Gr. Nr. 1852. — ⁵⁾ Familien-Archiv Schinner. — ⁶⁾ Burger-Archiv von Leuf. — ⁷⁾ Burger-Archiv von Bisp, D. 86.

seine Pfarrschule besucht zu haben. Das 15. Jahrhundert war übrigens auch der Oberwalliser Heldenzeitalter, weckte daher die Wißbegierde, öffnete ihrem Handelsgeist neue Wege und bot ihnen im Kriegsdienst und in den vielen neuen Ämtern den ersehnten Lohn.

Das Unterwallis blieb keineswegs unthätig. Die Schulen von Martinach und im Entremont lagen dem Kloster des St. Bernhardsberges besonders am Herzen, weil sie aus denselben ihren größten Nachwuchs erhielten. Gleiches Interesse hatte das Kloster von St. Maurice an den Schulen von St. Maurice und Bagnes und das Kloster von Abondance an den Schulen von Val d'Illier und Gesteln-Lötschen. Im Übrigen bot der Abgang der Unterwalliser aus der Herrschaft Savoiens unter die Botmäßigkeit der 7 Zehnden wenig Änderung, als daß nun die Schloßschulen aufhörten und hin und wieder Pfarrschulen versucht wurden.

Das Meislaufen und die innern Parteiungen und Zwistigkeiten des Landes seit dem letzten Viertel des 15. Jahrhunderts brachten dem Schulwesen und Volksunterricht tiefe Schädigung. Im 16. Jahrhundert giengen viele Pfarrschulen ein, andere wurden nur mehr von recht dürftig gebildeten Laien gehalten. Die Stelle eines Dorflehrers gieng oft als Erbstück vom Vater auf den Sohn über, wie z. B. in Ernen, wo die Familie da Rey oder Ring über ein Jahrhundert die Dorfschule hielt, um sie dann für ein anderes Jahrhundert der Familie Siber abzutreten. Die Schule von Naters wurde nach dem wichtiger werdenden und handeltreibenden Brig verlegt. Im Mittel- und Unterwallis herrschten die unheilvollsten religiösen Zerwürfnisse. Die protestantisch Gesinnten verlangten Lehrer ihrer Ansicht, die katholisch Gesinnten perhorezierten dieselben und wollten lieber keine als solche Schulen. Der damals sittlich tief gefallene, in Glaubenszweifeln befangene Klerus vieler Orte bekümmerte sich nichts um Unterricht und Schule. Die Schulen giengen meistens ein, die Eltern waren auf Privatunterricht angewiesen, und welchen? Zwei bis drei Jahrzehnte später als anderwärts riß im Wallis dieselbe Barbarei ein, welche die übrige Schweiz, Deutschland und Frankreich zu beklagen hatten.

*

*

*

Eine bessere Zeit bahnte Bischof Hildebrand Jost an, der in seinem Kampfe um die weltliche Oberhoheit des Bistums sich fast aufrieb und schließlich unterlag, aber den katholischen Grundsätzen

zum Siege verhalf und sich seinen klaren Blick, was seiner Heerde not thue und ihr fromme, mitten unter allen Anfeindungen und Verfolgungen stets frei erhielt. Den 25. April 1626 hielt derselbe mit seinem Klerus, der auf den Jesuitenschulen zu Freiburg und Luzern und im Lande selbst gründlichere Bildung erhalten und sich auch sittlich wieder hob, eine merkwürdige Diözesansynode mit heilsamen Statuten. Bezüglich des Unterrichts setzte er wörtlich folgendes fest: „Der Besuch der Privatschulen soll häufiger sein, als er sich jetzt unsern Augen darbietet, indem daraus dem christlichen Gemeinwesen der größte Nutzen entspringt. Wir verordnen daher, daß in größern Ortschaften die durchgängig zerfallenen Schulen wieder hergestellt, an jenen Orten aber, wo keine waren und noch keine sind, neue errichtet werden. Die Knaben (und auch recht viele Mädchen) sollen dort lateinisch, deutsch oder französisch lesen und schreiben lernen, wenigstens im Winter, wo die ungebildete Jugend die goldene Zeit mit müßigem Geschwätz und Spiel vertreibt. Die Lehrer sollen im katholischen Glauben fest stehen, weder (in der Glaubenslehre) verächtlich noch andersgläubig, vielmehr rechtschaffene und in der Gottseligkeit ausgezeichnete Männer sein, damit dieselbe Frömmigkeit durch Wort und Beispiel auch der zarten Jugend zugeleitet und eingeträufelt werde, so daß sie daher, was sie als Kinder von den Müttern eingelesen, nun auch von den Lehrern erhalten können zur größern Ehre Gottes und zum Heil des Walliserlandes.“¹⁾

Bei dem politischen Zerwürfniß des Landes konnte dieses Dekret nicht sofort ausgeführt werden. Die Synodalstatuten selbst wurden erst 1635 zu Freiburg gedruckt. Allein die Nachfolger Jost's auf dem Bischofsstuhle zu Sitten suchten diese Statuten, die in kirchlichen Dingen noch jetzt zu Recht bestehen, nach Kräften auszuführen. Der Klerus nahm sich der Schule immer mehr an und empfahl sie dem Volke, welches vielfältig die Notwendigkeit oder auch die Nützlichkeit des Volksunterrichtes verkannte oder vor den Kosten desselben zurückscheute. Mancher Dorfmann hoffte auch ein unwissendes Volk leichter zu beherrschen. Die Vernunft brach sich aber doch Bahn. Die verschrieenen und gehaßten Jesuiten förderten den Volksunterricht mit Wort und Beispiel, hatten schon 1622 bis 1627 den Primarunterricht in Sitten übernommen und versahen denselben später nach Errichtung der dortigen Kollegien in Brig und Sitten. Wohlgesinnte Priester und Laien stifteten Schulsonde und Schulpfründen, und solche Stiftungen galten seither als gottgefällige Liebesgaben.

¹⁾ Constitutiones et decreta synodalia dioc. Sedun. c. IV. § 5, p. 55—56, neu herausgegeben, Regensburg, Pustet, 1883, Seite 35.

Die ersten Vollziehungen erhielt das Synodaldekret des Bischofs Jost in St. Maurice und in dem ihm vorher so feindlich gesinnten Leuf. Die Stadt St. Maurice berief 1629 Cisterzienserinnen aus der Kongregation der savoischen Bernardinerinnen zur Erziehung der weiblichen Jugend. Diese verblieben dort jedoch nur 5 Jahre, zogen den 9. August 1634 zu gleichem Zwecke nach Monthey und später nach dem benachbarten Collombey. Den 10. Mai 1643 erhielten sie vom Landrat die Vollmacht, auf den Ruinen des Schlosses der Herren von Arbignon zu Collombey ein Kloster zu bauen ¹⁾, setzten dort noch einige Zeit den Unterricht der Mädchen fort, widmeten sich aber immer mehr dem beschaulichen Leben, besonders seit der Gründung des Klosters der Ursulinerinnen zu Brig, und haben erst in neuester Zeit sich wieder thätig am Unterricht der Mädchen beteiligt.

Leuf besserte die alte, 1359 von Peter Lambaner gestiftete Pfründe wieder aus, mehrte den Schulfond und besetzte von 1632 an bis auf die Gegenwart seine Schulmeisterstelle meist mit einem Priester. Thomas Oggier war 1632 der erste Schulherr von Leuf, überhaupt seit der Reformationszeit der erste bekannte Priester, der eine für das Primarschulwesen bestimmte Pfründe inne hatte. Bald folgte Visp, das um 1650 seine alte St. Margaretapfründe reorganisierte und ausbesserte und wieder mit einem Priester besetzte, der die Arbeit seiner vorreformatorischen Vorgänger, unter denen selbst Bischof Adrian I. von Niedmatten als junger Priester wirkte, — den Unterricht der Jugend — wieder auf sich lud. Auch anderwärts stiftete man Schulpfründen, — 1666 in Monthey und in Vagniez, wo vor der Reformation schon eine ähnliche bestand, 1700 in Simpelrn, 1705 in Mörel, 1709 in Troistorrents, 1772 in Bionnaz, etwas früher in Ernen und noch 1835 in Glis und 1845 in Grengiols. An vielen andern Orten besserte man die bestehenden Kaplanei- oder Altaristen- (Rektorat-)pfründen aus und übertrug dem Bepfründeten die Primarschule. Diese Pfründen bestanden meistens, neben dem allfälligen, geringen alten Altarfond, aus frommen Gaben für die Aushilfe in der Seelsorge, aus Jahrzeitstiftungen und Schulfondem. Solcher Pfründen gab es seit dem 17. Jahrhundert 54, wovon 29 später zu Pfarreien erhoben wurden. Im letztern Falle wurde entweder der Schulfond vom Pfründefond getrennt und der Pfarrer hatte das Recht, für den Bezug der immerhin kleinen Schulzinse und allfälligen Beilagen die Schule zu halten, oder der Schulfond wurde in Pfarrfond umgewandelt, und die Verpflichtung, für die Schule zu

¹⁾ Broccard, Histoire du Vallais, p. 239, Furrer I. 362.

sorgen, der Gemeinde überbürdet. Im Unterwallis hatten mehrere Pfarrer das Recht, den Lehrer von sich aus oder auf Vorschlag der Gemeinde zu wählen; ein heisses Recht, dessen sich die Herren herzlich gern entschlügen.

In allen diesen Pfarr-, Schulherren- und Gemeindeschulen wurden beide Geschlechter meist gemeinsam unterrichtet, wobei der Unterricht der Mädchen vielfach verkürzt wurde. An den meisten Orten begnügte man sich im Unterricht der Mädchen mit Lesen und Katechismus; mancher Hausvater hielt nicht nur das Schreiben, sondern selbst das Lesen bei den Mädchen für überflüssig.

Diesem Übelstand suchte nun der großmütige und reiche Kaspar Stockalper nach Kräften abzuhelpen. Er glaubte seinem Eifer für des Volkes Wohl durch Erstellung des Jesuitenkollegiums und des Kapuzinerklosters in Brig noch nicht Genüge geleistet zu haben, sondern auch für die weibliche Jugend, wie einst St. Maurice und Montheu, etwas Gripriechliches leisten zu müssen. 1661 berief er Schwestern aus der Kongregation der Ursulinerinnen zu Besançon nach Brig, übergab ihnen das Mezellen'sche Haus, baute daran ein eigentliches, architektonisch gut ausgeführtes Kloster nebst Kirche, umgab es mit Gärten und schenkte namhafte Güter als Dote zweier seiner Töchter. Der Landrat genehmigte im Dezember 1662 provisorisch und am 9. Juni 1663 definitiv die Stiftung, nahm mit Bischof und Domkapitel die Genossenschaft in seinen speziellen Schutz und Schirm und gestattete derselben, frei nach ihren Ordenssätzen zu leben. Der Stifter des Klosters, Landschreiber Stockalper, und die Gesandten von Brig hatten den Schwestern ungeteiltes Lob gespendet, und alle giengen von der Ansicht aus, in einem wohlgeordneten Staate sei nichts nötiger, als daß die Jugend beider Geschlechter frühzeitig in der Tugend und in den nötigen Kenntnissen zu einem standesmäßigen Leben herangebildet werde.¹⁾ Dieses Ursulinerinnen-Kloster blieb unter manchen Hindernissen und Gefahren, besonders in der helvetischen Zeit von 1798—1802, bis in die Gegenwart bestehen, errichtete ein Institut für Töchter besserer Stände und der Industriellen des ganzen Landes — selbst viele Töchter des mittlern und untern französisch sprechenden Wallis erhielten hier ihre Bildung, besonders im 17. und 18. Jahrhundert, — hielt bis heute die Mädchenschule von Brig ohne andere Entschädigung, als daß es zur Gemeinde- oder Municipalsteuer nicht herangezogen wird, und seit 1850 gegen ganz mäßige Entschädigung über ein Duzend Mädchen-

¹⁾ Ferd. Wilt. Stockalper, Akte über die Klöster von Brig, 1848.

schulen in Neckingen, Münster, Ernen, Fiesch, Nied-Brig, Glis, Bisp, Zermatt, Leuf, in Lenz, Grimseln u., sowie die Normalschule für die deutschen Lehramtskandidatinnen. Es hat für das Unterrichtswesen im Wallis viel geleistet und ist dafür mit der Liebe und Achtung der Behörden und des Volkes beglückt.

Über den Zustand der Primarschulen seit dem 17. Jahrhundert, insbesondere für die drei ersten Dezennien des 19. Jahrhunderts, geben uns reichliche Aufschlüsse die Beantwortungen von Fragebogen, welche infolge eines Landratsbeschlusses vom Dezember 1825, an sämtliche Gemeinden versandt, im Jahr 1828 eingereicht wurden. Die Antworten der Mehrzahl der Gemeinden liegen vor im Staatsarchiv zu Sitten. Einige sind von lakonischer Kürze, andere bieten höchst interessante Einzelheiten, denen manche obiger Angaben entnommen sind. In der folgenden Zusammenstellung ergänze ich sie mit anderwärts gesammelten Notizen.

Im Jahr 1828 gab es im Wallis 212 Primarschulen, im Jahr 1881 — vor der letzten Landesausstellung — aber 471; die Zahl der Schulen von 1828 bildete also 45 % der Schulenzahl von 1881, und zwar bezirksweise in Goms 67 %, Entremont 58 %, Martinach und Bisp 54 %, Leuf 50 %, St. Maurice 47 %, Conthey 45 %, Brig 43 %, Aron und Herens 42 %, Siders 37 %, Monthey 31 % und Sitten 24 %.

Ein fast gleiches Verhältnis fand statt bezüglich der Schülerzahl. 1828 gab es ungefähr 7500 Schüler gegen 17,030 im Jahr 1881, mithin ungefähr 44 %, und zwar wieder bezirksweise in Goms 67 %, Conthey 59 %, Martinach 54 %, Entremont 51 %, Monthey 45 %, Bisp 43 %, Brig und St. Maurice 42 %, Herens 40 %, Aron 38 %, Leuf 34 %, Siders 33 % und Sitten 28 %. Für die Bezirke Aron, Siders und Herens ist der Prozentsatz nur ein ungefährer, weil die Angaben mehrerer Gemeinden zu unvollständig sind. Auch ist zu bemerken, daß die Bevölkerung seither in den einzelnen Bezirken verschiedenartig anwuchs, am wenigsten in Goms und Aron, am meisten in Monthey und Sitten.

Viele dieser Schulen, besonders in den Bergdörfern oder Weiler größerer Pfarreien und Gemeinden, waren 1828 noch ganz neuern Datums. So bemerkt der Bericht von Orsières, vor 35 Jahren, also anfangs der neunziger Jahre des 18. Jahrhunderts, — habe es in der Gemeinde nur eine Schule gegeben, jetzt seien ihrer

9, (1881 gab es 15). Ähnlich berichten Sembrancher, Bagnes, Martinach u., daß in manchen Weilern erst seit wenigen Jahren durch deren Bewohner Schulen errichtet wurden. Martinach hatte damals 16, 1881 28, Sitten 5, 1881 21 Schulen oder Schulklassen. In einigen Pfarrdörfern war die Zahl der Schüler 1828 nicht viel geringer als 1881, in Ernten sogar ganz gleich, in Münster fast gleich groß. Am tiefsten stand gegenüber 1881 die Schülerzahl in den entferntern Ländgemeinden und Seitenthälern. Besonders fehlten die Mädchen. Vielfach wird geklagt, die Mädchen betrügen kaum einen Drittel der Schuljugend.

Die Trennung der Geschlechter fand damals nur in einer kleinen Anzahl von Dorfschaften statt, an einigen derart, daß das eine Geschlecht vormittags, das andere nachmittags die Schule besuchte. Mädchenschulen mit Lehrerinnen gab es nur in Brig, Sitten, Martinach-Stadt und -Burg, in Sembrancher, Bagnes, Orsières und St. Maurice. Es kam auch vor, daß derselbe Lehrer täglich an zwei Orten Schule halten mußte, — so der Lehrer von Port-Valais vormittags in Evouettes, nachmittags in Vouvetet; ja der Lehrer von Reverentaz hielt selbst in drei Weilern täglich Schule.

Das Lehrpersonal bestand 1828 aus 202 Lehrern und 11 Lehrerinnen, unter letztern zwei Ursulinerinnen von Brig, unter den Lehrern 73 Priester. Im deutschen Wallis waren neben 11 Lehrern aus dem Laienstande 52 Priester, unter ihnen 22 Pfarrer, im Mittelwallis 14 Priester und 38 Laien, im Unterwallis 7 Priester und 90 Laien. Im Ganzen waren daher mit dem Lehrfach der Primarschulen betraut 1828 73 Priester und 139 Laien, 1881 aber 11 Priester, 237 Lehrer und 223 Lehrerinnen.

Die Befoldung des Lehrpersonals war eine minime, wobei jedoch nicht zu vergessen ist, daß 1828 die Lebensmittel mehr als zur Hälfte wohlfeiler, die Bedürfnisse anspruchsloser waren. Die Schullehrer bezogen 400 (in Bagnes) bis 580 Franken (in Leuf), mußten aber bis 8 Monate Schule halten und auf Verlangen Unterricht im Latein geben. Die Pfarrer, Vikare und die Rektoren von Altären oder Kapellen bezogen den kleinen Zins des Schulfonds, wo ein solcher vorhanden war, oder hielten auch unentgeltlich, gegen Lieferung des Brennholzes, drei bis vier Monate im Winter Schule. Die bischöflichen Visitationsakte bezeichneten diesfalls die Höhe der vorhandenen Schulfonde, die Dauer der Schule — drei bis vier Monate, — und die Unterrichtsgegenstände, — neben dem Katechismus Lesen, Schreiben und Rechnen, — oder mahnten die Pfarrgemeinden, sonst für den nötigen Schulunterricht aufzukommen. In mehreren

Thälern und Bergen, besonders bei dem allgemeinen Niedergang der sozialen Ordnung seit der Mitte des 18. Jahrhunderts, wo Bürger- und Schützentrunk und Militärlen die Hauptforge war, bekümmerten sich die Gemeinden gar nichts um den Primarunterricht; dafür, meinten sie, mögen die Seelsorgspriester sorgen. Wollten diese mit einigem Erfolg den Religionsunterricht erteilen, so waren sie gezwungen, die Kinder auch wenigstens im Lesen zu unterrichten. So mancherorts im Ober- und Mittellwallis.

In Ortschaften, wo keine Geistlichen waren, die eine Schule halten konnten oder wollten, unterblieb mitunter die Schule. Die Eltern, die ihren Kindern Unterricht verlangten, sandten dieselben in die Schule des Pfarrortes, oder verständigten sich unter einander über die Besoldung eines Lehrers und legten so nach und nach aus freiwilligen oder testamentarischen Gaben einen leider nur ungenügenden Schulfond zusammen. Es gab auch Wohlthäter, wie z. B. in Ayent und Jully zc., die aus ihrem Privatvermögen die Schulausgaben bestritten. Oft gestatteten die Bischöfe, einen Teil der Bruderschaften, besonders jener der im ganzen Wallis sehr verbreiteten des hl. Geistes, und der Kapellen der kleinern Ortschaften an die Ortschulen zu verwenden. Die Gemeinden als solche leisteten durchgehends wenig oder gar nichts, entschuldigend sich mit Mangel an Gemeindecinkommen, Unglücksfällen, Armut der Bevölkerung, oder weigerten sich auch förmlich, aus ihren Erträgen die Schulen zu unterstützen. Nur Sitten, Brämis, St. Maurice und Vouvry besoldeten 1828 das Lehrpersonal aus dem Gemeindecinkommen.

In einigen Gemeinden des Goms zahlten die Eltern für jedes ihrer Schulkinder ein mörfinger Pfund (= Fr. 1. 93), in den Bezirken Naron und Leuf 6 Bagen, im Unterwallis 4 bis 8 Bagen. So gestaltete sich eine bunte Skala der Lehrerbefoldungen. Ayent zahlte den Lehrern in den Weilern je einen Louisd'or (= 23 Fr.), dem Lehrer im Pfarrdorf 2 Louisd'or, Conthey 23 bis 78 Fr., Jully 32 bis 58 Fr., Viddez 43 bis 72 Fr.; die Gemeinden in der Ebene des Unterwallis 50 bis 120, Saron 130, Monthey 138, St. Gingolph 184, Martinach 16 (!) bis 325 Fr., Orsieres für 9 Lehrer zusammen 522, Salvan für 5 Lehrer 652, St. Maurice der Lehrerin 184, dem Lehrer 575 Fr. und Sitten jedem Lehrer 22 Louisd'or oder 510 Fr. In Balma erhielt der Lehrer täglich von Haus zu Haus die Kost und 4 Bagen Gehalt. So mag es in manchem andern Orte ausgesehen haben.

Dem Lehrergehalt entsprechend waren nun auch die Anforderungen an das Lehrpersonal und seine Leistungen. In kleinern Orten

forderte man von ihnen geläufiges Lesen, gefälliges Schreiben und im Rechnen einige Kenntnisse der 4 Spezies, in größern und ältern Pfarrdörfern überdies Kenntniz der Sprachlehre, Bekanntschaft mit Landkarten, und im Unterwallis häufig Kenntniz im Choral oder Plainchant. Man betrachtete übrigens die kleinen Sektions- oder Dorfschulen in Weilern ausgedehnter Gemeinden oder Pfarreien bloß als Vorbereitungsschulen; die fähigern Schüler sollten nachher die Pfarr- oder Hauptdorfschule besuchen, wo ihnen ein erweiterter Unterricht, besonders in der Sprache, im Rechnen zc. geboten wurde. Aus diesen gingen wieder neue Lehrer für die kleinen Sektionschulen hervor. Die größern Schulen wurden von Lehrern gehalten, die entweder eine klassische Bildung genossen hatten, wie Priester, Notare, invalide Offiziere, oder die unter der unmittelbaren Leitung eines Geistlichen standen. Solche gaben sich die Mühe, selbst Lehrer zu bilden, da im Lande keine Normalbildungsanstalten bestanden.

Ich würde ungerecht sein, wenn ich nicht einige wenige Männer bezeichnete, welche vor und um 1828 für die Schulpflege und die Bildung des Lehrpersonals vorzügliches geleistet haben. Es sind:

1. Domherr Joseph Anton Berchtold

Geboren 1780 zu Greich in der Pfarrei Mörel, starb er zu Sitten als Defan von Valeria 1859. Schon als Pfarrer von Leukerbad — 1803 bis 1816 — nahm er sich eifrigst der dortigen Dorfschule an, vereinigte die bessern Schüler zur Aufmunterung zu einer Musikgesellschaft, die seither fort bestand, und bildete einige fähigere Knaben sorgfältig aus, welche ihn dann in der Primarschule ersetzten, als er in Leukerbad selbst und zu Gerunden sich mit der Bildung der Priesteramtskandidaten beschäftigen mußte. 1816 zum Stadtpfarrer von Sitten gewählt, bemerkte er mit Betrübniß, wie daselbst das Primarschulwesen darniederlag. Es befand sich eine einzige Schule in der Stadt, deren Lehrer, meistens ein Priester, vom Staate aus dem alten, vor der Ankunft der Jesuiten gesammelten Schulfond besoldet wurde. Diese Schule genügte nicht mehr; für die französische Sprache war keine Sorge getragen, die deutsche zu wenig behandelt; der Unterricht der Mädchen mit Ausnahme des Katechismus und etwas Lesens so zu sagen null; das Rechnen wurde nicht geübt. Große Schuld lag an den Eltern, die sich vielfach für den Schulunterricht indifferent stellten. Berchtold setzte sich nun mit der Stadtverwaltung in Verbindung und fand guten Willen und thätiges Entgegenkommen. Da das Gesuch des Stadtrates an den Staatsrat,

ihnen das alte Schulrindum für Primarunterricht zurückzustellen oder neue Lehrer zu besolden, abschlägig beschieden ward, beschloß der Stadtrat 1819, je einen Lehrer und eine Lehrerin für die deutsche und für die französische Sprache anzustellen und aus der Stadtkasse zu bezahlen. Die alte Schule dauerte fort als obere Knabenschule und als Vorbereitung auf das Gymnasium. Pfarrer Berchtold wählte nun das Lehrpersonal, unterrichtete dasselbe pädagogisch, überwachte und leitete die Schulen und erzielte damit Lehrer und Lehrerinnen, welche für längere Zeit die Schulen Sittens zu den besten des Landes erhoben. Die Eingabe des Stadtrates von 1828 spendet Herrn Pfarrer Berchtold für seinen Eifer und seine Erfolge in der Erweiterung des Lehrstoffes und im Fortschritt der Kenntnisse bei den Schülern hohes Lob — *« qui par son influence éclairé — a totalement changé la face des écoles et — qui continue à leur donner des nouvelles impulsions »*. Berchtolds Verdienst ist es auch, die Landesbehörde auf die Notwendigkeit eines Unterrichtsgesetzes hingewiesen zu haben; von ihm giengen die Vorbereitungen und der Entwurf desselben aus. Er war auch der erste, der die Handarbeit in den Mädchenschulen einführte.

2. Chorherr Naufis aus dem Kloster des großen St. Bernhard

Dieser ordnete zuerst das Schulwesen in Bouvry, erweiterte den Schulunterricht, verlängerte die Schuldauer, führte neue Fächer ein — Geographie, Kirchen-, Walliser- und Schweizer-Geschichte, einfache Buchhaltung und kleine Geschäftskorrespondenz —, teilte die Schule in 4 Abteilungen, deren 1. das Lesen, die 2. Schreiben und Orthographie, die 3. Biegungsformen und Satzlehre, die 4. die freien Aufsätze lernen mußten, und wußte, was die Hauptsache ist, die Eltern für die Schule zu gewinnen. Nach Orsieres versetzt, setzte er diese Methode so viel wie möglich fort, veranlaßte die Gründung einer Mädchenschule, bildete selbst die Lehrer, besuchte häufig jede, auch die entferntesten Schulen, teilte die Kinder selbst in Abteilungen ein und gab nicht nur Reglemente für die Schüler, sondern auch für die Lehrer, welche sämtlich jeden Sonntag bei ihm erscheinen, Rechenschaft ablegen und Anordnungen für die Woche entgegennehmen mußten. Sein Beispiel und sein Eifer bewirkte, daß auch Nachbargemeinden, wie Bionnaz, Collombey und Monthey, Sembrancher, Vagnex und Liddes den Mut faßten, die Schuldauer zu verlängern, den

Unterrichtsstoff zu erweitern und zu vervollkommen. Die Berichte von 1828 sprechen auch ihm ungeteiltes Lob aus.

3. Pfarrer Franz Mathias Blatter in Münster

Geboren zu Neckingen 1782, starb er als Domherr zu Sitten 1846. Auf seinen frühern Pfarreien Mund, Neckingen und Mörel fand er nicht das nötige Entgegenkommen. 1826 Pfarrer von Münster geworden, begann er sofort die Reform der Schulen seiner 3 Dörfer, wählte die Lehrer selbst und bildete sie; er besuchte die Schulen häufig, die Pfarrschule zwei bis drei mal zur Woche, bezeichnete den Stoff des Unterrichts und der Aufgaben, prüfte selbst die Schönschrift, das Diktat, die Aufsätze und Rechnungen, drang darauf, daß Overbergs Methode eingehalten werde, stellte als Regel auf: jedes Kind vom 8. bis zum 16. Altersjahr ist schulpflichtig und darf ohne Prüfung und Entlassungsschein nicht austreten; der Lehrer darf keine Strafe ohne Vorwissen des Pfarrers verhängen und hat genau Absenzen und Fortschrittsnoten einzuliefern. Er fand volle Unterstützung bei seinen Pfarrgenossen und hob die Schule dort oben für lange Jahre.

Auch das Lehrpersonal in Brig, meist Priester, seit 1815 Mitglieder der Gesellschaft Jesu, unter denen Bruder Diez noch jetzt im Andenken lebt, und Ursulinerinnen für die Mädchenschule, — nahm theoretische und praktische Sprachlehre, Kopf- und Tafelrechnen, Geographie und Geschichte in den Lehrplan auf, vergaß aber dabei nicht die Erziehung der Kinder durch Lehre und Beispiel, Freundlichkeit und Liebe, Ordnung und Ruhe, Milde mit Strenge gepaart, wie der Bericht des Stadtrates von 1828 bezeugt.

Außer den vorgenannten Ortschaften ward Sprachunterricht auch in Ernen, Fiesch, Glis, Bipp, Naron, Leuk, Saillon, Isrables, Riddes, Saxon, Martinach-Stadt und -Burg, Bovernier, St. Maurice, Masfonger und Balb'Uller erteilt und in mehreren größern Schulen des Unterwallis die biblische Geschichte gelehrt. In den sogenannten Sektionschulen hingegen begnügte man sich mit Katechismus, Lesen und etwa auch mit Schönschrift; das Rechnen wurde vielerorts unterlassen.

Bezüglich der Schuldauer herrschte wieder eine große Mannigfaltigkeit. Während in Saas die Schulen nur 6 Wochen zu 4 Stunden, in Bippertterminen, Stalden, Töbel und andern Gemeinden des

Bispermthales, in Gampel, Erzmatt und Ergisch, im Einsischthal, in Plan-Conthey und Betroz nur 2 bis 3 Monate zu 3 bis 4 Stunden dauerten, dauerten die meisten Schulen der Zehnden Maron, Mörel, Leuf, Siders und Ering und die der Sektionen im Unterwallis von Anfang Dezember bis Ostern zu 3 bis 5 Stunden, jene der Zehnden Goms, Brig, mehrere der Bezirke Visp, Sitten und Conthey, sowie die Mehrzahl der größern Schulen des Unterwallis von Anfang November bis Ostern mit 4 bis 6 Stunden, in Brig, Leuf, Sitten, St. Maurice, Sembrancher, Boudry und St. Gingolph 7 bis 8 Monate und in Monthey, Collombey und Bionnaz bis 10 Monate zu ungefähr 6 Stunden. Dabei wird aber geklagt, daß nach Ostern nicht mehr die Hälfte die Schule besuche. Überhaupt wird über viele Absenzen auch im Winter Klage geführt (am wenigsten in den Bezirken Monthey, St. Maurice und Goms), und die Schuld meist den Eltern zur Last gelegt. Aber es fehlte auch an den Gemeindebehörden, welche die Leitung und Aufsicht den Pfarrern überließen, deren viele ihres Eifers wegen sehr gelobt, andere auch getadelt wurden.

Die Absenzen wurden nur in Monthey, Bionnaz und Boudry von der Gemeindebehörde bestraft, in Monthey täglich um 1 Bagen, und wer sich weigerte, die Schule zu besuchen, bei der ersten Mahnung um 4, bei der zweiten um 8, und bei der dritten um 16 alte Schweizerfranken. Einige Gemeinden ernannten auch Inspektoren, welche wenigstens monatlich die Schulen zu besuchen hatten. Münster, Brig, Leuf, Sitten, Salins, Sembrancher, Vagnex, St. Maurice, Monthey, Bionnaz, Boudry und Port-Valais unterwarfen die Schüler einem bis zwei Examen und teilten am Schlusse des Schuljahrs zur Aufmunterung Preise aus. Fortschrittsnoten wurden nur an wenigen Orten aufgenommen.

Hinsichtlich der Zahl der Jahre, in denen die Kinder die Schule besuchten, sind die Angaben unzureichend. In bessern Schulen des Oberwallis erstreckte sich die Schulpflicht vom 8. oder 9. bis zum 15. oder 16. Altersjahr. Manche wurden früher entlassen; viele sagten der Schule Lebewohl, sobald sie ihr Brod verdienen konnten, der Pfarrer hatte mit seinen Mahnungen das Nachsehen; die Eltern und Hausgenossen waren froh, einen weniger in Beföstigung zu haben.

Es erübrigt noch ein Wort über die Schulbücher. In den kleinen Schulen begnügte man sich mit dem ABC-Büchlein, dem Katechismus und den beliebigen Gebetbüchern, wie sie jedes Kind mitbrachte. In den größern Schulen des deutschen Landesteiles kamen noch hiezu Brandenburg und ähnliche Lesebücher von Luzern,

St. Urban 2c., die kleine biblische Geschichte Christophs von Schmid und Amstaads Sprachlehre, im französischen Teile: *Principes de lecture par Lestivant, Catéchisme historique par Fleury, Grammaire française et le Fabuliste par L'homond, etc.* Geschriebene Bücher, Briefe und ähnliches ersetzen zum geringen Teil das Übrige.

Aus der obigen Zusammenstellung ergibt sich, daß das Primarschulwesen am Ende des ersten Quartals des gegenwärtigen Jahrhunderts im Unterwallis, besonders in den Bezirken Monthey und Entremont im allgemeinen bedeutend besser bestellt war, als im Mittel- und Oberwallis. Das Volk des Unterwallis befand sich in dem thatkräftigen Jünglingsalter der erworbenen Freiheit und Selbständigkeit, während sich des Mittel- und Oberwalliservolkes infolge der unglückseligen helvetisch-fränkischen Invasion um die Wende des Jahrhunderts, des Verlustes ihrer Gemeinden- und Zehndenfreiheiten und der napoleonischen Bedrückung und Aushebung der besten Mannschaft, mit einem Wort — infolge des gänzlichen Zusammensturzes aller frühern Zustände und Rechte eine bedauernswerte Gleichgiltigkeit und Apathie gegen alle idealen Güter bemächtigt hatte. Schade, daß im Unterwallis manche aufblühende Gemeinde sich mit ihren Seelsorgspriestern überwarf, und der Klerus im Ober- und Mittelwallis teils keine oder nur geringe Unterstützung fand, teils auch sich von der allgemeinen Lethargie anstecken ließ. Jedenfalls trat der gebildete und umsichtiger Teil des Klerus entschieden für die Volksbildung im Rahmen der Möglichkeit und des Bedürfnisses ein; selbst die Jesuiten hielten auf ihren Volksmissionen, wie viele Ohrenzeugen mich versicherten, eigens recht eindringliche Predigten, worin sie den Eltern und Gemeindebehörden die Pflicht einschärften, für eine gediegene Schulbildung zu sorgen. Ungerecht ist der Vorwurf, daß im ganzen die Geistlichkeit des Wallis der Entwicklung der Schule abhold war. Das muß festgenagelt werden: Ohne den Eifer und die Opfer des Klerus hätte es damals nur in einigen fortschrittlichen Gemeinden und in wenigen alten Pfarrdörfern, wo ein für damals hinlängliches Schulfond vorhanden war, Schulen gegeben.

Man würde jedoch ganz fehl gehen, wenn man aus dem kläglichen Zustand der Volksschulen in den drei ersten Dezennien des 19. Jahrhunderts eben so abfällig auf die frühern Zustände schließen wollte. Daß es mancherorts früher viel besser stand, mögen neben dem oben Berichteten zwei persönliche Erfahrungen beleuchten.

Der Schreiber dieser Darstellung lernte Geographie und etwas Geschichte im 11. und 12. Lebensjahr von einer schlichten Frauensperson, welche um 1790 die Pfarrschule von Ernen besucht hatte. Ihr Vater hatte ihr damals zur Aufmunterung einen ziemlich umfangreichen Atlas mit einem Lehrbuch der Geographie geschenkt. Beides hütete sie wie einen Schatz, um die Ihrigen daraus zu unterrichten. Am meisten schmerzte die treue Seele, daß das alte römische Kaiserreich deutscher Nation zertrümmert ward.

Als ich die Primarschule von Ernen besuchte, unterrichtete uns der Lehrer, der von Domherr Mathias Blatter pädagogisch gebildet war, fast in sämtlichen jetzt üblichen Fächern. Mancher Mitschüler brachte alte, sehr umfangreiche Schriftvorlagen, die wir den Pumpernix oder Pumpernickl nannten, die aber vom Lehrer der alttümlichen Sprache und Schriftzüge wegen zurückgewiesen wurden. Um so begieriger lasen und kopierten wir dieselben. Es gab solche nicht nur des 18., sondern selbst der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts. Man fand sie früher mehrfach im ganzen Goms; sie entstammten aber der Pfarrschule von Ernen und trugen vielfach die Jahreszahl und den Namen des Verfassers. Sie hatten einen Umfang von 120 bis 200 Seiten Queroktav, enthielten deutsche und lateinische Kursivechrift, Antiqua und Fraktur für Buchstaben und Ziffern mit hübschen Initialen, und zwar derart, daß die Kalligraphie methodisch zu immer schwierigerem übergieng. Selbst gefällige Signete zur Unterschrift und Zeichnungen für Feldmesserei fehlten nicht. In buntem Gemisch ist Ernstes mit Scherzen, das religiöse Lied mit Spruchversen, Volkswigen und Volksliedchen vermengt. — Der Inhalt schmiegt sich größtenteils in drei bis vier Jahrgängen an die religiösen und bürgerlichen Festlichkeiten des Winters, beginnt gewöhnlich mit Schulregeln in Knittelversen, bringt zur Advent- und Weihnachtszeit in kurzen Sprüchen das Notwendigste von den vier letzten Dingen, von den sieben Sakramenten, von den leiblichen und geistigen Werken der Barmherzigkeit, geht dann von Liedchen an Maria und das Jesukind — zu Fastnachtscherzen über. Ein mir vorliegendes, aber nicht mehr vollständiges Exemplar von 1778—1781 erinnert an den blinden und doch sicher treffenden Tod, und plötzlich heißt es:

„Eßen vndt Trinken lustig mit ehren,
 Diß kan vns gwißlich niemand wehren,
 Der junge Fastnacht vns dißes vorschreibt,
 Vndt ist vns jährlich ein fröhliche Zeit.
 Drum gehet ies hin ihr meine Lehrknaben,
 Eßet vndt trinkt, bis 12 thuot schlagen.“

Es folgen Gedanken über den Aschermittwoch, dann:

„Hey, di, da, do, — wie bin i ies froh,
Die Mutter läuft schon mit der Pfannen,
Der Kücheltag ist heut vorhanen.“ (Die alte Fastnacht.)

Der Lehrer führt nun die Schüler in den Garten und lehrt sie die Schönheit der Blumen und die Nützlichkeit des Gemüses kennen und meint:

„Der kostlicht Garten mag dein Herz wohl seyen,
Wan der Unschuld Rosen vndt Gilgien drin bliesen“;
zeigt ihnen im Baumgarten die verschiedenen Fruchtbäume, vergißt dabei aber die Prügel der Buben nicht, noch auch den Birkenbaum und sagt:

„Der Birchbaum trägt auch guote frucht,
Wan si wird braucht zur Kinder-Zucht,
Sie macht from vndt ghorfame Knaben;
Glück zuo! die selbe offt thuond haben.“

In andern Jahrgängen zeigt er ihnen die Arbeiten des Feldes, — Freud und Lust auf den Alpen, oder durchmustert alle dortigen Handwerke mit Scherz und Ernst. Daß die Geheimnisse der Char- und Osterwoche nicht übergangen werden, versteht sich von selbst. Am Schlusse meint er, das größte Glück sei:

„Ein giettiger Gott, — ein Treuwes Weib,
Ein gesunder Leyb, — ein seliger Todt.“
und empfiehlt:

„Daß du dich abgibst immerdar
Mit schreyben, lesen das ganze Jahr;
Dan ein mahl lehren, hernach vergessen,
Ist nit dem Lehr-Meister zuo zuo messen.“

Wahrlich, diese alten Pädagogen sind nicht ganz in die Ecke zu stellen.

Das Unterrichtswesen im Wallis seit dem Erlaß des ersten Schulgesetzes vom 15. Dezember 1828

1. Gesetzgebung

Die Verfassung des Kantons Wallis vom 12. Mai 1815 enthält über das Unterrichtswesen nur den Art. 56: „Der Staat ist mit den Unkosten des öffentlichen Unterrichts in den Kollegien von Sitten, Brig und St. Morizen beladen.“ Das Lehrpersonal dieser Kollegien, die Jesuiten in Sitten und Brig und die Chorherren in St. Maurice sind also in ihrem Studiengang nicht gehemmt. Hingegen blieb der Elementarunterricht der Sorge der Eltern, der Gemeinden und des Klerus überlassen. Die Beantwortung der regierungsrätlichen Fragebogen von 1828 durch die Gemeinden wies schlagend das Bedürfnis nach, gesetzgeberisch in das Unterrichtswesen besonders der Primarschulen einzugreifen. So erschien das erste Unterrichtsgesetz des Kantons Wallis unter dem Titel: „Décret über den Primarunterricht vom 15. Dezember 1828.“¹⁾

Dieses Décret betont zum Voraus die Notwendigkeit der Erziehung; dazu sei das beste Mittel „die Errichtung guter Elementarschulen, wo die Kinder in Kenntnissen der Religion, in der Tugendliebe und Erlernung der Grundlagen menschlicher Wissenschaft, welche in den verschiedenen Umständen des Lebens nützlich sein können, gebildet werden.“ Schon dieser Satz verrät den Verfasser des Entwurfs, Pfarrer Berchtold. — Gleich der erste Artikel befiehlt die Errichtung von Elementarschulen und der Artikel 5 bestimmt als Minimum wenigstens eine Schule in jeder Pfarrei; mehrere sind erwünscht oder können vom Staatsrat angeordnet werden; derselbe kann aber auch mehrere Gemeinden zu einer Schule vereinigen, „außer die Gemeinde habe das nötige Kapital zur Bezahlung eines Schulmeisters.“ Die Unentgeltlichkeit des Unterrichts ist nur für

¹⁾ Sammlung der Gesetze, Décrets und Beschlüsse des Kantons Wallis. 5. Bd. S. 236—254.

Pfarreien ¹⁾ ausgesprochen, welche hiezu Hilfsquellen besitzen; in Abgang derselben dürfen die Eltern besteuert werden. (!)

Auf die übrigen Bestimmungen kommen wir zurück. Die einzelnen Bestimmungen basieren auf einer ziemlich richtigen Erkenntnis der Notlage; die Absicht war lobenswert; aber in der Auswahl der Mittel gieng man eben nur versuchsweise voran und setzte manches fest, was im bisherigen Schulgange fast keine Anhaltspunkte hatte. Dazu kam, daß das ganze Gesetz zwischen zwei ganz divergierende Lebensanschauungen hinein gestellt ward und so keiner entsprach. Denn das Dekret wurde allgemein Herrn Domherrn Berchtold zugeschrieben, der unter der Landgeistlichkeit spärliche Freunde zählte, so daß die Ausführung ohne Nachdruck blieb, obwohl das bischöfliche Ordinariat dafür eintrat; anderseits erschien das Gesetz den liberalen Anschauungen, die schon viel früher Platz gegriffen hatten und seit 1830 immer zahlreichere und feurigere Anhänger fanden, viel zu wenig weitgehend und zu klerikal. So geschah es, daß vielerorts hüben und drüben die Gemeinden und Ortsmatadoren sich durch das Gesetz wenig beirren und behindern ließen und dasselbe nicht in's Leben setzten. Immerhin bildete das Dekret eine Grundlage für spätere Gesetze und wurde an mehreren größeren Orten nach Möglichkeit ausgeführt, und darf daher als ein bedeutender Fortschritt begrüßt werden.

Die liberale Legislative von 1839 und 1840 arbeitete nun ein neues Unterrichtsgesetz aus, das aber von den Oberwallisern und ihren Freunden im Unterwallis als liberal bekämpft wurde. Das Gesetz trat kaum in Kraft, so erlitt es 1842 eine teilweise Umänderung und wurde dann ersetzt durch „die Anordnung für die Primarschulen vom 18. September 1845“, welche am 1. November 1845 in Kraft trat und nach zwei Jahren revidiert werden sollte. Dieses Gesetz beruht auf folgenden Grundlagen, die teilweise demjenigen von 1840—1842 entlehnt waren. Artikel 1. Jede Gemeinde hat so viele Schulen zu eröffnen, als notwendig sind, allen auf ihrem Gebiet wohnenden Kindern den Primarunterricht zu erteilen. Es können sich auch mit Ermächtigung des Erziehungsrates mehrere Gemeinden dazu vereinigen. Artikel 2. Jeder Kantonsbewohner ist verpflichtet, die seiner Obforge anvertrauten Kinder in die Primarschule seiner Gemeinde zu schicken, außer er verschaffe ihnen den Primarunterricht durch ein anderes vom Bezirksschulinspektor genehmigtes Mittel. Alle Primar-

¹⁾ Schon hier wie in vielen spätern Verordnungen werden Gemeinde und Pfarrei vermengt, was bei ihrem oft ganz verschiedenen Umfang seit dem 16. Jahrhundert, besonders im Oberwallis, nur lähmende Zweideutigkeiten zur Folge haben mußte.

schulen sind der allgemeinen Schulverwaltung unterworfen. Artikel 3. Der Primarunterricht steht unter der Leitung des Erziehungsrates und dieser unter Aufsicht des Staatsrates und des Hochwst. Bischofs.

Diese „Anordnung“ enthält in den einzelnen Bestimmungen reiches Detail, welches sich ziemlich eingelebt haben muß, da es teilweise noch heutzutage, besonders in der Methodik, im Oberwallis eingehalten wird. Die spätern, hierin weniger umständlichen Gesetze scheinen es beibehalten oder geduldet zu haben. Das Schulwesen wurde damals wie früher dem Departement des Innern zugeteilt, und dieses ermangelte nicht, im Amtsbericht vom 17. Oktober 1845 die Lehrbücher für den Primarunterricht zu bezeichnen und eine Normalschule für Lehrer vorzubereiten, welche vom Großen Rat den 7. Mai 1846 auf den 18. August desselben Jahres angeordnet wurde.¹⁾

Bevor die zwei Jahre zur Revidierung obiger „Anordnung“ verstrichen waren, brach der Sonderbundskrieg aus. Der Fall desselben und die darauffolgende Einsetzung einer provisorischen Regierung bewirkten eine plötzliche Unterbrechung jeglichen öffentlichen Unterrichtes. Durch Beschluß dieser provisorischen Regierung vom 9. Dezember 1847 wurde der Jesuitenorden im Wallis aufgehoben, seine Ordensmitglieder verließen die Schweiz, seine Kollegien in Sitten und Brig stunden leer; St. Maurice entließ notgedrungen bei dem Einzug der eidgenössischen Truppen für einige Zeit seine Zöglinge. Bei dem hochgradigen Venehmen der Besatzungstruppen und der siegenden politischen Partei dachte das Volk ebensowenig an die Schulen als die provisorisch eingesetzte Regierung, die von andern Sorgen absorbiert war.

Der Staatsrat, welcher von dem im Januar 1848 gewählten großen Rat als Vollzugsbehörde betraut war, bezeichnete Herrn Dr. Claivaz zum Vorstand des von der Verfassung vom 10. Januar 1848 neu errichteten Departements des öffentlichen Unterrichts. Herr Claivaz ermöglichte der Abtei von St. Maurice, ihr Kollegium nach zweimonatlicher Unterbrechung wieder zu eröffnen, berief Weltpriester und Laien nach Sitten, welche das dortige Gymnasium und Lyceum für Angehörige beider Landessprachen im Februar 1848 neu gründeten, ordnete die Fortsetzung der Rechtsschule und der Normalschule in Sitten an und eröffnete im Herbst 1848 mit drei Weltpriestern und zwei Laien ein fünfklassiges Gymnasium in Brig. Die Primarschulen hatten durchgängig nur eine ein- bis zweimonatliche Unterbrechung erlitten.

¹⁾ Sammlung zc. Bd. 7. S. 147—151.

Den 31. Mai 1849 erschien durch die Bemühungen des Herrn Clavaz ein Gesetz über den öffentlichen Unterricht. Eingesehen den Artikel 8 der Verfassung (von 1848): „Der öffentliche Unterricht ist verpflichtend; er ist unter die Aufsicht des Staatsrats gestellt, unbeschadet der Amtsbefugnisse der Geistlichkeit in Betreff des Religionsunterrichtes,“ — traf darin der große Rat Verordnungen über das sämtliche Unterrichtswesen, nicht nur wie bisher über die Primarschulen, sondern auch über die Kollegien, das kantonale Lyceum, das Priesterseminar, die Rechtsschule und die Normalschulen, ja selbst über Vieharzneischule und Hebammenschule, und unterstellte deren Leitung dem Departement des öffentlichen Unterrichts, dem ein Rat von zwei Mitgliedern zugesellt wurde. Die Leitung des Priesterseminars vindizierte sich aber der damalige Bischof zu seinen und seiner Nachfolger Händen zurück und zwar ohne weitere Kollisionen. Derselbe reichte auch über den Entwurf dieses Gesetzes, wie er aus der ersten Beratung resultierte, eine umfangreiche, sehr merkwürdige Eingabe ein,¹⁾ welche in der zweiten Beratung und mehr noch in der spätern praktischen Anwendung in mehreren Punkten Berücksichtigung fand.

Dieses Gesetz über den öffentlichen Unterricht statuierte die Grundsätze und Hauptpräliminarien des ganzen Unterrichtswesens im Kanton und rief besondern Reglementen, welche über Einrichtung der Anstalten, über Disziplin, über die Dauer der Lehrkurse, die Zulassungs- und Beförderungsbedingungen, die Prüfungen und den Gehalt des Lehrpersonals zc. Bestimmungen treffen werden. Das Dringende besorgte Herr Clavaz. Sein Nachfolger, Herr Ch. Louis de Bons, widmete dem öffentlichen Unterricht ernste Aufmerksamkeit und Thätigkeit, ermunterte und spornte an, wo immer es möglich schien, gab in beiden Landessprachen für die Primarschulen eine Monatschrift: „Der Schulfreund“, « L'ami de l'école », heraus, und erließ für den höhern Unterricht den 20. Oktober 1853 ein Reglement für das Lyceum und die Staatskollegien, welches die Schuldauer, die Aufnahmebedingungen, die Lehrfächer, die Disziplin, die Aufsicht der Schüler und die Kompetenzen und Pflichten der Professoren näher bezeichnete; — ferner einen Beschluß des Staatsrates vom 18. September 1858, welcher das aus drei Jahrgängen — Litteratur, Philosophie und Physik — bestehende Lyceum auf zwei Jahre für die zwei letztern Wissenschaften einschränkte, die Kollegien auf 7 Jahre — mit Vorbereitungskurs und II. Rhetorik — ausdehnte und in allen drei

¹⁾ Staatsarchiv von Sitten.

Kollegien eine Realschule anordnete,¹⁾ — ein Studienprogramm vom selben Tage für die Kollegien,²⁾ — einen Amtsbericht vom 2. Dezember 1858 bezüglich der Einförmigkeit der klassischen Lehrbücher in den Primarschulen,³⁾ — ein neues Reglement vom 20. September 1860 für das Lyceum und die Kollegien des Staates, welches jenem von 1853 ähnlich ist, und endlich ein Reglement über die Primarschulen vom 31. Dezember 1860.⁴⁾

Unter dem Präsidium des Staatsrates Alex. Allet erschien wieder 1863, 22. August, ein Reglement, welches die Befugnisse des Erziehungsrates, des Studienpräfecten, der Kollegiumspräfecten und der Professoren an den höhern Lehranstalten erläutert und erweitert,⁵⁾ sowie ein Reglement für die Studierenden an den Staatskollegien.⁶⁾ Ein ähnliches Reglement für die Studenten erschien wieder den 13. September 1871.⁷⁾

Die Regierungsräte dieser Periode, — ich erinnere an die Herren Allet, von Sepibus und von Niedmatten, — hatten dem Unterricht ernste Sorgfalt gewidmet und lobenswerte Erfolge erzielt. Ihre Hauptforge nahm aber das materielle Wohl des Landes in Anspruch: Die Hebung des Kredites des Landes, worüber sie leider stolperten, dann aber die mit überraschendem Erfolg gekrönten Werke der Thal- und Alpenstraßen und besonders der für Wallis großartigen Erstellung der Rhonekorrektur. Für die Hebung speziell des höhern Unterrichts hatten vorzüglich der Studien- und die Kollegiumspräfecten in Verbindung mit den Professoren zu sorgen, denen es nicht an Kenntnis und Opfergeist gebrach.

Mit dem Jahr 1872 traten ganz jüngere Kräfte in den Staatsrat. Sein jüngstes Mitglied, Herr Heinrich Bisoley, nahm sich nun mit jugendlicher Begeisterung und angestrenzter Thätigkeit des Erziehungs- und Unterrichtswesens an und, von den reichen Erfahrungen des Studienpräfecten J. B. Henzen, der schon seinen Vorgängern seit 1848 ratend zur Seite stand, unterstützt, suchte er den Unterricht allseitig nach Kräften zu heben und bereitete ein neues Schulgesetz vor, welches als „Gesetz über den öffentlichen Unterricht“ den 4. Juni 1873 vom Großen Rat erlassen, den 10. Dezember desselben Jahres als am 1. Januar 1874 in Kraft tretend vom Staatsrate veröffentlicht wurde, und welches seither maßgebend blieb. Dieses Gesetz geht von der Erwägung aus, „daß der Unterricht eine der Grundlagen des moralischen und materiellen Wohles eines Volkes ist,“ und „daß

¹⁾ Sammlung der Gesetze x. Bd. 10. S. 114 ff. — ²⁾ l. c. Bd. 10. S. 120 ff. — ³⁾ l. c. Bd. 10. S. 140 ff. — ⁴⁾ l. c. Bd. 10. — ⁵⁾ Sammlung der Gesetze, Bd. 10. S. 305 ff. — ⁶⁾ l. c. Bd. 10. S. 312 ff. — ⁷⁾ l. c. Bd. 11. S. 258 ff.

es von Wichtigkeit ist, im öffentlichen Unterricht die — fühlbaren — Verbesserungen einzuführen, mit Berücksichtigung zwar der beschränkten Geldmittel, die dem Lande zur Verfügung stehen," und stellt als allgemeine Grundsätze auf, daß der Unterricht in den Volksschulen und in den Staatsanstalten unentgeltlich erteilt, die Freiheit des Unterrichts gewährleistet wird, und die Oberleitung dem Staatsrate und speziell dem Erziehungsdepartemente zuerkannt ist, während der geistlichen Behörde das Aufsichtsrecht über den Religionsunterricht zugestanden wird. Es umfaßt die Volks- oder Primarschulen mit Wiederholungsschule, die Fortbildungsschulen, die Normalschule, die Rechtsschule, die Kollegien und das Kantonalllyceum.

Sowohl der damalige Vorsteher des Erziehungsdepartements, Herr Violey, als sein Nachfolger, Herr Staatsrat Leo von Roten, bemühten sich eifrigst und thatkräftigst, das Schulgesetz von 1873 in's Leben zu setzen, ihm immer mehr Nachachtung zu verschaffen und es zu erweitern und zu vervollkommen. Es genügt, dafür die zum Teil in rascher Folge erschienenen Verordnungen und Reglemente anzuführen, wobei die fast jährlich erlassenen Mitteilungen und Rundschreiben an die Kollegiumspräfecten, Direktoren der Normalschulen, die Präfecten, Inspektoren, Gemeinden und Schulkommissionen der Volksschulen übergangen werden. Es erschienen:

- a) Reglement für die Volksschulen des Kantons Wallis vom 12. November 1874.
- b) Studienplan für die französischen Normalschulen vom 1. Juni 1874.
- c) Unterricht und Stundenplan für die deutschen Normalschulen von 1875.
- d) Reglement betreffend Aufnahms- und Beförderungsbedingungen an den Normalschulen und der Prüfungen zur Erlangung des Lehrerpateuts vom 19. November 1874.
- e) Beschluß vom 11. Juni 1875 über Klassifikation der Volksschulen.
- f) Verzeichnis der Hand- und Schulbücher für die Volksschulen des französischen Teiles vom 25. September 1875.
- g) Dasselbe für jene des deutschen Teiles vom 5. Oktober 1875.
- h) Staatsrätlicher Beschluß betreffend Erstellung von Wiederholungskursen für Knaben bis zum 20. Altersjahr vom 22. Oktober 1876.
- i) Beschluß vom 16. Juli 1880 betreffend eine achttägige Wiederholungsschule für die pädagogischen Prüfungen der Rekruten.

- k) Dekret vom 18. November 1880 betreffend Anlegung von Obstbaumschulen in den Gemeinden.
- l) Beschluß vom 13. April 1881 betreffend Zulassung zur Rechtsschule.
- m) Beschluß vom 12. August 1881 betreffend den Wiederholungsunterricht der Rekruten.
- n) Beschluß vom 11. Juni 1884 betreffend die Vorbereitungsschulen der Rekruten.
- o) Beschluß vom 19. September 1884 betreffend Organisation der Rechtsschule.
- p) Reglement über die Theater der Staatskollegien vom 27. Februar 1885.
- q) Beschluß vom 8. Januar 1886 betreffend den Einzug der Schulbußen in den Gemeinden.
- r) Dekret vom 26. Mai 1888 betreffend Verleihung von Aufmunterungsprämien an das Lehrpersonal.
- s) Beschluß vom 7. September 1888 betreffend die Vorbereitungsschulen für die Rekruten.
- t) Verordnung vom 27. November 1888 betreffend Anlegung von Obstbaumschulen.
- u) Beschluß vom 6. September 1889 betreffend Errichtung eines Spezialkurses am kantonalen Lyceum zur Vorbereitung auf den Eintritt in's Polytechnikum.
- v) Reglement vom 17. Dezember 1889 für die Studierenden an den Staatskollegien.
- w) Verordnung vom 13. Juni 1890 betreffend das Reisezeugnis.
- x) Beschluß vom 9. September 1891 betreffend Errichtung einer landwirtschaftlichen Schule.¹⁾

Neben diesen keineswegs vollständig aufgezählten Gesetzen und Erlassen des Regierungsrates ergingen fast jährlich Zirkulare des Erziehungsdepartements, welche auf die bestehenden Mängel im Unterricht hinweisen, Heilmittel dagegen anordnen und die Behörden auffordern, über den Vollzug der Schulgesetze und Verordnungen zu wachen und nach Kräften immer größere Fortschritte zu erzielen. Demselben Zwecke dienen die jährlichen Berichte des Erziehungsdepartements an den Großen Rat, worin übersichtlich und statistisch

¹⁾ Diese Gesetze, Reglemente, Beschlüsse zc. sind entnommen der amtlichen Sammlung der Gesetze, Dekrete und Beschlüsse des Kantons Wallis. Bde. 12 bis 15.

über den Zustand und die Erfolge sowohl der Anstalten des höhern Unterrichts als auch der sämtlichen Volksschulen gehandelt wird.

Die Oberleitung des gesamten Unterrichtes übte bis 1848 das Departement des Innern, seither jenes des öffentlichen Unterrichtes aus. Ihm wurde im Gesetz von 1848 zwei Erziehungsräte und ein Studienpräfekt mit beratender Stimme, im Gesetz von 1873 vier Erziehungsräte beigegeben, unter diesen der Studienpräfekt. Nach letztem Gesetz hat der Erziehungsrat unter dem Präsidium des mit dem Unterricht betrauten Staatsrats die Befugnisse: 1. Voranträge zu den Entwürfen der Schulordnungen zu stellen, 2. die Wahl der Schulmethode und Schulbücher, ist 3. berechtigt zur Inspektion der Lehranstalten und wohnt 4. den Prüfungen der Kollegien und Normalsschulen bei und entscheidet über das Ergebnis dieser Prüfungen.

2. Die höhern Lehranstalten

Bis zum Ausgang des Sonderbundes im November 1847 bestanden im Wallis 3 Kollegien, jenes in Brig für deutsch sprechende, ein Doppellokologium in Sitten für deutsch und französisch sprechende und jenes in St. Maurice für französisch sprechende Studierende. Die Kollegien von Brig und Sitten umfaßten 6 Gymnasialklassen und dann jährlich unter ihnen abwechselnd einen Jahreskurs der Philosophie und der Physik. Die Leitung und Haltung dieser beiden Kollegien war den Jesuiten anvertraut; diese besetzten alle Lehrstühle, zogen nur für Gesang, Musik und Zeichnen Laien hinzu, und wurden vom Staate laut frühern Verträgen besoldet. Methode und Studienplan waren ganz der « Ratio Studiorum » des Jesuitenordens angepaßt. Der Staatsrat sollte ihnen hierin volle Freiheit belassen, griff aber doch mitunter hemmend ein, indem das Studium der griechischen Sprache und der höhern Mathematik fakultativ gestellt wurde. — Das Kollegium von St. Maurice wurde von den Chorherren der Abtei St. Maurice mit zeitweiligem Zuzug einiger anderer Kräfte gehalten. Es umfaßte gleicherweise 6 Gymnasialklassen mit jährlich wechselndem Kurs der Philosophie und der Physik, und stand unter der Leitung des jeweiligen Abtes. Die Abte Franz de Mivaz und Stephan Vagnoud, vor ihrer Erhebung zur Abtwürde 1823 und 1834 selbst sehr thätige Professoren, begriffen ganz die hohe Wichtigkeit des Unterrichtes und vernachlässigten kein Mittel, um demselben alle der Abtei mögliche Entwicklung und Ausdehnung zu geben. 1838 gründete letzterer an seinem Kollegium eine französische Realschule (école moyenne), einen deutschen Sprachkurs, berief Musik- und

Gefanglehrer, gab dem seit Jahren bestehenden Pensionat bedeutende Erweiterung, und stellte 1840 auf Kosten der Abtei einen zweiten Professor der französischen Sprache an.

Nach der Unterbrechung, welche der Abschluß des Sonderbundeskrieges zur Folge hatte, wurde im Februar 1848 das Kollegium von St. Maurice mit Lehrkräften der dortigen Abtei und das französisch-deutsche Kollegium in Sitten mit Professoren aus dem Weltpriester- und Laienstande, und im Oktober 1848 das Kollegium in Brig mit drei Weltpriestern und zwei Laien für Gesang, Zeichnen, Naturgeschichte zc. wieder eröffnet. Die Lehrstühle für Philosophie und Physik, ja selbst der II. Rhetorik blieben aber in St. Maurice und Brig unterdrückt. Dafür erhielten diese Fächer in Sitten eine größere Erweiterung. All dieses trug aber das Gepräge des Provisorischen. Schon im nächsten Jahre erhielten St. Maurice und Brig die II. Rhetorik, indem das Gesetz vom 31. Mai 1849 über den öffentlichen Unterricht, welches im Herbst 1849 in Vollzug gesetzt wurde, bezüglich des höhern Unterrichts eine ganz neue Ordnung festsetzte. Laut diesem Gesetze gab es im Wallis nur zwei Kollegien mit 6 Gymnasialklassen, eines in St. Maurice für die französische, und eines in Brig für die deutsche Landessprache. Als obligatorische Fächer wurden aufgezählt: die Religion, die beiden Landessprachen, die lateinische und griechische Sprache, Geschichte und Geographie, Arithmetik, Algebra und Geometrie, die schönen Wissenschaften (la littérature), Zeichnen, Buchhaltung, Gesang, Musik und militärischer Turnunterricht.

Sitten erhielt durch dieses Gesetz das Kantonal-Lyceum mit Bibliothek und Museum, die als Nationalanstalten erklärt wurden, und für deren Unterhalt und Nussung der Staat zu sorgen habe. Das Lyceum solle drei Jahrgänge umfassen. Obligatorische Fächer waren: Religion, französische und deutsche Litteratur, Litteratur der Römer und Griechen, dann Philosophie, Physik, Chemie, Naturgeschichte, höhere und angewandte Mathematik, Landwirtschaft, Zeichnen und Musik. Besondere Reglemente sollen Bestimmungen treffen über die Errichtung der Anstalten, die Dauer der Lehrkurse, die Zulassungs- und Beförderungsbedingungen, die Disziplin, die Prüfungen der Schüler und den Gehalt der Professoren. Das Lehrpersonal wird vom Staatsrat gewählt.¹⁾

¹⁾ Gesetz vom 31. Mai 1849.

Sitten wurde infolge dieses Gesetzes seines Gymnasiums beraubt, reklamierte aber den alten Schulfond zurück und gründete nun von sich aus ein Gymnasium für französisch Sprechende nach dem Muster beider Staatskollegien. Die Kantonsregierung konnte kaum anders handeln, als dasselbe zu subventionnieren und sich die oberste Leitung vorzubehalten.

Die gerufenen Reglemente folgten nun nach Bedürfnis ziemlich rasch. Es möge das Wichtigere hervorgehoben werden.

Dem Lyceum und jedem der Kollegien steht ein Präfekt vor. Derselbe beaufsichtigt die Studien, Schulgebäude und Schulmittel, bestraft schwerere Vergehen oder rekurriert an das Erziehungsdepartement.¹⁾ Das Reglement vom 22. August 1863 überträgt das Studienprogramm und die Wahl der klassischen Lehrbücher dem Studienpräfekt und bezeichnet dann näher die Kompetenzen der Kollegiumspräfecten dahin: „Er entscheidet über Zulassung der Schüler, überwacht die Befolgung des Studienprogrammes, hat die Aufsicht über das Betragen und die Disziplin der Schüler, beaufsichtigt Kirche und Kollegiumsgebäude und das Schulmaterial, stellt die Semesterscheine und Zeugnisse aus und überwacht die Einhaltung der Zeit bei den Professoren.“ Ihm wird zur bessern Handhabung der Disziplin und Schulordnung ein Inspektor beigegeben, der, wie der Präfekt, Arrest, Strafarbeiten zc. verhängen darf²⁾. Das Gesetz vom 4. Juni 1873 beruht diesbezüglich auf denselben Anordnungen. Den Präfecten wird noch aufgeladen, am Schlusse jeden Jahres über den Gang ihrer Anstalt einen Bericht an das Erziehungsdepartement zu erstatten, während der Erziehungsrat (faktisch der Studienpräfekt, der „für die Vollerziehung der Schulreglemente, der Programme, Studienpläne zc. zu sorgen“ hat, und die bei den Schlussprüfungen anwesenden Mitglieder des Erziehungsrates) seinerseits einen Bericht über seine Inspektionen und Prüfungen zu übermitteln hat. — Das Reglement für die Studierenden an den Staatskollegien vom 17. Dezember 1889 bestimmt, daß es am Präfecten ist, über die Aufnahme Studierender an seine Anstalt zu entscheiden und dem Schüler seine Klasse anzuweisen. Glaubt er gegen die Aufnahme eines Schülers Gründe zu haben, so hat er die Frage der Professoren-Konferenz vorzulegen, die darüber endgültig entscheidet. Für eine vorgesehene Abwesenheit der Schüler von mehr als einem Tage ist die Erlaubnis bei dem Präfecten einzuholen; mehr als einmaliges Wegbleiben von Schule und Gottesdienst ist dem Prä-

¹⁾ Reglement vom 20. Oktober 1853 und 20. September 1860. — ²⁾ Reglement vom 22. August 1863. Vergleiche Reglement vom 20. Oktober 1853.

festen anzugeben, der jedes unsittliche und irreligiöse Benehmen der Schüler unnachsichtlich bestrafen soll¹⁾.

Die Professoren-Konferenz ist durch das Gesetz vom 4. Juni 1873 eingeführt, aber schon im Reglement vom 22. August 1863 vorgesehen; sie soll jeden Monat und so oft sie vom Präfekten der Anstalt oder von der Oberbehörde einberufen wird, stattfinden; sie berätet über das Studienprogramm und über alle den Unterricht und die Schuldisziplin beschlagenden Fragen, erkennt über Zwistigkeiten zwischen Professoren und Studenten und deren Eltern und darf die Ausweisung eines Zöglings aussprechen. Dasselbe Gesetz bindet die Annahme oder Abweisung eines Schülers an spezielle Reglemente und an das Ergebnis der Prüfungen und behält bei Ausschließungen den Refkurs an das Erziehungsdepartement vor.

Die Professoren dieser Kantonalanstalten, welche sämtlich seit 1848 vom Staatsrat jährlich, seit 1873 in Folge des damaligen Gesetzes auf 4 Jahre gewählt und besoldet werden, führen die Aufsicht über ihre Schüler und besitzen angemessene Strafgewalt,²⁾ dürfen nur für einen Tag Abwesenheit Dispens erteilen³⁾ und haben über Disziplin und sittliches Betragen der Zöglinge an den Präfekten zuhanden der Professoren-Konferenz zu berichten.⁴⁾

Die obligatorischen Fächer der Kantonalkollegien sind laut dem Gesetz vom 4. Juni 1873: Religion, die Nationalsprachen, die lateinische und die griechische Sprache, Geschichte und Geographie, Mathematik, die Anfangsgründe der Naturgeschichte, Kalligraphie, Zeichnen, Gesang und Turnen; am Lyceum: die lateinische Litteratur, die griechische Sprache, die französische Litteratur und deren Geschichte, die deutsche Litteratur und deren Geschichte, — die Philosophie, Weltgeschichte, Mathematik, die physischen und die Naturwissenschaften (mit Einschluß der Chemie), Zeichnen und Gesang. Freihandzeichnen, Musik, englische und italienische Sprache, die bisweilen gegeben wurden, waren fakultativ. Von 1848 an herrschte meistens das Klassensystem in den Kollegien; je ein Professor hielt die Vorbereitungs- schule, die I. und II. (Studium), III. und IV. (Grammatik und Syntax) und die V. und VI. Klasse (beide Rhetoriken). Für die deutsche, respektiv die französische Sprache, für Naturgeschichte, Zeichnen, Gesang und Turnen (anfangs nur militärisches), seit 1876 für Mathematik, Kalligraphie und endlich für griechische Sprache, Geschichte etc. wurden spezielle Professoren angestellt. — Im Lyceum in

¹⁾ Reglement vom 17. Dezember 1889. Sammlung der Gesetze etc. Bd. 15, S. 103—110. — ²⁾ Reglement vom 20. Oktober 1853. — ³⁾ Reglement vom 17. Dezember 1889. — ⁴⁾ Gesetz von 1873.

Sitten herrschte das Fächer-system. Es wurden eigene Lehrkräfte angestellt für Religionsphilosophie und ähnliches, für Philosophie, Physik, Chemie, Mathematik, Naturgeschichte, lateinische, griechische, französische und deutsche Litteratur, Weltgeschichte, Musik und Gesang, Turnen 2c.

Durch Beschluß vom 6. August 1889 ordnete der Staatsrat am kantonalen Lyceum für die Schüler, welche in das Polytechnikum überzutreten wünschen, einen zweijährigen Spezialkurs an¹⁾. Er umfaßt neben den übrigen obligatorischen Fächern des Lyceums, doch mit Umgehung der lateinischen und griechischen Litteratur und ihrer Geschichte und des Gesanges 2c., im ersten Jahr Zoologie, Algebra, ebene Trigonometrie, Planimetrie, Stereometrie, Elemente der darstellenden Geometrie, Mechanik und Zeichnen, — im zweiten Jahr, Mineralogie und Geologie, höhere Algebra, sphärische Trigonometrie, analytische und darstellende Geometrie, Mechanik und Zeichnen. Die Kurse, zwar schwach besucht, bestehen in der Hauptsache.

Über das Alter der anzunehmenden Zöglinge bestehen keine Bestimmungen. Zur erstmaligen Aufnahme in ein Gymnasium muß eine Prüfung vor den Professoren der Anstalt vorangehen, aus der sich ergibt, daß der Petent die in der Volksschule zu erzielenden Kenntnisse besitzt²⁾. Hat er an einer andern Kantonalanstalt studiert, so hat er ein Sitten- und Schulzeugnis vorzuweisen; hat er aber außer dem Kanton studiert oder Privatunterricht genossen, so muß er überdies eine Prüfung bestehen. Zudem hat jeder Schüler bei seiner Annahme dem Präfecten die nötigen Nachweise seiner Heimatberechtigung anzugeben und ihm die Wahl seines Kost- und Wohnhauses zur Genehmigung zu unterbreiten³⁾. Über die Jahres-Arbeiten (resp. den Fleiß) der einzelnen Schüler und das Ergebnis der Prüfungen (resp. des Fortschritts) haben die Professoren Noten aufzunehmen und darnach die Noten und Plätze im Studentenkatalog am Schluß des Schuljahrs zu veröffentlichen und in den Zeugnissen zu verzeichnen⁴⁾. Zöglinge, welche die zweite Fortschrittsnote von fünf nicht erreichten, haben eine genügende Prüfung aus jenen Fächern, wo sie jene nicht erreicht haben, zu bestehen, um in die obere Klasse zu steigen; welche aber die dritte Fortschrittsnote nicht erreichten, sind vom Übertritt in eine höhere Klasse, und sollte es das zweite Jahr geschehen, von den sämtlichen Kantonalanstalten ausgeschlossen. Doch dürfen darüber die

¹⁾ Amtliche Sammlung der Gesetze 2c. Bd. 15. S. 80—82. — ²⁾ Gesetz von 1849 und 1873. — ³⁾ Reglement vom 17. Dezember 1889. — ⁴⁾ Gesetz vom 4. Juni 1873 und nachfolgende Programme und Reglemente.

Noten des Erziehungsrates bei der öffentlichen Schlußprüfung berücksichtigt werden.¹⁾

Für den Übertritt aus dem Gymnasium in das Lyceum und aus diesem in die Rechtsschule. *zc.* — in die Theologie galt es stets als Befugnis des bischöflichen Ordinariats, das sich im wesentlichen an die staatlichen Anordnungen diesbezüglich hielt, — galt seit dem 17. Jahrhundert als Bedingung, daß der Studierende den obersten Kurs des Gymnasiums befriedigend absolviert hatte, also seit 1849 die erste oder zweite Fortschrittsnote verdient oder einer hinreichenden Prüfung sich unterzogen hatte. Um Unzukömmlichkeiten vorzubeugen, den Bildungsgang der Lehranstalten zu heben und den Schülern des Lyceums die sofortige Zulassung zu den Universitäten und polytechnischen Schulen zu ermöglichen, erließ der Staatsrat den 13. Juni 1890 eine Verordnung betreffend das Reise- oder Maturitätszeugnis.²⁾ Zur Erlangung dieses Reisezeugnisses sind zwei Prüfungen vorgesehen vor Mitgliedern des Erziehungsrates und vom Erziehungsdepartement bezeichneten Professoren oder andern fachkundigen Personen, unter dem Vorsitz des Studienpräfecten, — die eine an jedem Staatskollegium nach Absolvierung der zweiten Rhetorik, die andere zu Sitten am Schluß der zweijährigen Lycealstudien. Die Prüfungen sind schriftlich und mündlich. Die schriftliche umfaßt im Gymnasium die beiden nationalen und die lateinische und griechische Sprache und die Mathematik, im Lyceum Philosophie, Physik, Chemie, Mathematik und die beiden lebenden Sprachen; die mündliche sämtliche obligatorischen Fächer mit Ausnahme von Kalligraphie, Zeichnen und Gesang und der Geschichte der ältern und mittlern Zeit. Die Verordnung enthält umständliche Angaben der Art der Prüfung und des Werts der Noten in 10 Kategorien. Wer in der schriftlichen Prüfung nicht die Note 6 = befriedigend — erhalten, wird zur mündlichen nicht zugelassen. Um zum Reisezeugnis berechtigt zu sein, muß der Kandidat in der schriftlichen, die doppelt so viel gilt, und in der mündlichen zusammen die Durchschnittsnote 6 erhalten haben. Wer eine nicht ganz schlechte Note erhielt, darf auf seine Kosten eine zweite vollständige Prüfung bestehen.³⁾

Obwohl alle Kurse obligatorisch sind, gestattet das Gesetz vom 4. Juni 1873 der Professoren-Konferenz, Schüler in Ausnahmefällen vom Besuch gewisser Fächer zu entheben. Hospitanten hat es daher zu jeder Zeit gegeben. Man sah aber darin eine Unzukömmlichkeit.

¹⁾ Reglement vom 17. Dezember 1889. — ²⁾ Amtliche Sammlung der Gesetze *zc.* Bd. 15. S. 143—149. — ³⁾ Verordnung vom 13. Juni 1890.

Daher gab sowohl das Reglement von 1853 als auch die Verordnung vom 17. Dezember 1889 dem Präfekten und den Professoren die Vollmacht, solche Hospitanten auszuschließen, deren Anwesenheit sie für die andern Schüler nachtheilig erachten.

Die Schuldauer mit Einschluß der acht- bis 10-tägigen Ferien zur Osterzeit betrug stets ungefähr 10 Monate. Vor 1848 begann man Mitte Oktober und schloß Mitte August. Der Sommerhitz wegen wurden die Sommerferien allmählig früher angesetzt. Von 1849 an begann das Schuljahr in Sitten am 2., in Brig am 3. und in St. Maurice am 4. Montag September und endete in gleicher Reihe am 1., 2. und 3. Sonntag Juli. Weil Brig und St. Maurice längere Jahre lang die Osterferien nicht benutzen wollten, so begann dort der Schulkurs je um eine Woche später. Die Verordnung vom 17. Dezember 1889 setzte wieder die 1849 eingeführte Ordnung fest.

Schon das Reglement von 1853 führt eine namhafte Zahl von Religions-, Sitten-, und Studienpflichten der Schüler auf und verbietet ihnen, Tanzlokale, Schenke- und Kaffeehäuser zu besuchen, sich zu verummnen, zu rauchen und um Geld zu spielen. Sämtliche Schüler haben den an sie gestellten Pflichten der katholischen Kirche pünktliche Folge zu leisten. Als später sich auch protestantische Schüler einfanden, wurden dieselben bezüglich der Lehre und Übung ihrer Religion an die Geistlichen ihrer Konfession gewiesen. Die obigen Verbote zählen auch die folgenden Reglemente auf, und die Verordnung von 1889 untersagte überdies, sich an verbotenen Stellen und ohne gehörige Badkleidung zu baden, und außer in dringenden Fällen nach dem Abendzeihen aus dem Hause zu gehen.

Mit dem Jahr 1858 trat eine bedeutende Veränderung in der Organisation des Lyceums und der Kollegien des Staates ein. Durch Beschluß des Staatsrates vom 18. September 1858 wurde vorerst die Dauer der Studien im Kantonal-Lyceum auf zwei Jahre beschränkt, hingegen die Gymnasien durch Vorsehung eines Vorkurses auf 7 Jahre ausgedehnt. Infolge dessen wurden einige Litteraturfächer und die Landwirtschaftslehre aus dem Lyceum in die Gymnasien versetzt. Zudem wurde grundsätzlich ausgesprochen, daß der Unterricht so viel wie möglich in den Gymnasien klassenweise, im Lyceum fachweise erteilt werde. Die wichtigste Änderung und Erweiterung enthält aber der zweite Artikel, bestimmend: in den zwei Gymnasien (von Brig und St. Maurice) wird eine Realschule errichtet, welche

mit den 4 ersten Gymnasialklassen zusammenfällt; die Schüler derselben befolgen alle Fächer außer lateinische und griechische Sprache, deren Stunden mit Fächern der Realschule ausgefüllt werden. Da auch Sitten, welches aus eigenen Mitteln wieder ein Gymnasium errichtet hatte, diese Realschule zu erhalten wünschte, entschied der 10. Artikel, daß der Staat vermittelt des Lehrpersonals des Lyceums die für die Stadt Sitten aus der neuen Organisation erwachsenden Kosten erleichtere, beziehungsweise das neue dortige Realgymnasium subventioniere.

Im folgenden Jahre — 1859 — wurde den Kollegien von Brig und St. Maurice noch eine Lycealklasse, nämlich ein Kurs der Philosophie mit ihren verschiedenen Lehrfächern, als Propädeutik, Logik, Metaphysik, Ethik und Religionsphilosophie zc. beigelegt, und der Mathematik größere Sorgfalt dadurch gewidmet, daß überall eigene Professoren derselben angestellt und ihr Programm und die Stundenzahl bedeutend erweitert wurde.

Realschulen (écoles moyennes) entstanden nun an den Kollegien von St. Maurice, Sitten und Brig. Bald gründete auch die Gemeinde Vagnex eine derartige Mittelschule. Laut Beschluß von 1858 sollten sie vier Jahrgänge umfassen, begannen aber mit je zwei Jahreskursen. In Sitten und dann auch in St. Maurice hat sich diese Realschule wirklich auf 4 Jahreskurse ausgedehnt; 1868 zählte sie in Sitten 6, in St. Maurice 19, in Brig 10 und in Vagnex 15, total 50 Schüler. In Brig fand sie immer weniger Schüler und gieng 1876 definitiv ein, in Vagnex dauerte sie nur wenige Jahre, indem diese von nur einem Kaplan geleitete Schule mehr eine Lateinschule war, und so nicht genügen konnte. 1895 wurde in Monthey eine Realschule eröffnet mit 400 Fr. Staatsbeitrag. 1895 zählte Sitten 18, St. Maurice 28 Realschüler.

In den Realschulen soll Unterricht erteilt werden in Religion, französischer und deutscher Sprache, Arithmetik, Geometrie, Buchhaltung, Geographie und Geschichte, Elementarphysik und Landwirtschaft. Sie beginnen und enden mit den Kollegien und stehen unter der Leitung der Kollegiumspräfecten. Den Unterricht erteilen neben den Klassenprofessoren des Kollegiums und jenen der Spezialfächer, wie Mathematik, Calligraphie, Zeichnen, Musik zc. zwei bis vier speziell dafür angestellte Professoren, welche vom Staat ernannt und mit 700 bis 1200 Fr. besoldet werden. Nur jene von Vagnex ernannte

und besoldete der dortige Gemeinderat, der indeß einige Jahre einem Staatsbeitrag erhielt.

Das Unterrichtsgesetz vom 4. Juni 1873 sah ein Realkollegium in Sitten vor als kantonale Anstalt zum Zwecke, jungen Leuten, die sich dem Handel, dem Gewerbe und den Künsten widmen wollten, den nötigen Unterricht zu verschaffen, ferner dieselben auf die Kurse des eidgenössischen Polytechnikums vorzubereiten. Es sollte neben den vorgenannten Fächern der Realschule noch Mechanik, Kosmographie, die mit dem Rechnungswesen zusammenhängenden Handelsfragen zc. umfassen. Dieses Projekt kam in der Gestalt nicht zur Ausführung.

Vor Erlass des Erziehungsgesetzes von 1873 war zwischen dem Staatsrate und dem Gemeinderate von Sitten eventuell ein Vertrag abgeschlossen, kraft dessen Sitten mit Beibehaltung des Lyceums gegen Errichtung des Realkollegiums auf das klassische Verzicht leistete. Allein unter dem Vorwande, das Realkollegium bestehe noch nicht in seiner ganzen Ausdehnung organisiert, blieb das klassische fortbestehen in Kraft des Artikels 124 des Unterrichtsgesetzes von 1873, welcher lautet: „Das in Sitten bestehende klassische Kollegium bleibt bis zur Errichtung des Realkollegiums.“ Das Erziehungsdepartement hielt nun darauf, daß der Lehrstuhl der Philosophie in Brig und in St. Maurice nicht unterdrückt werde, wie es laut Gesetz hätte geschehen sollen, um so mehr, als Sitten seine Realanstalt nur als *Ecole moyenne* betrachtet, trotzdem 1889 durch die Errichtung des Spezialkurses am kantonalen Lyceum zur Vorbereitung auf den Eintritt in's Polytechnikum alles für das Realkollegium Nötige in der Hauptsache fast vollständig ausgeführt ist.

Auch in anderer Hinsicht gieng der Staatsrat einen Schritt weiter. Der Große Rat hatte eine landwirtschaftliche Schule angeregt. Auf das freundliche Entgegenkommen des Stifts vom großen St. Bernhard wurde durch Beschluß vom 9. September 1891¹⁾ auf des Stiftes Meherei in Ecône bei Niddes eine praktische landwirtschaftliche Schule für Zöglinge französischer und deutscher Sprache errichtet. Das leitende und lehrende Personal wird im Einverständnis mit dem erwähnten Stift und auf Vorschlag des lektorn vom Staatsrat ernannt. Die Dauer der Lehrzeit umfaßt zwei Jahre, wozu noch ein dreimonatlicher Vorkurs für deutsch sprechende Zöglinge zur Erlernung der französischen Sprache kommt.

¹⁾ Amtliche Sammlung Bd. 15, S. 259—262.

Der Beschluß enthält das bezüglichliche Reglement; die Oberleitung untersteht dem Departement des Innern.

Seit dem Erlaß des Unterrichtsgesetzes von 1873 wurde Erhebliches zur Verbesserung der Kantonalanstalten geleistet, um sie auf die Höhe der Anstalten anderer Kantone zu heben. Die Zahl der Professoren, auch jene der Klassen der Gymnasien, wurde derart vermehrt, daß die Mehrzahl nur eine statt zwei Klassen zu besorgen hat; für einzelne Fächer, wie Kalligraphie, gewerbliches Zeichnen, Turnen, und in neuester Zeit für griechische Sprache, Geschichte zc. sind eigene Lehrkräfte angestellt. Im Jahr 1895 wirkten am Lyceum und Kollegium in Sitten 18, am Kollegium in St. Maurice 9 und an jenem in Brig 10 und an der Rechtsschule in Sitten 4 Professoren. Bei jedem der drei Kollegien besteht eine Bibliothek und bei dem Lyceum in Sitten ein naturgeschichtliches Museum und ein Chemie- und Physikcabinet, für welche der Staat jährlich eine Summe zum Unterhalt und zur Bereicherung aussetzt. Auch haben die Kollegien von Sitten, Brig und St. Maurice je ein Theater zur praktischen Ausbildung im Vortrag. Ein staatsrätliches Reglement für diese Theater vom 27. Februar 1885¹⁾ stellt die frühern Gepflogenheiten organisch zusammen, konstatirt, daß sie zu den Vorstellungen der Zöglinge dieser Lehranstalten bestimmt sind, bei deren Vorstellungen der Ertrag der Einnahmen zur Deckung der Aufführungskosten und zu neuen Anschaffungen für die Kleiderkammer, die ihnen unentgeltlich zur Verfügung steht, zu verwenden ist. Es verordnet je einen rechnungspflichtigen und verantwortlichen Direktor, dessen Rechte und Pflichten es normiert, und der bestimmt, wie viel andere Gesellschaften, die mit seiner Erlaubnis es benützen, zu zahlen und zu entschädigen haben.

Die Abtei St. Maurice strengte sich in dieser Zeit neuerdings nach Kräften an, ihrer Lehranstalt alle mögliche Entwicklung zu geben. Sie errichtete neue Lehrstühle für die französische und deutsche Sprache und gab dem Gesang, der Musik und dem Zeichnen neue Ausdehnung und sorgfältigere Pflege. Die Zahl der Schüler dieser Anstalt übersteigt jährlich 100 und stieg auch auf 140 bis 150. Um dieses Resultat zu erzielen vergrößerte sie fortwährend die Stu-

¹⁾ Amtliche Sammlung zc. Bd. 14. S. 22—26.

dien- und Schlafsäle seines seit dem 1. Dezennium unseres Jahrhunderts bestehenden Pensionates, so daß es jetzt über 100 Pensionäre aufnehmen kann, ohne damit der Nachfrage genügen zu können.

In Brig wurde im Jahr 1858 in den Kollegiumsräumen ein Pensionat eingerichtet. Man sammelte den nötigen Fond durch freiwillige Aktien. Als diese Aktiengesellschaft 1873 liquidieren mußte, errichteten die Kollegiumsprofessoren aus dem Welpriesterstande in denselben Räumen von sich aus wieder ein Pensionat, welches schon in den sechziger Jahren und wieder seit 1880 bei und über 30 Kostgänger zählte. Der Staat leistet einen Beitrag, aber auch die Herren Professoren haben jährlich Opfer zu bringen. Am Kollegium zu Brig wirken gegenwärtig 11 Professoren, darunter 8 Welpriester. Die Zahl der Schüler wechselt seit 30 Jahren zwischen 50 und 80.

Größer ist die Zahl der Lehrer und Schüler in Sitten. Am Lyceum, Gymnasium und an der Realschule wirken 18 Professoren, darunter 6 Priester. Seit den fünfziger Jahren unterhielten dort die Schulbrüder Mariens ein Pensionat. Seit 1882 ist auch in den Räumen des Priesterseminars in Sitten unter eigener Aufsicht ein Pensionat für Studenten des Lyceums und der obern Gymnasialklassen eröffnet, mit ähnlicher Einrichtung wie in St. Maurice und Brig, während das Pensionat der Brüder Mariens im alten Kollegium Schüler der untern Gymnasial- und Realklassen aufnimmt.

1851 zahlte der Kanton an das Lyceum in Sitten Fr. 11,756, an das Kollegium in St. Maurice Fr. 3928, an jenes von Brig Fr. 6930, an Museen und Bibliotheken Fr. 1411, endlich an die Rechtsschule in Sitten Fr. 1290, total an die höhern Lehranstalten Fr. 25,315. — Im Jahre 1869 beliefen sich die staatlichen Leistungen für sämtliche Kollegien und das Lyceum auf Fr. 28,504. 50 und für die 4 Realschulen auf Fr. 8005. 70, total Fr. 36,510. 20. Im Jahre 1881 stiegen die Leistungen des Staates an den höhern Unterricht auf Fr. 41,941. 70, davon an das Lehrpersonal des Lyceums und Kollegiums in Sitten auf Fr. 17,676. 65, an dasselbe des Kollegiums in St. Maurice auf Fr. 7490. — und in Brig auf Fr. 11,429. 15. — Endlich im Jahr 1895 zahlte der Staat an Lyceum und Kollegium in Sitten Fr. 24,592. 35, an das Kollegium in Brig Fr. 14,025. 90, an jenes von St. Maurice Fr. 10,200, total Fr. 48,817. 25.

	Übertrag	Fr. 48,817. 25
Überdies zahlte der Staat 1895:		
a) an die Rechtsschule in Sitten . . .	"	2,600. —
b) an den Erziehungsrat und die Kom- missionen der Maturitätsprüfungen .	"	499. —
c) an Beiträge zur Ausbildung zum Pro- fessorat	"	750. —
d) an die Normalschulen der Knaben bei- der Sprachen in Sitten	"	7,719. 40
e) an die Normalschulen der Mädchen in Sitten	"	5,866. 56
f) an die Normalschule der Mädchen in Brig	"	2,801. —
g) an die Inspektoren der Primarschulen	"	5,000. —
h) für die Entlassungsprüfungen der Pri- marschüler und Vorprüfungen der Re- kruten	"	998. 10
i) an Aufmunterungsprämien dem Lehr- personal der Primarschulen	"	6,050. —
k) an Schriften und Bücher zur Ver- teilung unter das Lehrpersonal der Primarschulen	"	998. 65
l) sonstige Auslagen	"	401. —
Somit total für Unterricht		Fr. 82,500. 96

3. Die Rechtsschule in Sitten

Wir sahen früher, daß seit dem 15. Jahrhundert bald hier bald dort Rechtsschulen im Lande gehalten wurden. Aus den Urkunden erhellt, daß seit dem 13. Jahrhundert in jedem Zehnden stets mehrere Notare waren, so daß die Artikel von Naters von 1446 im Artikel 98 die Freiheit, sich einen beliebigen, aber fähigen Notar zu wählen, mit der Bedingung einschränkt, daß die Register und Habungen bei einem Notar verbleiben sollen in demjenigen Zehnden, den der Auftraggeber bewohnt¹⁾. Daß all die zahlreichen Notare ihre Rechtskenntnisse auf ausländischen Universitäten erworben, ist fast unmöglich. Zudem war die Legisferierung im Wallis eine so eigenartige, daß Notare und Richter hierüber im Lande selbst Unterricht

¹⁾ Geuzler, Rechtsquellen des Kantons Wallis, S. 196. Gr. Nr. 2976

sich erwerben, und die Landesbehörden zum mindesten Prüfungen der Notariatskandidaten über ihre Kenntnisse und Befähigung verlangen mußten. Das Landrecht des Kardinals Schinner von ca. 1514 verlangt dieses Examen sowohl von einheimischen als fremden Notaren unter Strafe der Nichtigkeit der Akten, und zwar vor dem Landesfürsten selbst,¹⁾ und der Abscheid des Mailandrates von 1566 von den Notaren unter der Morse vor geessenem Landrat²⁾. Das Landrecht von 1571³⁾ setzt dieses voraus; der Weihnachtlandrat von 1610 giebt die Erklärung ab, daß Notare ohne Urkundsbrieve über ihr empfangenes Amt unter fürstlichem Siegel für ihre Notarsakte keinen Glauben verdienen, und der Abscheid des Mailandrates von 1643 verbietet das Stipulieren von Akten durch Schreiber, die nicht Notare sind, unter Strafe der Nullität der Akten, — Bestimmungen, die noch in die Revision von 1780 aufgenommen sind.⁴⁾

Als nach dem Zusammenbruch aller alten Rechtsverhältnisse das Wallis 1802 wieder eine eigene Republik bildete, errichtete die Landesregierung eine Rechtsschule, die mindestens ein Jahr dauert, worauf ein Jahr Vorbereitung auf die Praxis bei einem erfahrenen Notar folgte. So forderte es das Notariatsgesetz vom 3. Dezember 1807. Dieser Rechtskurs war 1824 eingegangen. Der Landrat dekretierte nun in seinem neuen Notariatsgesetz vom 8. Mai 1824 einen zweijährigen „Schulkurs der Rechtskanzlei“, der am 1. November 1825 zu Sitten zu eröffnen sei, und forderte zum Eintritt in diesen Rechtskurs Absolvierung der Rhetorik und Logik und von den Notariatskandidaten einen zweijährigen Besuch einer juristischen Akademie einer Universität oder aber dieser Rechtsschule, und schließlich eine genügende Prüfung durch den Rechtsprofessor vor dem obersten Gerichtshofe des Wallis.

Diese Rechtsschule wurde nun im Herbst 1825 dem jungen, 27 Jahre alten Dr. juris Stephan Cropt aus Martinach anvertraut, der sie volle 70 Jahre mit Aufwand allen Eifers und ungebeugter Arbeitskraft besorgte, bis er den 16. Januar 1896 im 98. Altersjahr als Nestor aller Rechtslehrer der Schweiz verstarb. Lange Jahre besorgte er dieselbe allein, dozierte das römische Recht nach den Institutionen sowie die Landesstatuten des Wallis von 1571, die er 1843 zum praktischen Gebrauch abdrucken ließ, und die bis zum Erlaß des « Code Civil » von 1854 in Kraft bestanden. Er selbst bearbeitete die Vorlagen dieses bürgerlichen Gesetzbuches und

¹⁾ Hensler, l. c. S. 227. — ²⁾ Hensler, l. c. Nr. 172. — ³⁾ l. c. Cap. 72—78, S. 299—301. — ⁴⁾ Hensler, l. c. Nr. 33, 157 und 158.

der Prozedur- und Pönal-Gesetze des Kantons, meist nach dem Code Sarrile und Code Napoléon, jedoch mit Berücksichtigung jener Teile des walliserischen Statutarchts und der nachfolgenden Gesetze, die sich im Volksbewußtsein besonders eingelebt hatten, (und doch zu wenig und zu theoretisch, so daß ihnen das Volk wenig Verständnis und Interesse entgegenbrachte).

Die Notariatsgesetze vom 28. November 1840 und 19. November 1846 halten an den zwei Jahren Rechtsstudien und der Prüfung vor dem Appellationshof des Gesetzes von 1824 fest. Sie stellen als Lehrprogramm der Rechtsschule auf das bürgerliche Recht und die bürgerliche Prozeßordnung, das Kriminalrecht und die kriminelle Prozeßordnung des Kantons und dessen Gesetze, Dekrete und Beschlüsse zur Ausübung des Notariats, und fordern darüber eine schriftliche und mündliche Prüfung. Strengere Anforderungen stellt der staatsrätliche Beschluß vom 13. September 1871 an die Kandidaten dieser Rechtsschule: Wer nicht in den Lyceumskursen durchschnittlich die erste Note erhalten oder seine Studien außer dem Kanton gemacht, hat eine Maturitätsprüfung zu bestehen vor drei vom Erziehungsdepartement bezeichneten Mitgliedern, worüber das Departement bezüglich Annahme oder Abweisung entscheidet¹⁾.

Bis ungefähr 1880 stand die Rechtsschule unter der persönlichen Leitung des Professors und der Oberleitung des Departementes des Innern; die Schulgesetze und Reglemente berühren diese Rechtsschule mit keinem Wort. Da — um eingerissenen Übelständen abzuhelpen — beantragte das Departement des öffentlichen Unterrichts den Beschluß des Staatsrates vom 13. April 1881 in Betreff der Zulassung zur Rechtsschule²⁾, laut welchem jeder Kandidat der Rechtsschule durch regelmäßige Zeugnisse nachweisen soll, mit Erfolg die Kurse des Lyceums, ja selbst des Gymnasiums, besucht zu haben, oder aber die im Beschluß vom 13. September 1871 vorgesehene Prüfung zu bestehen.

Der stets wachsende Umfang der kantonalen und besonders der Bundesgesetze und das unabweisbare Bedürfnis ihrer Kenntnis hatte den Staatsrat genötigt, die Zahl der Rechtslehrer an dieser Schule zu vermehren; sie stieg auf 3 bis 4 Professoren; selbst kanonisches Recht wurde einige Jahre doziert. So gieng denn der Staatsrat auf Antrag des Unterrichtsdepartements durch Beschluß vom 19. September 1884³⁾ an eine Reorganisation der Rechtsschule. Dieser stellt

¹⁾ Sammlung der Gesetze 2c. Bd. 11. S. 257. — ²⁾ Sammlung der Gesetze 2c. Bd. 13. S. 125. — ³⁾ l. c. Bd. 14. S. 5—10.

als Programm auf: Der auf zwei Jahre verteilte Unterricht umfaßt, und zwar als obligatorische Fächer: die allgemeinen Rechtsgrundsätze, — das römische Recht, — das Zivilgesetzbuch von Wallis, — das Bundesgesetz über das Obligationenrecht, — das Strafgesetzbuch und das Gesetzbuch über die Strafprozeßordnung, — das Gesetzbuch über die bürgerliche Prozeßordnung, — das öffentliche, eidgenössische und kantonale Recht, — die hauptsächlichsten Verwaltungsgesetze des Kantons. Die Kurse beginnen alljährlich am ersten Montag Oktober und enden am letzten Samstag Juni und zwar zu je 4 Stunden per Tag. Die Aufnahme-Bedingungen sind die frühern. Die Professoren geben in jedem Trimester dem Unterrichtsdepartement das vollständige Verzeichnis der Abwesenheiten der Schüler ein, dürfen denselben über den Unterricht und die Disziplin Vorschläge machen, bestimmen am Ende des Schuljahrs die von jedem Schüler für Fleiß und Fortschritt verdienten Noten und übermitteln sie dem Departement. Die Kurse werden jährlich durch eine öffentliche Prüfung geschlossen, welche vor einer vom Departement ernannten speziellen Kommission abgelegt wird.

4. Die Normalschulen

Die Schulgesetze von 1828, 1840 und 1845 kennen die Normalschulen oder Lehrerbildungsanstalten noch nicht. Das Schulgesetz von 1828 bestimmt im Artikel 14: „In Sitten werden auf Kosten des Staates zwei Schuleinrichtungen aufgestellt, um Schulmeister (und Lehrerinnen) zum Unterricht in deutscher und französischer Sprache zu bilden.“ Der Kandidat dieser Schuleinrichtung hat sich darüber auszuweisen, daß er die an der Elementarschule geforderten Kenntnisse besitzt; seine Verköstigung hat seine Heimatgemeinde zu tragen, und der Kandidat ist dann verpflichtet, 10 Jahre Schule zu halten oder die Kosten der Gemeinde pro rata zu erstatten. Diese Anordnung entsprach dem Bedürfnis nicht. Das damalige Schulgesetz faßte den Menschen auf, wie er sein sollte, und nicht, wie er ist.

Der erste Kurs einer Normalschule wurde in Sitten am 18. August 1846 eröffnet. Er fand statt infolge einer Anordnung des Erziehungsrates vom 7. Mai desselben Jahres, welche vom Staatsrate den 26. Juni bestätigt wurde. Der Kurs sollte bis zum 30. Oktober, also 10 Wochen dauern, wovon die zwei letzten Wochen der Methodik gewidmet werden. Die Schüler zahlen für Kost und Wohnung monatlich 20 Schweizer-Franken und sollen am Schluß vom Erziehungsrat geprüft werden, der dann über Zulassung zum

Fähigkeits- oder Lizenz-Brevet entscheidet und den Fähigsten eine Staatsgratifikation zuerkennt.

Jetzt war wenigstens ein Pfad gebahnt. Die äußerst dürftigen Normalschulen für beide Sprachen und beide Geschlechter folgten sich nun in Sitten fast jeden Sommer bis 1849, so daß das Gesetz vom 31. Mai 1849 über den öffentlichen Unterricht an das Bestehende anknüpfend die Bestimmungen aufnehmen konnte, — daß die Normalschulen in beiden Landessprachen für Lehrer und Lehrerinnen fortbestehen sollen, ihr Unterricht die Pädagogik und die zum Elementarunterricht notwendigen Fächer umfasse, und daß die Staatskasse die Kosten bestreite, wogegen die Lehramtskandidaten wenigstens fünf Jahre im Kanton Schule halten müssen.

Der Staatsrat wandte sich hiezu an die Abtei von St. Maurice, fand Entgegenkommen, und die Lehramtskandidaten zogen nun 1850 während den Sommermonaten der Kollegiumsferien in die leeren Räume des Pensionates des dortigen Kollegs. Das erste Jahr erteilten Marienbrüder den Unterricht, das folgende Jahr Professoren der dortigen Klosterschule, denen aber die Gesundheit es nicht erlaubte, eine fernere Bafanz mit so aufreibender Arbeit zuzubringen. Die Lehramtskandidatinnen verbrachten die Sommermonate 1850 im St. Jakobspital in St. Maurice, einige folgende Sommer im Bürgerhospital in Sitten unter der Direktion der noch von Domherrn Berchthold gebildeten Frau Rufenach.

Mittlerweile hatte die Stadt Sitten Mitglieder der Kongregation der Brüder Mariens im östlichen Frankreich an ihre Knabenschulen berufen. Ihnen übergab 1853 der Staatsrat den Unterricht, die Bildung und Verköstigung der Normalschüler beider Sprachen. Diese Schulbrüder versehen nun seither ununterbrochen zu voller Zufriedenheit die französische und deutsche Normalschule zu Sitten, zuerst im alten Kollegium der Jesuiten, dann mehrere Jahre in dem zu einem Kolleg benützten jetzigen Posthause und endlich seit einigen Jahren im neuen Kollegiumsgebäude, wo nun die Studien- und Hörsäle, sowie das bezüglich, stets von ihnen unterhaltene Pensionat der Lehramtskandidaten definitiv untergebracht sind.

Die französischen Lehramtskandidatinnen wurden gleichfalls in Sitten zuerst durch die Frauen Rufenach und Mabilliard, dann durch Herrn und Frau Mabilliard unterrichtet und stehen nun seit langen Jahren unter der tüchtigen Direktion der Frau Veneg, welche im Verein mit mehreren erprobten Lehrerinnen die Anstalt leitet, indem die Kandidatinnen im frühern Haus des großen St. Bernhard in Sitten Lehr-, Studien- und Schlafsäle und auswärts gemeinsame

Kost finden. Die deutschen Lehrerinnen erhalten ihren Normalunterricht seit 1852 durch drei bis vier Lehrschwestern und einen bis zwei Lehrer für Gesang, Zeichnen, Naturgeschichte und öfters auch Mathematik aus dem Laienstande im Ursulinerkloster in Brig, welches die Aufgabe zur besten Zufriedenheit löst und ein geeignetes Pensionat hierfür errichtete.

1895 wirkten 9 Lehrer an der Normalschule für die Lehrer, 8 Lehrerinnen in Sitten und 3 in Brig mit einem Laien für die Lehrerinnen.

Diese Normalschulen wurden 1861 durch ein staatsrätliches Reglement wieder neu geordnet und ihre Dauer auf drei Jahre mit zwei bis drei Monaten Unterricht (Juli bis September) angesetzt, so daß die Kandidaten im Winter als Hilfslehrer oder in kleinen Schulen Anstellung finden konnten. Das Unterrichtsgesetz vom 4. Juni 1873 suchte die Normalschule wesentlich zu heben, und bestimmte im Artikel 76, daß sie wenigstens acht Monate zum Jahr dauere und der vollständige Kurs mindestens zwei Jahre umfasse. Unter dem Nachfolger des Herrn Bioley im Erziehungsdepartement, Herrn Staatsrat Leo v. Rotten, wurde 1882 die Dauer der Kurse dieser vier Normalschulen auf jährlich zehn Monate ausgedehnt.

Die Oberaufsicht über die Normalschulen übt das Erziehungsdepartement aus. Dasselbe ernimmt auch die Lehrer oder Lehrerinnen derselben, welche früher jährlich gewählt wurden, seit 1873 je zum vierten Jahr der Wiederwahl oder Bestätigung unterworfen sind. Der Staat bezahlt die Lehrergehälter, welche sich 1863 nur auf Fr. 5150 beliefen, im Jahr 1881 auf Fr. 6100 für die Normalschulen der Lehrer, Fr. 3650 für die Normalschule der französischen und Fr. 2600 für jene der deutschen Lehrerinnen, — und 1895 gar auf 7719 für die der Lehrer, 5866 für die zweite und 2801 Fr. für die dritte Normalschule stiegen. Überdies zahlte der Staat noch 1881 an Licht, Heizung, Schulgerät, Bibliothek, Mobiliar zc. Fr. 2467 und an Unterstützung der Schüler Fr. 19,000, somit im Total Fr. 33,817, — und 1895 an Lehrergehalt Fr. 16,387, und an die übrigen Auslagen wohl nicht weniger. Bezüglich der Unterstützung der Lehramtskandidaten ist zu bemerken, daß die Zöglinge, welche ihre jährliche Schlußprüfung gut bestehen, je nach den erhaltenen Durchschnittsnoten eine größere oder geringere, bei ausgezeichnetem Prüfungsergebnis auch eine gänzliche Vergütung ihrer Kostauslagen erhalten, nach einmaliger Voranschzahlung von 150 Fr.

Zur Aufnahme in die Normalschule muß der Kandidat das 15. Altersjahr erfüllt haben, ein Leumundszugnis und ein ärztliches

Zeugnis beibringen, daß er in physischer Beziehung zum Lehrerberuf geeignet sei, sowie einen Bürgschaftsschein, den Staat zu entschädigen, falls er nicht die vorgeschriebenen 8 Jahre im Kanton Schule hält, und endlich vor dem Erziehungsrat oder einer von ihm ernannten Prüfungskommission in Beisein des bez. Direktors der Normalschule einer Prüfung, ob er die nötigen Vorkenntnisse besitze, sich unterziehen. Diese Prüfung ist sowohl schriftlich als mündlich und erstreckt sich über alle Fächer der Primarschule.¹⁾ Ein Reglement vom 19. November 1874 reguliert diese Prüfung bis in's einzelste.

Der Unterricht in den Normalschulen umfaßt folgende Fächer: Religionslehre 3 Stunden, biblische Geschichte 2, Sprachunterricht 10, Schönschreiben 2, Rechnen mit Buchhaltung 8, Geschichte und Geographie der Schweiz mit Civilunterricht 5, Pädagogik 2, Gesang, Zeichnen und Turnen je 2 Stunden. Dazu Landwirtschaft, Baumzucht und Weinbau 2 Stunden für die Lehrer, weibliche Handarbeit 10 Stunden für die Lehrerinnen. Die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden beträgt nach dem Unterrichtsplan von 1875 für die Knaben 41 (früher 35) und für die Mädchen 49 (früher 45) Stunden, — leider zu viel!

Seit 1861 wurden von Zeit zu Zeit Wiederholungskurse gehalten. Das Gesetz von 1873 sieht nun einen jährlichen Wiederholungskurs von 2 Monaten an jeder Normalschule vor, der die Bestimmung hat, Zöglinge, welche den vollständigen Kurs der Normalschule vollendet oder in irgend einer Lehranstalt hinreichende Studien gemacht und in den Lehrerstand zu treten wünschen, zu vervollkommen. Der Staat übernimmt die Auslagen dieser Wiederholungsschulen; die Schüler haben aber das Kostgeld selbst zu bestreiten. Diese Schulen wurden seither mit seltenen Ausnahmen jährlich gehalten und vom Lehrpersonal zur Erlangung des definitiven Patentés besucht.

Am Schlusse der Normal- und der Wiederholungsschule haben die Lehramtskandidaten vor Mitgliedern des Erziehungsrates und vor einer Geschworenenkommision eine umständliche, alle vorgetragenen Fächer umfassende, teils schriftliche, teils mündliche Prüfung zu bestehen. Das Maximum der Punkte für jede Fachprüfung ist auf 10 festgesetzt laut dem hierin ganz umständlichen Reglement vom 19. November 1874. Diese Prüfung veranlaßt folgende Ergebnisse:

1. Schüler des ersten Kurses der Normalschule mit einer Durchschnittsnote von 8 Punkten werden auf Staatskosten, mit einer Durchschnittsnote von wenigstens 6 Punkten für halbes Kostgeld, mit

¹⁾ Unterrichtsgesetz von 1873. Artikel 78—80.

der Durchschnittsnote von 5 Punkten auf eigene Kosten in den obern Kurs aufgenommen, die übrigen abgewiesen.

2. Schüler des zweiten Kurses und der Wiederholungsschule, die eine Durchschnittsnote von 6 oder mehreren Punkten erhalten, werden patentiert, die diese Note nicht erhalten, zu einer Wiederholungsschule verpflichtet oder definitiv abgewiesen.

Patente gab es früher laut dem Gesetz von 1849 zwei, ein vom Staatsrat ausgestelltes Fähigkeitspatent für immer und eine vom Erziehungsdepartement erteilte zeitweilige Ermächtigung, entsprechend dem frühern Fähigkeits- und Lizenz-Brevet. Das Gesetz von 1873 annulliert indirekt die frühern Patente und führt drei Arten von Patenten ein:

1. Das provisorische Patent, welches dem Kandidaten des zweiten Normalkurses nach befriedigend bestandener Prüfung für ein Jahr vom Erziehungsdepartement erteilt wird. Wiederholungsschüler mit minder befriedigender Schlußprüfung, oder die noch keine Schule gehalten, haben nur auf diese provisorische Ermächtigung Anspruch.

2. Das temporäre Patent, gültig für 4 Jahre, welches jenen Lehramtskandidaten erteilt wird, welche die Schlußprüfung sehr befriedigend bestanden oder faktisch bei provisorischer Ermächtigung ein oder mehrere Jahre laut Konstatierung des betreffenden Schulinspektors mit Erfolg Schule gehalten haben.

3. Das definitive Patent. Zu dessen Erlangung muß der Kandidat während mindestens 5 Jahren mit Erfolg im Kanton Schule gehalten und sich einer neuen Prüfung über die Lehrgegenstände des Programmes der Normalschulen mit oder ohne Wiederholungsschule unterzogen haben. Dieses Patent wird vom Staatsrat auf Vorantrag des Erziehungsdepartements zuerkannt.

Der Staatsrat kann auch Personen, welche notorisch höhere Studien gemacht, die das Programm der Normalschule übersteigen, ohne Prüfung die Ermächtigung zum Schulunterricht erteilen.

Die Zahl der Normalschüler aller vier Abteilungen schwankt gewöhnlich zwischen 60 und 120, wovon nicht ganz ein Drittel deutsche. Die verlängerte Schuldauer führte in jüngerer Zeit eine Abnahme herbei, während früher manche die Normalschule statt einer Fortbildungs- oder Realschule benutzten, was durch das Schulgesetz von 1873 gestattet ist, falls die Aufnahmeprüfung genügend bestanden und die Staatsunterstützung nicht beansprucht wird.

5. Die Volks- oder Primarschule

a) Allgemeine Grundsätze, Verpflichtung

Sämtliche Gesetze und Verordnungen seit 1828 erklären den Volks- oder Primarunterricht als obligatorisch. Wir haben die leitenden Grundsätze hierüber oben mitgeteilt, wie sie in den Verordnungen von 1828 bis 1849 niedergelegt sind. Das Gesetz vom 31. Mai 1849 und das Reglement von 1860 verordnen, daß zahlreichere Schulen nach Geschlecht getrennt, und daß an Orten, wo mehr als 60 Schüler sind, für Mädchen eine besondere Schule durch eine Lehrerin gehalten werde. Das Gesetz vom 4. Juni 1873 ordnet diese Trennung der Schulen nach Geschlecht auch für Ortschaften an, wo mehr als 50 Schüler sind, und begehrt, daß jede Schule, wenn sie mehr als 60 Schüler zählt, geteilt werde. Diese Anordnung hatte zur Folge, daß eine ganz bedeutende Reihe neuer Schulklassen, besonders Mädchenschulen errichtet wurden. Im Jahr 1881 gab es 257 von Lehrern, 224 von Lehrerinnen gehaltene Schulen und insbesondere 1881 bei 153 Mädchenschulen. Die Zahl ist seither noch um etwas gewachsen.

Das Gesetz von 1873 sieht auch Fortbildungsschulen vor, ermächtigt den Staatsrat nach Bedürfnis und Umständen noch andere Schulen und Spezialkurse zu eröffnen, (wovon später) und ruft einer Klassifikation der Schulen. Der Staatsrat hat davon reichlichen Gebrauch gemacht.

Das vom Großen Rat genehmigte Reglement für die Volksschulen vom 28. November 1874 teilt die Volksschulen nach ihrer Wichtigkeit in drei Stufen ein. Die erste oder unterste Stufe umfaßt im Allgemeinen die kleinen Gebirgs- und Sektionschulen, deren Dauer das vom Gesetz vorgeschriebene Minimum von sechs Monaten ohne staatsrätliche Ermächtigung nicht überschreiten, respektiv verkürzen darf. Ein Beschluß des Staatsrates vom 11. Juni 1875 bezeichnet die Schulen, welche der zweiten und dritten Stufe angehören und setzt die Schuldauer der zweiten Stufe auf 7 Monate, die der dritten Stufe auf 8 Monate, in Sitten, Martinach-Stadt und -Burg und zu Chables in Vagnex auf 9, in St. Maurice, Monthey und Boudry auf 10 Monate fest. Damit wurden ungefähr 75 Schulklassen von 12 Ortschaften zu Schulen dritter Stufe und die Schulklassen von 39 Ortschaften zu Schulen zweiter Stufe erhoben, mehreren der letztern aber in wenigen Jahren der siebente Monat erlassen.

Das Schulgesetz von 1828 spricht die Unentgeltlichkeit des Primarunterrichts nur für jene Pfarreien oder Gemeinden aus,

welche hinlängliche Hilfsquellen besitzen, um einen gebührenden Lehrer-gehalt zc. zu zahlen; in andern dürfen die Eltern oder Anverwandten der Kinder besteuert werden. In diesem Falle bestimmt die Gemeinde die Steuersumme für den Lehrergehalt, für Anschaffung von Büchern, für Schulgeräte und für Heizung und Reinigung, welche Summe kopfweise auf die Schüler verteilt wird. Nur für arme Kinder hat die Gemeinde zu zahlen. Diese Bestimmungen entsprachen der hergebrachten Übung und lebten sich schnell ein. Manche Berggemeinde hielt bis in die siebziger Jahre noch zäh an denselben. Die Schulgesetze von 1840 und 1845 änderten hierin nichts ab; jenes von 1849 aber bestimmt, daß die Gemeinden die Kosten des Primarunterrichts zu tragen haben, und denselben bestreiten sollen — aus den Zinsen der vorhandenen Schulfonde, — aus dem Überschuß der Pfründen und anderer Stiftungen, „die minder nützlich sind“, (was viele Reibereien mit dem Klerus, mit den Teilhabern an Bruderschaften, Jahrzeitstiftungen zc. hervorrief) — und durch Besteuerung der in der Gemeinde anässigen Bewohner, jedoch mit Ausnahme jener, „welche für ihre Kinder eine eigens errichtete Schule unterhalten.“ Mit der letztern Bemerkung sind die auf den Weilern ausgedehnter Gemeinden im Unter- und Mittelwallis errichteten Sektionschulen gemeint, deren Unterhalt bis in die neuere Zeit stets Schwierigkeiten rief. Die folgenden Schulreglemente übergehen diese mehr oder weniger gehässigen und zwistigen Bestimmungen und beladen einfach die Gemeindeverwaltungen mit den nötigen Schulauslagen. Die spezielle Besteuerung der schulpflichtigen Kinder und ihrer Eltern wurde als unzulässig erklärt. Endlich sprach das Unterrichtsgezet vom 4. Juni 1873, Artikel 8 bis 10: „Der Volksunterricht ist obligatorisch. — Die Gemeinden tragen die Kosten für den öffentlichen Unterricht (der Volksschulen, denn nur von ihnen ist hier die Rede,) und verwenden zur Deckung derselben, unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 59 und 60, die Schulfonds, die allgemeinen Einkünfte (der Munizipalität), sowie die gesetzlichen Beiträge der Burschaften. — Jede Gemeinde ist verpflichtet, die erforderliche Anzahl Schulen zu eröffnen. . . Mit Genehmigung des Staatsrates jedoch können zwei oder mehrere Gemeinden zusammen eine einzige Schule halten.“ — Der Artikel 59 besagt: „Die Sektionschulen sind den Gemeindeschulen gleichgestellt;“ entscheidet aber, — ein neuer Zankapfel — daß die Kosten der Sektionschulen über die Ertragnisse der dazu bestimmten Schulfonde von den in den Sektionen wohnenden Bürgern, nach Maßgabe des Gesetzes über die Gemeindefasten, bestritten werden. Der Artikel 60 erklärt: „Die Bewohner einer abgelegenen Ortschaft,

welche zur Schule einer Nachbargemeinde näher haben, können ihre Kinder dahin schicken, wenn der Inspektor es für geeignet hält. In diesem Falle trägt die Wohngemeinde der betreffenden Kinder den Anteil an der Beistener.“ — Mit diesen Artikeln wurde endlich ein billiges und gleichförmiges Vorgehen angebahnt, um den ewigen Zänkereien einen Nagel zu schieben.

Aber Allem war nicht vorgebeugt. Ich erinnere nur an die oft brennende Frage: Wer zahlt für die Schulkinder anderer Gemeinden? Das Schulgesetz weist auf die Wohngemeinde dieser Schulkinder und verweist auf das Gesetz über die Gemeindefasten. Dieses ist aber noch unvollständiger. Indes hat sich die Praxis herausgebildet, daß die Burgerfchaften die Schulgebäude ihrer Gemeinde zu unterhalten, das nötige Brennholz „auf dem Stock“ zu liefern, die Munizipalität hingegen die Ausbeutung des Brennholzes und alle Auslagen der Schule an Befoldung, Inspektion, Erstellung oder Ergänzung von Schulgeräten, Schulmaterial zc. zu bestreiten hat und hierin die Nebengemeinden pro rata ihrer Schüler, welche diese Schule mit Erlaubnis des Staatsrates oder vorübergehend des Inspektors besuchen, sofern sie nicht als Familienglieder oder ständige Bewohner der Gemeinde dieser Schulen anzusehen sind, zu zahlen haben.

b) Schulfonde

Wie aus dem I. Teil dieser Abhandlung zu ersehen ist, wurde in früherer Zeit aus frommen Gaben, testamentarischen Verfügungen und Gemeindefastweisungen beträchtliche Fonde gebildet, vielfach in Verbindung mit geistlichen Pfründen, deren Inhaber teils auch jetzt noch die schwere Bürde freudig auf sich nehmen, teils den Ertrag dem Lehrpersonal abtreten, nicht ohne werththätige Unterstützung, wenn nicht Alter u. s. f. sie zu entheben scheint. Vielleicht hat nur das 14. und 15. Jahrhundert den Opferfynn des 19. erreicht oder überschritten. Seit 1828 sind nicht nur die alten Schulfonde überall bedeutend geäußnet und mit Stiftungen für Schulmaterialien, Wärmefleiderungen, Suppenanstalten zu Mittag zc. an einigen Orten bedacht worden, sondern auch neue gestiftet worden. Ich kenne leider in dieser Hinsicht die jedenfalls bedeutenden Stiftungen und Gaben im französischen Landestheil nicht. Im deutschen Landestheil testierte am 1. Februar 1834 Herr Moiz Arnold von Simpeln und Brig, Noviz im Kloster der Gesellschaft Jesu in Brig, 24,000 alte Schweizer-Franken an die Kollegiums-kirche in Brig mit der Bestimmung, daß aus den Zinsen dieses Kapitals, dessen Verwaltung der Kanton übernahm, wenigstens ein Primarlehrer der Knabenschule von Brig mit

wenigstens 400 Schweizer-Franken besoldet werde, welche Besoldungssumme später auf 700 neue Franken festgestellt und dessen Zinse noch jetzt zur Besoldung der Primarschule von Brig für die Knaben durch den Staat laut Ergebnis der Verkaufssumme der dafür legierten Besitzungen bezahlt werden. Wenige Jahre später schenkte Arnolds Jugendfreund, Kaplan Alois Schlunz in Glis, über 10,000 Fr. als Stiftung einer Schul- und Primissariatspfründe in Glis, dessen Inhaber mit der Haltung der Knabenschule von Glis beladen ward. Beide großmütigen Geber hielten später zu ihrem Lebensunterhalt Jahre lang die von ihnen gestifteten Schulen. Die Gemeinde Neckingen hob vor 20 Jahren infolge großmütiger Schenkungen der Familie von Kalbermatten und anderer ihren Schulfond auf 12,000 Fr. mit einem eigenen und geeigneten Schulhaus; die kleine Gemeinde Niederwald besserte ihr Schulfond auf 6000 Fr. Ein schlichter Mann, Felix Esig von Bittsch, legierte an die Primarschulen von Mörel, Nid und Bittsch je 300 Fr. für Schulmaterialien armer Kinder. Die Gemeinden Nid-Mörel und Bittsch stifteten einen Schulfond von je 4000, Nid-Brig von nahezu 10,000 Fr. Stalben, Stalbenried, Eisten, Terminen, Törbel, Unterbäch, Turtmann, Ergisch und Gms, Varen, Salgesch und besonders Leuterbad infolge bedeutender Legate von Fr. 5—7000 besserten ihre Schulfonde aus, während Münster, Ernen, Fiesch, Glis, Bisp, Zermatt, und besonders Leuf, Leuz und Grimsuat für ihre Mädchenschulen teils schon bedeutende Fonde angelegt haben, teils dafür in Arbeit sind. Im Mittel- und Unterwallis bemüht sich jede größere Ortschaft mit seltener Ausnahme, neue und erspriessliche Fonde für Mädchenschulen anzulegen.

Das Schulgesetz von 1829 verordnete, daß die Bußen über Zuwiderhandlungen gegen das Wirtshaus- und Polizeigesetz und andere Bußen, die nicht gesetzlich den Armentassen zufallen, in die Schulkassen fallen sollen, deren Zinse nur zu Schulzwecken zu verwenden seien. Der Erfolg war gering. Später wurden auch Holzschläge bewilligt unter der Bedingung, daß ein Teil des Erlöses zur Auffnung der Schulfonde verwendet werde, welche Bestimmung besser eingehalten wurde. — Die Verwaltung der Schulfonde und der Bezug ihrer Zinse u. ist den Gemeindebehörden überbunden.

c) Schulbauer, pflichtiges Alter

Das Gesetz von 1829 verpflichtet die Kinder vom erfüllten 7. bis zum erfüllten 14. Altersjahr zum Schulbesuch, giebt aber dem örtlichen Schulrat die Bevollmächtigung, diese Zeit zu verkürzen oder zu verlängern, und setzt die jährliche Schulbauer auf 5 Monate

an, wovon der Schulrat wieder zwei Wochen abkürzen darf. Das Gesetz von 1845 dehnt die Schulpflicht nur bis zum erfüllten 12. Altersjahr aus, befiehlt aber, daß kein Schüler ohne Prüfung entlassen werde und giebt der Orts-Schulkommission die Befugnis, die Schulpflicht bis zum erfüllten 15. Jahre auszudehnen. Die jährliche Dauer wird auf 7 Monat und die tägliche auf $2\frac{1}{2}$ Stunden vormittags und 2 Stunden nachmittags festgesetzt, dabei aber dem Erziehungsrate die Vollmacht erteilt, in Gemeinden mit weit entfernten Weilern und Wohnhäusern die jährliche Dauer um höchstens 2 Monate abzukürzen und Halbtagschulen zu dulden. Man kann sich denken, wie reichlich die Eingaben an den Erziehungsrat um diese Ermäßigungen waren. Faktisch bestanden bis 1874 nur an größern Ortschaften der Ebene und an einigen Pfarrdörfern des Entremont Schulen von 7 und mehr Monaten Dauer und befanden sich in gar manchen Berggemeinden, wenigstens bis Mitte Januar oder bis Lichtmeß, nur Halbtagschulen.

Das Gesetz von 1849 und das Reglement von 1853 enthalten hierüber keine neuen Bestimmungen; das Reglement von 1860 verpflichtet die Jugend zum Schulbesuch bis zum erfüllten 15. Altersjahr, befiehlt die Eröffnung der Primarschulen im ganzen Land auf den ersten Werktag des November und überläßt den Gemeinderäten, die jährliche Dauer ihrer Schulen zu bestimmen; doch dürfen sie dieselbe unter Buße von 10 bis 50 Fr. nicht unter 5 Monate ansetzen.

Das Gesetz von 1873 endlich verpflichtet jedes Kind vom erfüllten 7. bis zum erfüllten 15. Jahr zum Schulbesuche; wer dann noch keine hinlängliche Bildung erlangt, kann über dieses Alter hinaus noch weiter dazu verhalten werden. Diese Entscheidung übte faktisch der Schulinspektor mit den Schulausschüssen aus. Da aber mehrfach dagegen reklamiert wurde, entschied das Erziehungsdepartement 1881, daß jene Schüler, welche bei erfülltem 15. Jahre die oberste Abteilung ihrer Schulklasse nicht erstiegen hatten, noch ein Jahr die Primarschule besuchen sollen. Dies gilt noch jetzt für die Mädchen. Für die Knaben ordnete der Staatsrat durch Beschluß aus den letzten Jahren an, daß alle Knaben, welche das 15. Jahr erfüllen, nach dem Schluß der Schule vor dem Schulinspektor und einem andern Experten eine den Maturitäts-Prüfungen der Studenten und der Normalschüler nachgebildete Reifeprüfung zu bestehen haben und falls sie eine Durchschnittsnote von 8 Punkten erhalten, entlassen werden, und laut der tiefern Durchschnittsnote noch ein halbes oder ein ganzes Jahr die Primarschule besuchen müssen.

Das Minimum der jährlichen Schuldauer ist durch dasselbe

Gesetz von 1873 und durch das Reglement von 1874 auf 6 Monate mit Beginn am 2. November für die Schulen erster Stufe, auf 7 für jene zweiter Stufe und auf 8 bis 10 Monate für diejenigen dritter Stufe festgesetzt. Die geringste Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden ist durch das benannte Reglement in den Schulen 1. und 2. Stufe für Schüler des 1. Jahres auf 21, für die übrigen auf 30 Stunden, in den Schulen 3. Stufe auf 20 für die Anfänger und auf 26 für die übrigen bestimmt. Leider kann im Winter in Gemeinden mit sehr zerstreuter und nomadisch herumwandernder Bevölkerung diese Stundenzahl nicht für alle Schüler eingehalten werden. Es giebt Ortschaften, wo die Schulkinder teilweise während des Winters über eine, selbst bis zwei Stunden vom Schullokal entfernt wohnen. Diese können weder dem Anfang noch dem Schluß der Tagesschulen beiwohnen und müssen sich entweder mit Halbtagschulen begnügen, was übrigens je länger wie weniger geschieht, oder das Lehrpersonal während der Mittagspause beschäftigen, die oft 7 bis 8 Stunden opfern müssen. Im allgemeinen darf versichert werden, daß sowohl Lehrer als Schüler die vorgeschriebene Stundenzahl zu erreichen sich bemühen und daß die Kinder oft waghalsig dem Frost und der Lawinengefahr trogen.

d) Schullokale und Schulgerät

Die ältern Gesetze und Reglemente schweigen sich über Schulhäuser und Schulgeräte vollständig aus. Die Schulen wurden in Pfriündhäusern, Gemeindehäusern oder in gemieteten Lokalen gehalten, bei deren Wahl nicht die Zweckmäßigkeit, wohl aber die Wohlfeilheit den Ausschlag gab. Im allgemeinen galt es zwar, daß die Gemeinde für Lokal und Gerät sorgen solle. Wenn aber der Inspektor noch nicht zum so und so vielen Mal befohlen hatte, beließ man es beim Alten. In engen, schlecht beleuchteten Zimmern oder Kammern saßen die größern Schüler an langen Tischen, die kleinern auf Bänken rings um die Wand, einige auf Holzbänken mitten im Zimmer. Doch giengen größere Gemeinden mit besserem Beispiel voran. Als das Reglement von 1860 ein Lehrstuhler mit verschließbarer Schublade, Bänke mit Tischen für die Schüler, eine Uhr, Lesetabellen, große schwarze Rechnungstafeln und geographische Karten der Schweiz, Europa's u. v. v. schrieb, gieng man endlich langsam daran, Jahr um Jahr etwas davon anzuschaffen. Nur die Hauptdörfer der Zehnden und größerer Pfarreien im Unter- und Mittelwallis hatten vorher dafür etwelche Sorge getragen. Fast überall hatte man von da an das Bewußtsein oder wenigstens das Gefühl, für Ausstattung der Schulzimmer und

Geräte etwas zu thun. Trotzdem aber das Erziehungsdepartement jeder Gemeinde vollständige Zeichnungen zur Erstellung von Schulbänken und verwandtem Schulgerät lieferte, konnte sich weder der beauftragte Gemeindevorsteher noch der gute Schreiner entschließen, seine Erinnerungen an die alten Schulbänke und Geräte zu verläugnen.

Seitdem das Gesetz vom 4. Juni 1873 die Burkerschaften mit der Lieferung der Schulgebäulichkeiten ausdrücklich belastet hatte, wurden nun an gar vielen Orten die alten Gemeindegäuser mit mehr oder weniger Auslagen in Schulhäuser umgewandelt. Zu dieser Umwandlung, zum Bau neuer Schulhäuser oder zur Ausbesserung der bestehenden bedurfte es meist jahrelanger Mahnungen und Berichte der Schulinspektoren und wiederholter Befehle des Unterrichtsdepartements, selbst des gesamten Staatsrates. Infolge der konstitutionell garantierten freien Niederlassung sahen sich die alten Burkerschaften in die Rolle privater Kollektivgesellschaften, freilich mit Unrecht, zurückgedrängt, fühlten, daß die Munizipalgemeinden regierten und wehrten sich ihrer Rechte und Einkünfte, und so auch ihrer von den Gesetzen geforderter Mehrbelastung für Bau, Herstellung und Ausbesserung der Schulhäuser und ihrer Geräte. Dessenungeachtet gaben sie sich allmählig immer mehr her, von sich aus oder in Verbindung mit der Munizipalgemeinde neue Schulhäuser zu bauen, zu erwerben oder aus ihrem Eigentum herzustellen. Allerdings ließen sich dann die Bedingungen des Schulgesetzes, daß die Schulzimmer gut hell und lustig, hoch und geräumig genug seien, und daß ihre alten Gemeindegäuser nicht auch für andere Zwecke, wie Gemeindeversammlungen, mitunter selbst zu Fastnachtbelustigungen, benützt werden, schwer ausführen. Hier ist der wundeste Fleck im walliserischen Unterrichtswesen, obschon einzelne Gemeinden im ganzen Lande, besonders im Unterwallis mit löblichem Eifer vorangegangen sind und bedeutende Opfer gebracht haben.

e) Lehrfächer und Lehrbücher

1828 wurden als obligatorische Lehrfächer verzeichnet — Katechismus, biblische Geschichte, Lesen, Schreiben, Orthographie, die ersten Grundsätze der Sprachlehre, im Rechnen die vier Spezies und die Brüche, dann für die Mädchenschulen „Unterricht über Arbeiten ihres Geschlechtes oder über Hauswirtschaft“. Das Gesetz von 1845 fügt diesen Fächern bei: Vaterlandsgeschichte, Geographie, Buchhaltung, Rechnung im Dreisatz und Anfangskenntnisse in der Landwirtschaft. Letzteres und die Buchhaltung erscheinen nicht mehr im Programm des Gesetzes von 1849 und werden schwerlich nennenswerte

Pflege gefunden haben; hingegen erscheint hier Gesang, während im Gesetz von 1845 Lesetabellen und praktische Rechnungen anempfohlen wurden. Das Reglement von 1860 theilt jede Schule nach der Stärke der Schüler in zwei Abtheilungen und weist der untern Katechismus, Lesen, Schreiben und die vier Spezies der Rechnung zu, und verlegt in die obere Abtheilung die biblische und die vaterländische Geschichte und Geographie, Sprachlehre, erweiterte Arithmetik und Buchhaltung, Gesang, den Knaben Baumzucht, den Mädchen Nadelarbeit — Stricken und Nähen — befehlend. Dasselbe Programm stellt das Gesetz von 1873 auf, ausgenommen, daß den Knaben statt Baumzucht — Anfangsgründe des Messens und der Landwirtschaft vorgeschrieben werden. Seither ist auf Drängen der Bundesbehörden der Unterricht des Turnens für die Knaben von 10 bis 15 Jahren hinzugekommen, und zwar als obligatorisch seit 1881. Das Erziehungsdepartement ordnete bei allen Knabenschulen Turngeräte an, übersandte Zeichnungen zur Erstellung derselben, fand aber mancherorts nur allmählig Nachachtung. Die entschiedensten Gegner fand das Turnen oft bei den Eltern, die da meinten, unsere Bergjungen können notgedrungen genugsam sich drehen, springen und klettern. Unfälle unbedachtamer Jungen schienen ihnen Recht zu geben. Doch ist das Turnen an den meisten Orten eingeführt und wird mehr oder weniger vom Lehrpersonal jährlich gepflegt, sobald der Boden schneefrei ist. Mehr Entgegenkommen fand das Dekret des Großen Rats vom 18. Wintermonat 1880 betreffend Anlegung von Obstbaumschulen in den Gemeinden. Dieses Dekret verordnet, daß in jeder Gemeinde, wo es das Klima gestattet, eine Obstbaumschule angelegt werde, und zwar unter Strafandrohung gegen renitente Gemeinden. Die Burgerschaften haben den erforderlichen Boden zu liefern; die Erstellungskosten liegen den Gemeinden ob. Sie werden von der männlichen schulpflichtigen Jugend besorgt unter Aufsicht und Leitung des Lehrpersonals oder in deren Abwesenheit durch andere sachkundige Personen. Ganz dasselbe ordnet das großrätliche Dekret vom 27. Wintermonat 1888 an. Nur die Oberaufsicht über diese Baumschulen, womit vorher das Erziehungsdepartement beladen war, wird dem Departement des Innern überbürdet. Die Zahl dieser Baumschulen ist seither zurückgegangen.

Bezüglich der Lehrbücher herrschte noch lange das bunte Durcheinander der frühern Zeit. Doch drang man immer mehr auf Vereinheitlichung derselben. Den 17. Oktober 1845 bezeichnete das mit der Erziehung betraute Departement des Innern die zu gebrauchenden Schulbücher. Für den deutschen Teil wurden der Diözesan-

katechismus, die Lantier- und Lesebücher und die Übungen zum Kopfrechnen und Zifferrechnen des Kantons Luzern, die Elementarsprachlehre nach Wurft und die kurze Beschreibung der Schweiz von Hrn. Weiß angeordnet. P. Sigismund Furrer, Kapuziner in Sitten, verfaßte dann eine kurze Geschichte des Wallis, Marienbruder Roth in Sitten eine Denk- und Sprachlehre, andere Walliser Sillabier- (oder Lantier-) und Lesebücher. Ähnliches geschah für den französischen Landesteil. Im Herbst 1875 bezeichnete das Erziehungsdepartement sämtliche obligatorischen Schulbücher für beide Landesteile. Für den Religionsunterricht wurde der Diozesankatechismus, l'Abregé de l'histoire sainte von Lons-le-Saulnier und Schusters Histoire sainte für den französischen, Deharbes Katechismus und Schusters kleinere und größere biblische Geschichte für den deutschen Teil, — für den französischen Sprachunterricht die Tabellen und Lesebücher von Lons-le-Saulnier, die Lesebücher für die romanische Schweiz von Renz und die Sprachlehre von Larousse, für den deutschen Sprachunterricht die Lesetabellen und Lesebücher des Kantons Schwyz und die Sprachlehre von Winné, — für Geschichte und Geographie eine in beiden Sprachen gedruckte Geographie, Etlin's Schweizergeschichte und Karten von Keller und von Logerot für Rechnungsunterricht Zähringers Rechnungsaufgaben und Lehrbuch, Eysséric, Traité d'Arithmétique zc. anbefohlen. Mehrere derselben wurden später wieder gewechselt, so Etlin mit Winné's Schweizergeschichte, Zähringers Rechnungshefte mit jenen des Kantons Graubünden und diese wieder mit einem in Sitten in beiden Sprachen gedruckten Lehrbuch der Arithmetik, Schusters biblische Geschichte mit jener von Bussinger, und allerneuestens Winné's Sprachlehre samt Aufgabenbuch mit einer neuen deutschen Sprachlehre nach Baron zc.

f) Lehrer und Lehrergehalt

Die Wahl der Lehrer und Lehrerinnen der Primarschulen legt das Gesetz von 1828 in die Kompetenz der Ortsschulräte, alle folgenden aber in jene des Gemeinderates. Sie können nur vom Erziehungsdepartement abgesetzt werden. Diese Wahl ist nur unter den patentierten Lehramtskandidaten oder in deren Abgang unter den provisorisch ermächtigten zu treffen und muß jeweilen vor dem 1. Oktober, früher dem betreffenden Schulinspektor, seit 1873 unter Buße von 50 bis 100 Franken dem Erziehungsdepartement zur Genehmigung unterbreitet werden. Laut Gesetz von 1873 bleiben von 1878 an die patentierten Lehrer und Lehrerinnen auf die Dauer von 4

Jahren gewählt und dürfen nur aus schweren Gründen und mit Zustimmung des Departements inzwischen entfernt werden. Der Lehrergehalt ist weder der Kantons- noch der Gemeindesteuer unterworfen. Die Lehrer sind während der Dauer ihrer Schule vom Militärdienst frei, dürfen aber weder ein Gewerbe ausüben noch eine Anstellung annehmen, wodurch sie in ihren Amtsverrichtungen verhindert würden. Sämtliche Reglemente bringen reichliche Details über ihre Pflichten und ihr Betragen gegen die Schüler, deren Eltern und die Behörden. Es wird als ihre Aufgabe bezeichnet, sowohl das Herz als den Geist der anvertrauten Jugend zu bilden. Die körperlichen Strafen sind ihnen untersagt. Die frühern Verordnungen schrieben dem Lehrpersonal die simultane, die spätern die gemischte Methode vor. Es hat beim Beginn des Schuljahres einen Stundenplan abzufassen und denselben dem Schulinspektor zur Genehmigung vorzulegen. Hierin kam ihm das Erziehungsdepartement wesentlich zu Hilfe durch einen im Jahre 1878 veröffentlichten Lehrplan für die Volksschulen des Wallis mit didaktischen Anleitungen, wie der gesamte Lehrstoff gemäß seiner Schulstufe mitgeteilt werden kann.

Zur Aufmunterung und Belehrung der Lehrer (nicht aber der Lehrerinnen) ordnet das Reglement von 1874 auch Lehrerkonferenzen an, welche zweimal im Jahre stattfinden und vom betreffenden Schulinspektor angesagt und präsiert werden, anderseits für die Lehrer obligatorisch sind. Hier dürfen nur Fragen, welche das Erziehungs- und Unterrichtsweisen beschlagen, erörtert werden, und sie bieten den Lehrern eine geeignete Gelegenheit, ihre Ansichten und Erfahrungen einander mitzuteilen oder in zweifelhaften Fällen Rat zu erhalten. Sie sind daher meistens auch Lieblingstage der Lehrer geworden. In neuerer Zeit bezeichnet das Erziehungsdepartement selbst die Fragen, über welche verhandelt wird. überdies werden im französischen Landesteil schon seit mehreren Jahren, im deutschen seit einigen Jahren, und zwar jährlich abwechselnd, Generalversammlungen der Lehrer veranstaltet, die im romanischen Teil als Erziehungsverein, im deutschen als Lehrerverein sich konstituiert haben und meistens die Thematik der Lehrerkonferenzen noch einmal gründlicher durcharbeiten.

Der Lehrergehalt war früher das Ergebnis des Übereinkommens oder auch des Feilschens zwischen Gemeinderat und Lehrer oder Lehrerin. Das Reglement von 1860 bestimmt nur, daß der Gehalt in Geld ausbezahlt werde, wenn nichts anderes verabredet worden ist, und daß das Minimum desselben nach der Bedeutung und dem Einkommen der Ortschaft durch den Staatsrat bestimmt werden solle. Das Gesetz von 1873 setzt das Minimum eines pa-

tentierten Lehrers auf 50, eines ermächtigten auf 40 Fr. durch Schulmonat, desgleichen einer patentierten Lehrerin auf 45 und einer provisorisch ermächtigten auf 35 Fr. durch Monat. Ueberdies haben die Gemeinden dem Lehrerpersonal, wenn nötig, Wohnung mit den nötigen Hausgeräten und dem erforderlichen Brennholz zu liefern. Zu letztem verstand man sich leicht; aber manche Gemeinde nörgelte noch an diesem gewiß gar tiefen Minimum, bis endlich der Staatsrat sich genötigt sah, das fehlende am Minimum sich für allgemeine Schulzwecke zuzueignen. Jetzt besolden ihre Lehrer: Brig mit je 800, Sitten mit 700, Martinach, St. Maurice, Monthey und Boudry mit 500 bis 700 Fr. durch Jahr. Ein Mittelburchschnitt der Lehrerbefoldungen im Jahr 1881 ergab ungefähr 320 Fr., im Jahr 1895 ca. 350 Fr., wobei die Pfünden und die anderweitigen Unterstützungen der Lehrschwestern — die Ursulinerinnen in Brig halten dort gratis die Mädchenschule, und beanspruchen auswärts bloß 225 Fr. auf die Person — nicht eingerechnet sind.

An die Befoldung des Lehrpersonals in den Gemeinden hatte der Staat bis dahin nichts geleistet. Endlich fand sich doch der Große Rat bewogen, in etwas einzutreten und beschloß durch Dekret vom 26. Mai 1888 eine Aufmunterungsprämie jenem Lehrpersonal der Primarschulen zu verleihen, welches sich durch getreue Pflichterfüllung ausgezeichnet hat. Auf diese Prämien haben aber nur jene Lehrer und Lehrerinnen Anspruch, welche im Besitz eines definitiven Patentens sind und im Bericht des Schulinspektors in jeder Hinsicht die erste Note erhalten. Doch können auch diejenigen Lehrkräfte, deren Schulen nur die zweite Note im Fortschritt erreicht haben, auf den Vorschlag der Inspektorenkonferenz, wobei vorzüglich die Verdienste des Lehrpersonals zu berücksichtigen sind, diese Prämie erhalten. Diese Prämie beträgt für den Lehrer 30, für die Lehrerin 25 Fr., und für die erstern 50, für die letztern 40 Fr., falls sie, begründete Hindernisse vorbehalten, während fünf aufeinander folgenden Jahren prämiert worden sind. Um jedoch diese Prämie zu erhalten, muß der Lehrer oder die Lehrerin das folgende Jahr den Unterricht fortsetzen. Diese Prämien beliefen sich 1895 auf Fr. 6050. Dies erklärt, warum der Große Rat bei den Budgetansetzungen versucht wurde, diese Preise einfach zu streichen. 1896 erhob der Große Rat das Minimum des Lehrergehalts um 50 %, zur Hälfte zahlbar durch die Staatskasse, welche der obigen Aufmunterungs-Prämie enthoben wurde.

g) Schulausschüsse

Das Gesetz von 1828 ordnete einen Schulrat in jeder Pfarrei oder Gemeinde an mit weitgehenden Vollmachten. Er besteht aus dem Pfarrer und mehreren vom Staatsrat aus einem Doppelvorschlag des Erziehungsrates und der Gemeinderäte gewählten Mitgliedern, hat eine Amtsdauer von vier Jahren, ist wiederwählbar, erkliest das Lehrpersonal unter den vom Erziehungsrat genehmigten Personen, führt Aufsicht über Fleiß, Sitten und Fortschritt der Schüler und über Sitten und Pflichterfüllung der Lehrer, schafft die Lehrmittel an, prüft die Schüler und erstattet Bericht an den Erziehungs-Zentralrat.

Das war offenbar zu viel den Landgemeinden aufgebürdet. Das Gesetz von 1845, (wie schon jenes von 1840), trennte daher die Pflichten und Befugnisse der Schulinspektoren von jenen der Schulkommissionen und belud die Letztern mit der Aufsicht über Lehrer und Schüler. Sie sollen für genaue Vollziehung der Schulgesetze und der Verordnungen des Erziehungsrates und der Inspektoren Sorge tragen, erkennen angemessene Strafen für schwerere Vergehen der Kinder, besuchen die Schulen alle 15 Tage und bestrafen die ungerechtfertigten Abwesenheiten mit je 3 Bagen. Der Lehrer kann für 8, die Schulkommission für 15 Tage Abwesenheit Erlaubnis geben, ein Mehreres nur der Inspektor.

Das Gesetz von 1849 setzt die Zahl der Mitglieder des Schulausschusses auf 3 bis 5 fest und legt ihre Wahl dem Municipalrate bei. Im Reglement von 1860 werden diese Pflichten näher bezeichnet. Der Ausschuß oder wenigstens eines seiner Mitglieder besucht die Schule mindestens einmal monatlich. Er sorgt besonders dafür, daß die Kinder die Schule besuchen und mit den vorgeschriebenen Büchern und Geräten versehen seien; er ergänzt das fehlerhafte Schulmaterial, bestimmt die Vakanztage und läßt die Bußen für unentschuldigete Abwesenheiten einzahlen. Diese Buße besteht in 15 Rappen für das erste Ausbleiben und in 30 Rappen für jeden Rückfall während derselben Woche. Die Eltern werden für diese Bußen haftbar erklärt, können sie nicht baar bezahlen, so dürfen sie zu andern Leistungen angehalten werden.

Diese Bußen werden im Gesetz von 1873 auf 20 Rappen für jedes ungerechtfertigte Ausbleiben festgesetzt; das Erträgnis fällt zu gunsten der Ortschule in die Gemeindefasse und wird vom Gemeindevorstand bezogen. Die übrigen Bestimmungen sind meistens den frühern entnommen. Der Pfarrer ist in seiner Wohngemeinde Mitglied des

Ausschusses. Der Ausschuss hat dem Gemeinderat das Lehrpersonal vorzuschlagen und im besondern auch die Pflicht, die Lehrer bei Bestrafung des Ungehorsams der Kinder und der Nachlässigkeit der Eltern zu unterstützen, über die Verwendung der Schulfonde zu wachen, den Inspektor bei dessen Besuchen zu begleiten und ihm die nötigen Aufschlüsse zu erteilen etc.

Während in vielen Gemeinden der Ausschuss die lobenswerthesten Anstrengungen macht, öffentliche Prüfungen laut dem Reglement von 1874 anstellt, durch Verabreichung von Zeugnissen und Preisen die Schüler aufmuntert und dem Lehrer sorgsam zur Seite steht, begnügt sich derselbe in andern Gemeinden mit ein oder anderer Erscheinung im Schullokal, leistet blos das Unabweisbarste, überläßt alles übrige dem Lehrer oder dem Pfarrgeistlichen. In den meisten Landgemeinden ist die Schule ohne thätigen Anteil der Geistlichkeit erfolglos, wie selbst deren Gegner bekennen.

Am meisten läßt die Bestrafung der Absenzen zu wünschen übrig. Die damit beauftragten Munizipalräte scheuen nur zu häufig den Unwillen ihrer Gemeindeangehörigen. Der Staatsrat verfallte daher durch Beschluß vom 8. Januar 1886 die Gemeindeverwaltungen, welche den Bezug der für unbegründete Schulversäumnisse eingelaufenen Bußen vernachlässigen, in eine Geldbuße von 10 bis 50 Fr. und ermächtigte den Schulinspektor nötigenfalls zur Einsicht in die Munizipalrechnungen, um sich zu vergewissern, ob die Gemeindebehörden dieses Gesetz vollziehen, und in Fällen schwerer Nachlässigkeit abseits der Gemeindebehörden von sich aus den Bezug der diesfälligen Bußen anzuordnen und damit den Munizipal- oder Bezirks-einnehmer zu beauftragen. Man hatte vorher viele Mittel gegen saumselige Behörden angewendet ohne durchgreifenden Erfolg. Doch nimmt fast Jahr um Jahr die Zahl der hierin nachlässigen Gemeinden ab. In Berggemeinden giebt es oft keine einzige ungerechtfertigte Abwesenheit.

h) Schulinspektoren

Diese kennt erst das Gesetz von 1845. Damals waren es die Mitglieder des Erziehungsrates, von denen jeder die Schulen seines Bezirkes besuchte und sich auch substituieren lassen konnte. Das Gesetz von 1849 trennt dieses Amt von dem eines Erziehungsrates und überträgt die Wahl der Inspektoren dem Staatsrat auf Vorschlag des Erziehungsdepartementes. Das Reglement von 1860 teilt den Kanton hierin in drei Kreise — Ober-, Mittel- und Unterwallis; doch könne jeder Kreis mehrere Inspektoren haben. Die Inspektion

Soll jährlich wenigstens einmal gemacht werden. Das Gesetz von 1873 teilt die Umschreibung der Inspektionskreise und die Wahl der Inspektoren der Volksschulen dem Staatsrate zu, der dieselben entschädigt. Dieses Gesetz ordnet nun eine jährlich zweimalige Inspektion jeder Schule an. Die erste derselben gegen Beginn des Schuljahres soll laut Reglement von 1874 besondere Aufmerksamkeit verwenden auf die Haltung der Schule, das Lehrprogramm und den Stundenplan, auf sämtliches Schulmaterial und auf Fragen, welche die Personen, die Gesundheit und den Schulbesuch der Zöglinge betreffen. In der zweiten Inspektion gegen Ende des Schuljahrs wird hauptsächlich der Fortschritt und die Stärke der Schüler untersucht und daher schriftliche und mündliche Prüfung jedes einzelnen und aus sämtlichen Fächern vorgenommen. Außerdem schreiben fast alle Reglemente vor, daß er über Aufführung und Unterricht des Lehrpersonals Erkundigungen einziehe, die Schulregister, Besuchs- und Matrikelverzeichnisse, (welche jeder Lehrer und jede Lehrerin ausfüllen und ihm einreichen soll), kontrolliere, über Einzug und Verwendung der Schul- und Strafgelder Rechenschaft fordere, dem Ausschuß die einzuführenden Verbesserungen bezeichne und mit Zustimmung des Departements die Maßregeln treffe, welche jede Schule zu ihrer guten Haltung bedarf. Der Schulinspektor ist die vermittelnde Person zwischen den Gemeinden und dem Lehrpersonal einerseits und dem Vorstand des Departements anderseits und entscheidet, unter Vorbehalt des Rekurses an das Departement, über Zwistigkeiten zwischen den Lehrern und den Gemeinden. Endlich soll er am Schluß des Schuljahres dem Departement nach gelieferten Formularen über jede Schule einen umständlichen Bericht erstatten und überdies dem Departementsvorstand alle von demselben verlangte Auskunft erstatten und Berichte über Klagen, die ihm zur Kenntnis gelangen, übermitteln. Anderes ist bereits bemerkt.

Die Inspektoren treten auch jährlich vor Beginn der Primarschulen zu einer Inspektoren-Konferenz zusammen unter dem Vorsitz des Staatsrats, der mit dem Erziehungsdepartement beladen ist. Hier werden die einzelnen Bedürfnisse der Primarschulen besprochen und die Anordnungen des Departements entgegen genommen. Das Resultat der Konferenz übermittelt das Departement durch Kreisschreiben an das Lehrpersonal und an die Gemeinde- und Schulbehörde.

6. Wiederholungs- und Fortbildungsschulen

Durch Amtsbeschluß vom 22. Oktober 1876 verordnete der Staatsrat, daß in jeder Ortschaft, wo eine Primarschule besteht, Wiederholungskurse errichtet werden sollen, welche die aus der Primarschule entlassenen Knaben bis zum erfüllten 20. Lebensjahr zu besuchen haben. Diese Kurse sollen von den Primarlehrern erteilt, jährlich vier Monate, und zwar wöchentlich dreimal zu je zwei Stunden dauern und den Sprachunterricht, die Arithmetik, Schweizergeschichte, Geographie und Verfassungskunde umfassen. Jedes ungerechtfertigte Ausbleiben soll mit einem Franken gebüßt werden. Es galt harte Mühe und Ausdauer, bei den übermütigen Bürschen und ausgewachsenen Jünglingen dieser Anordnung Nachachtung zu verschaffen. Das Erziehungsdepartement ermangelte nicht, diese Verordnungen immer wieder einzuschärfen und erließ eine Anzahl von Rundschreiben an die Regierungstatthalter, Inspektoren, Gemeindebehörden und Lehrer, um dieselben zur genauen Vollziehung des Beschlusses zu veranlassen. Es ergaben sich auch viele Schwierigkeiten bezüglich der Zeit und der Dauer dieser Schulen, bei denen die örtlichen Umstände berücksichtigt werden mußten. Daraus entwickelten sich die Grundsätze, welche nun festgehalten werden, daß die Wiederholungsschule jährlich 100 Stunden dauern solle, die Pflichtigen, sofern sie nicht höhern Unterricht genießen, sie bis zu ihrer Rekrutenprüfung besuchen müssen, daß ihr Programm alle jene Fächer umfasse, über welche die Rekrutenprüfung angeordnet ist, daß die Schüler darüber vom Inspektor geprüft werden sollen.

Allmählig gewöhnte sich die Jugend an die Wiederholungsschule, obwohl die erhofften Resultate noch lange nicht erreicht sind und Lehrer und Inspektoren ihr liebes Kreuz mit diesen Wiederholungsschülern haben. Da aber laut dem Resultat der Rekrutenprüfungen Wallis eine sehr niedrige Stufe unter seinen Mittkantonen einnahm und eine zu bedeutende Anzahl seiner Rekruten zum Besuch der eidgenössischen Nachschulen verpflichtet wurden, ordnete der Staatsrat durch seinen Beschluß vom 1. August 1879 noch einen Wiederholungs-Unterricht der Rekruten an, bevor sie sich zur pädagogischen Prüfung stellen. Durch Beschluß desselben Staatsrates vom 16. Juli 1880 wurden die Gemeindebehörden angesprochen, die erforderlichen Verfügungen zu treffen, daß jeder in ihrer Gemeinde wohnsässige oder sich aufhaltende Rekrut jährlich vor der pädagogischen Prüfung wenigstens acht mal zu mindestens zwei Stunden bei einem patentierten Lehrer oder sonst Jemand, der dazu be-

fähigt ist, diesem Wiederholungsunterricht beizuwohnen. Dieser Unterricht soll sich erstrecken über Lesen, Aufsatz, mündliches und schriftliches Rechnen und die Vaterlandskunde (Geographie, Geschichte und Verfassung). Von diesem Wiederholungsunterricht sind enthoben jene, welche a) sich durch Vorweisung von Zeugnissen über den Besuch höherer Schulanstalten ausweisen, oder b) schon in einem früheren Jahr die Prüfung bestanden haben. Der mit diesem Kurs beladene Lehrer soll innert 8 Tagen nach Schluß dieses Kurses Name und Wohnort der Teilnehmer dem Erziehungsdepartement einreichen. Die Gemeindebehörden können die pflichtigen Rekruten zum Besuch dieses Kurses polizeilich anhalten und verfallen, wenn sie den Vorschriften dieses Beschlusses nicht nachkommen, in eine Buße von 10 bis 50 Fr. Der Staatsrat drang noch nicht durch und erneuerte den obigen Beschluß den 12. August 1881 mit dem Hinzufügen: „Artikel 4. Die jungen Leute, welche zur eidgenössischen Nachschule verpflichtet werden, sind gehalten, den nächstfolgenden Kurs der Primarschule zu besuchen,“ — eine Bestimmung, die sich als mißlich und dem Fortschritt der Primarschulen nachteilig erwies und die daher im Beschluß vom 7. September 1888 gestrichen worden ist.

Der Beschluß des Staatsrates vom 11. Juni 1884 betreffend die Vorbereitungsschulen für die Rekruten wiederholt sämtliche frühere Bestimmungen, verlängert aber den Kurs auf 16 Schultage zu mindestens 2 Stunden und verhängt eine Buße von 5 bis 50 Fr. gegen Gemeindebehörden, deren Nachlässigkeit das schlechte Ergebnis der Prüfung zu Schulden gelegt wird. Der staatsrätliche Beschluß vom 7. September 1888 endlich erhöht diesen Vorbereitungskurs der Rekruten auf 24 Unterrichte; jeder Unterricht dürfe nicht weniger als 2 Stunden dauern. Die Gemeindebehörden haben dem Schulinspektor vor Eröffnung des Kurses anzuzeigen, wer damit betraut ist, wie er eingerichtet ist und wann er beginnt. Enthoben sind nur jene, welche in einem früheren Jahr die eidgenössische Prüfung in genügender Weise bestanden haben. Statt der Nennung der pflichtigen Rekruten beim Erziehungsdepartement hat jeder Rekrut bei der Rekrutierung dem kantonalen Prüfungsexperten eine von den Kursleitern unterzeichnete Bescheinigung vorzulegen, wie manchen Unterricht er besucht habe. Bei Eröffnung des Kurses werden alle Rekruten des Jahres bezirksweise zu einer pädagogischen Vorprüfung durch den Schulinspektor und einen kantonalen Experten einberufen, wobei jeder Rekrut unter Buße von 5 Fr. sich einzufinden hat.

Fortbildungsschulen bestanden bis in die neueste Zeit keine. Erst seit wenigen Jahren wurde in Martinach eine Fortbildungsschule für Knaben mit Pensionat unter der Leitung der Marienbrüder, und in Niddes eine für Mädchen, ebenfalls mit Pensionat, unter Leitung von französischen Lehrschwestern gegründet. Weder die eine noch die andere beansprucht oder bezieht einen Staatsbeitrag, und sie werden daher auch nicht vom Erziehungsrat besonders inspiiziert und kontrolliert.

7. Schluß

Wer ohne Vorurteil den Gang des öffentlichen Unterrichts im Wallis seit 1829 verfolgt und besonders berechnet, was zum Zwecke des Volksunterrichtes vom Staat, von den Gemeinden und von Privaten geleistet oder angestrebt wurde; wer überdies den allmählig sich entwickelnden Ausbau des Lyceums, der drei Kollegien und Realschulen (eigentlich Mittelschulen = Ecoles moyennes), der Rechtsschule und der stets verlängerten und erweiterten Normalschulen überdenkt; wer ferner die stets wachsenden Ausgaben des Staates für den öffentlichen Unterricht, die sich im Jahre 1895, abgesehen von den Besoldungen der Primarlehrer, der landwirtschaftlichen Schule und anderer Anstalten, auf 82,500 Fr. beliefen, in Berechnung zieht; wer endlich das in den Jahren 1892 bis 1893 erstellte neue Schulgebäude in Sitten anschaut, dessen Baukosten noch nicht ganz ermittelt sind, da noch einiges zu vollenden ist, welches aber 34 Zimmer (wovon 22 Schulzimmer) für das Lyceum und Kollegium mit Realschule, ferner 3 Säle für das Naturalienkabinet, 3 Säle für die Kantonsbibliothek, 1 Saal für Münzsammlung, 1 Saal für die Rechtsschule, dann 4 Schul- und 3 Schlafzimmer für die Knaben-Normalsschule samt Keller, Küche, Holzschöpfe u. s. f. enthält: der wird anerkennen müssen, daß man vor den möglichen Opfern durchaus nicht zurücksteht, daß seit 1849 und 1860, mehr noch seit 1873, vieles geleistet, seither stets gemehrt und wirklich anerkennenswerte Resultate erzielt worden sind, so gut es bei den so beschränkten Mitteln möglich war. Wenn die im Wallis erzielten Erfolge besonders in den Volksschulen denen der größern Anzahl schweizerischer Kantone nicht ebenbürtig sind, so wird sich von einer derartigen Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit jedermann überzeugen, der im Winter unsere Berge und Thäler durchwandert und die schlimmen Wege, den Frost und die

Gefahren beachtet, denen sich die Kinder fast tollkühn aussetzen, und der in den Sommer- und Herbstmonaten sieht, wie die ganze Bevölkerung, vom Greise bis zum sechs- und siebenjährigen Knaben und Mädchen sich der schweren und mühsamen Bewirtschaftung des Feldes und der Alpen ununterbrochen unterziehen muß, um den Lebensunterhalt zu gewinnen. Die Sommerschulen sind nur einem kleinen Prozentsatz der Landbevölkerung möglich. Brod ist das erste Bedürfnis. Kennt unser Volk auch nicht das Elend und die Armut der Städte, so ist auch der Reichtum bei ihm unbekannt. Im Ganzen ist das Volk arm und auf die Kraft seiner Arme und auf den Verdienst im Fremdenverkehr angewiesen. Im Winter überlassen die Eltern gern ihre Kinder der Schule und die große Mehrzahl derselben liebt sie und besucht sie freudig und mit Eifer bis zum erfüllten 15. Lebensjahr.

Dem schlimmsten Mißstand, der zu mangelhaften Vorbildung der Lehrer, wird nach Kräften abgeholfen. Anderes ist zu erwarten.

Darum Gott befohlen.

